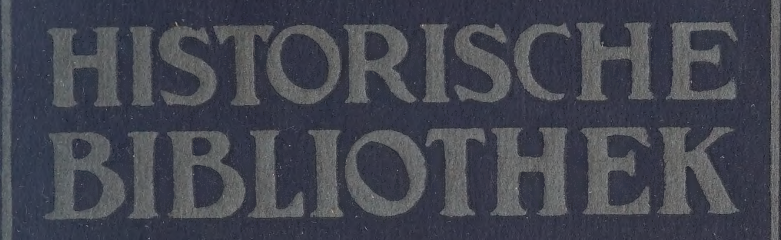


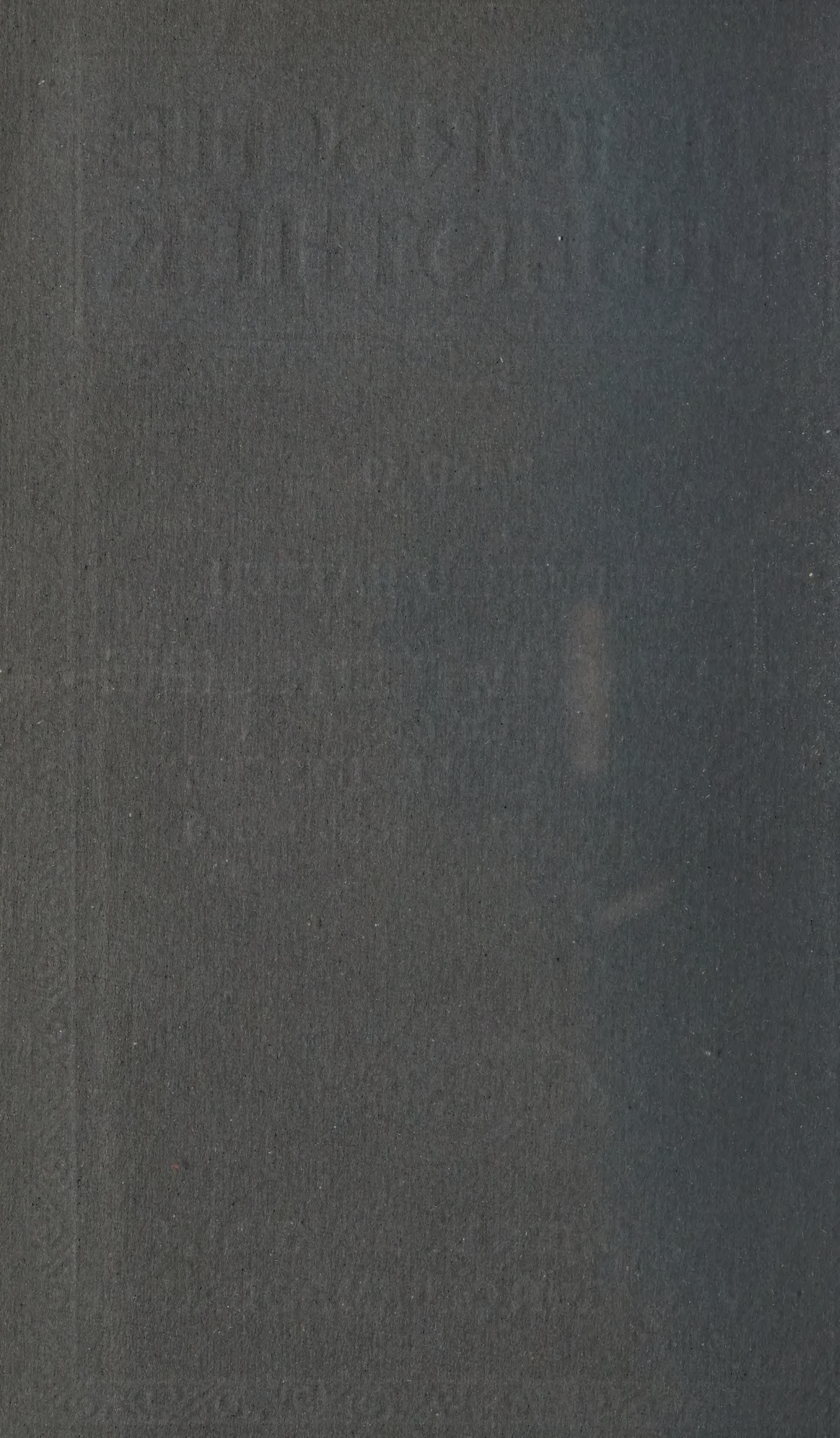
BAND 40

HILDEGARD KATSCH

HEINRICH v. TREITSCHKE UND DIE PREUSSISCH-DEUTSCHE FRAGE VON 1860–1866



MÜNCHEN UND BERLIN
VERLAG v. R. OLDENBOURG





Historische Bibliothek

Herausgegeben von der

Redaktion der Historischen Zeitschrift

---

40. Band:

Heinrich von Treitschke und die preußisch-deutsche Frage von 1860-1866

Ein Beitrag zur Entwicklung von Treitschkes politischen Anschauungen

Von

HILDEGARD KATSCH

München und Berlin 1919
Druck und Verlag von R. Oldenbourg

Heinrich von Treitschke
und die
preußisch-deutsche Frage
von 1860–1866

Ein Beitrag zur Entwicklung von
Treitschkes politischen Anschauungen

Von

HILDEGARD KATSCH



München und Berlin 1919
Druck und Verlag von R. Oldenbourg



Werner Tiemann

gefallen am 24. August 1914

zum Gedächtnis



Vorwort.

Das Verhältnis der öffentlichen Meinung zu Bismarck ist Gegenstand verschiedener eingehender Untersuchungen geworden. Am meisten interessiert jedoch die Frage, wie die Führer und Sprecher der nationalen Einheitspartei, die seinem Werke den Weg bereitet hatten, in den entscheidenden Jahren zu dem Neuaufrichter des Reiches standen. Heinrich v. Treitschke hat in ihrer vordersten Reihe für den alten deutschen Kaisertraum gestritten. Seine Persönlichkeit und sein Werdegang waren aus zahlreichen Nachrufen, vor allem aus der warm empfundenen und lebendigen Darstellung Theodor Schiemanns in großen Linien bekannt, als E. L. Schurig es unternahm, die politische Entwicklung Treitschkes eingehender zu verfolgen. Ihre Untersuchung gilt vornehmlich dem Ausbau seines theoretischen Staatsideals, ohne darauf verzichten zu wollen, Treitschkes Stellung zu den politischen Ereignissen der Zeit zu charakterisieren. Sie läßt mit dem Erscheinen der »Freiheit« (1860) eine erste Periode in Treitschkes Entwicklung abschließen.

Eine Untersuchung, die es sich zur Anfgabe setzt, Treitschkes Verhältnis zu der preußisch-deutschen Frage zwischen 1860 und 1866 darzustellen, mußte in manchen Punkten auf die Ergebnisse der Schurigschen Arbeit zurückgreifen und sie, wo es nötig schien, erweitern. Die Problemstellung begreift zugleich die Behandlung

der inneren Fragen der Verfassung und des Liberalismus in sich. Treitschkes Entwicklung gehört in die allgemeine geistige Bewegung um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinein. Diese wurde ausdrücklich zum Vergleich herangezogcn, soweit es an wichtigen Punkten zum Verständnis nötig erschien und der Rahmen einer Einzeluntersuchung es zuließ. Der Abschluß mit dem Jahre 1866 ergab sich nicht nur durch den mit der Übersiedelung nach Berlin einsetzenden neuen Abschnitt in Treitschkes Leben — es wird zu zeigen sein, daß dieser Schritt das in die Tat umgesetzte Ergebnis einer lange vorbereiteten inneren Entwicklung war.

Bonn, im September 1918.

Hildegard Katsch.

Inhaltsverzeichnis.



Verzeichnis der angeführten Schriften.

Bandmann, O., Die deutsche Presse und die Entwicklung der deutschen Frage 1864—66. Leipzig 1910.

Bernhardi, Aus dem Leben Theodor v. Bernhardis, Bd. 1—8, 1893 ff.

Bernstein, A., Schulze-Delitzsch' Leben und Wirken. Berlin bei M. Bading (o. J.).

Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, herausg. von H. Kohl, 2 Bde. 1898.

Daniels, Besprechung von: Zehn Jahre deutscher Kämpfe, 4. Aufl. 1913, Preuß. Jahrb. 1913, CLIV, S. 143 ff.

Delbrück, R. v., Lebenserinnerungen. 1. u. 2. Aufl. 2 Bde. 1905.

Dove, A., G. Freytag und H. v. Treitschkes Briefwechsel. Leipzig 1900.

— Großherzog Friedr. v. Baden als Landesherr und deutscher Fürst. 1902.

Ebbinghaus, Th., H. v. Treitschke und die deutsche Literatur. Preuß. Jahrb. 1916, CLXV, S. 67 ff.

Fischer, Max., H. v. Treitschkes Anschauungen über Wesen und Gegenstand der Geschichte. Diss. Heidelberg 1917.

Friedjung, H., Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859—66. 2 Bde. V. Aufl. 1901.

Freytag, G., K. Mathy. Geschichte seines Lebens. Leipzig 1870, 2. Aufl. 1872.

Gartenlaube, die.

Grenzboten. Zeitschrift für Politik und Literatur. Herausg. von G. Freytag.

Hamilton, A., The Federalist. Hallowell 1837.

Hepner, F., Wie kam Treitschke zu seinen Ansichten über Staat und Gesellschaft? Diss. Münster 1916.

Hintze, O., Die Hohenzollern und ihr Werk, 1915.

Preußische Jahrbücher, herausg. von R. Haym, 1858 ff.
Lenz, M., Geschichte Bismarcks. 2. Aufl. 1902.
Löwenthal, F., Der preußische Verfassungsstreit 1862—1866. 1914.
Marcks, E., Kaiser Wilhelm I. V. Aufl. 1905.
— Otto v. Bismarck. Ein Lebensbild. 1915.
— H. v. Treitschke. Ein Gedenkblatt. 1906.
Meinecke, F., Weltbürgertum und Nationalstaat. 3. Aufl. 1915.
Mommsen, Th., Die Annexion Schleswig-Holsteins. 1865.
Müller, K. A. v., Drei Briefe Treitschkes an Marquardsen. Süddeutsche Monatshefte 1912—13, Bd. 10, I S. 390—396.
Nirrnheim, O., Das erste Jahr des Ministeriums Bismarck und die öffentliche Meinung. Heidelberg 1908.
Oncken, H., Rudolf v. Bennigsen. 2 Bde. 1910.
— Lassalle. 2. Aufl. 1912.
Petersdorff, H. v., H. v. Treitschke. Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 55, S. 263 ff.
Schiemann, Th., H. v. Treitschkes Lehr- und Wanderjahre. 2. Aufl. 1898.
Schmoller, G., H. Schulze-Delitzsch und E. Lasker. Jahrb. für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. 1884, S. 595 ff.
Schulze-Delitzsch, H., Reden und Schriften. 5 Bde. 1909—11.
Schurig, E. L., Die Entwicklung der politischen Anschauungen H. v. Treitschkes. Diss. Heidelberg 1907, ersch. 1909.
Das Staatsarchiv, herausg. v. Aegidi und Klauhold.
Sybel, H. v., Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Bd. 1—7, 1889—1894.
Wahl, A., Beiträge zur Geschichte der Konfliktszeit. Doktorenverzeichnis der phil. Fakultät Tübingen. 1914.
Waitz, G., Grundzüge der Politik nebst einzelnen Ausführungen. 1862.
Westphal, O., Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. Eine Untersuchung über die Preußischen Jahrbücher und den konstitutionellen Liberalismus in Deutschland von 1858—1863. Im Erscheinen.

Verzeichnis der angeführten Schriften Treitschkes.

Die Aufgaben der preußischen Politik. Süddeutsche Zeitung. München, 13. Dez. 1860. Nr. 345.

Die Zustände des Königreichs Sachsen unter dem Beustschen Regiment. Preuß. Jahrb. 1862, XI, S. 344 ff.; jetzt hist.-pol. Aufs. IV, S. 97 ff.

Herr Biedermann und die Annexion. Grenzb. 1865, I, S. 394 ff.; jetzt Deutsche Kämpfe, 2. Aufl. 1879, S. 27 ff.

Der Bonapartismus I. Das erste Kaiserreich. Preuß. Jahrb. 1865, XVI, S. 197 ff.

Briefe, Bd. I—III, 1. Herausg. v. M. Cornicelius 1912—17.

Cavour, zuerst erschienen hist.-polit. Aufs. n. F. Bd. I, 1870, S. 351 ff.

F. C. Dahlmann, Gartenlaube 1861.

Zehn Jahre deutscher Kämpfe, 2. Aufl. 1879.

Zur Erinnerung an Fichte, Grenzb. 1862, II, S. 372 ff.

Die Freiheit, Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 183 ff.; jetzt hist.-pol. Aufs., 7. Aufl., 3. Bd., S. 1 ff.

Hans v. Gagern, Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 445 ff.

Die Gesellschaftswissenschaften. Leipzig 1859.

Die Grundlagen der engl. Freiheit. Preuß. Jahrb. 1858, I, S. 366 ff.; jetzt hist.-pol. Aufs. IV, S. 1 ff.

Historisch-politische Aufsätze 1. Aufl. 1865.
» » » 2. » 1865.
» » » 3. » 1867.
» » » neue Folge, 2 Bde. 1870.
» » » Bd. IV, herausg. v. E. Liesegang 1897.

Der Krieg und die Bundesreform, Preuß. Jahrb. 1866, XVII, S. 677 ff.; jetzt Deutsche Kämpfe, 2. Aufl. 1879, S. 67 ff.

Zur Erinnerung an Lessing, Grenzb. 1863, I, S. 301 ff.

Die Lösung der schleswig-holsteinschen Frage. Eine Erwiderung. Preuß. Jahrb. 1865, XV, S. 169 ff.; jetzt Deutsche Kämpfe, 2. Anfl. 1879, S. 8 ff.

Der Militärstaat. Unter dem Titel »Broschürenliteratur«. Preuß. Jahrb. 1859, III, S. 108 ff.

Besprechung der Wochenschrift des Nationalvereins. Unter dem Titel »Notizen«. Preuß. Jahrb. 1860, VI, S. 114 ff.

Das deutsche Ordensland Preußen. Preuß. Jahrb. 1862, X, S. 95 ff.

Die Parteien und die Herzogtümer. Preuß. Jahrb. 1865, XVI, S. 375 ff.; jetzt Deutsche Kämpfe, 2. Aufl. 1879, S. 33 ff.

Unser Reich. 1886, hist.-pol. Aufs., 7. Aufl. 1913, S. 547 ff.

Das Schweigen der Presse in Preußen. Grenzb. 1863, III, S. 111 ff.

Das Selfgovernment. Preuß. Jahrb. 1860, VI, S. 25 ff.

Aus Süddeutschland. Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 510 ff.; jetzt hist.-pol. Aufs. IV, S. 83 ff.

Süddeutsche Korrespondenz. Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 545 ff. jetzt hist.-pol. Aufsätze, S. 70 ff.

Zum Gedächtnis Ludwig Uhlands. Preuß. Jahrb. 1863, XI. S. 323 ff.

Die Verfassung des nordd. Bundes. Preuß. Jahrb. 1867, XIX, S. 717 ff.: jetzt Deutsche Kämpfe, 2. Aufl. 1879, S. 187 ff.

C. A. v. Wangenheim. Ein Kapitel aus der Gesch. des Deutschen Bundes. Preuß. Jahrb. 1863, XI, S. 15 ff.

Einleitung.

Heinrich v. Treitschkes Persönlichkeit erscheint auch uns Jüngeren, die wir ihn nur aus seinen Schriften und Briefen kennen, durchaus als ein Ganzes. Wer sich ihrem Zauber einmal erschlossen hat, möchte ungern versuchen, sie in die engen Fesseln einer eindeutigen Formel zu pressen. Die Einheit seiner Persönlichkeit beruht nicht auf abgeklärter Harmonie der seelischen Kräfte. Dieses Ideal kannte er wohl[1]), aber nicht seine Sache war es, es restlos zu verwirklichen. Denn den Grundzug seines Wesens bestimmte ein ungebrochener, bis zur ungestümen Leidenschaft gesteigerter Wille, der beschwingt und gebändigt wurde durch eine hohe und lebendige Auffassung von den sittlichen Aufgaben des Menschen.

Ein Mensch weniger des reinen Gedankens als des Glaubens, war er geboren zu einem Helden der Tat. Aber ein grausames Geschick hat ihn gehindert, selbst hinauszutreten in die Welt des Handelns. Im Kampf gegen die Hemmungen seines Gehörleidens hat er seinen Willen gestählt und seinen Idealismus erprobt. Er hat sich hindurchgefunden ohne Resignation. Aus dem Urgrund seines Wesens schöpfte er immer wieder weltfreudige Lebensbejahung und einen mutigen Optimismus, wie er nur ungebrochenen Naturen eignet.

---

[1]) Vgl. an Klee, 2. Juli 1861, Briefe II, S. 160 f.

Schule nnd Elternhaus — und da vor allem die Mutter — gaben seinem Wollen die idealistische Richtung. Die Schätze unserer klassisch-nationalen Bildung wurden sein persönlicher Besitz[1]). Sie verknüpften den Sohn der Jahrhundertmitte mit den goldenen Tagen von Weimar. Aber seine persönliche Veranlagung, die sich nähren konnte aus dem militärischen Boden des Elternhauses, war der Welt der Wirklichkeit heiter aufgeschlossen. Für die neue Zeit des Realismus brachte seine gesunde Natur die besten Ansätze mit. Aber was mehr ist: das Schicksal hatte ihn so glücklich ausgestattet, daß er unter dem Anprall der verschiedenen Zeitrichtungen nicht litt. Er wurde weder resignierter Epigone noch ein das neue Ziel überfliegender Stürmer und Dränger[2]).

Beide Richtungen spiegeln sich in Treitschkes Staatsideal wieder. Ausgehend von der Antike und auch wohl nicht unbeeinflußt von Hegelschen Gedanken[3]) ist ihm der Staat eine sittliche Forderung. Das idealistische Moment dient ihm aber nur, solange es gilt, die Berechtigung des Staates zu erweisen. Den Staat selbst betrachtet er ganz realistisch. Dahlmann hatte ihn zuerst in diese Richtung gewiesen[4]), Rochaus Realpolitik ihn weitergeführt auf dem Wege, der sich von dem Doktri-

---

[1]) Über Treitschkes Verhältnis zur deutschen Literatur s. Ebbinghaus, Preuß. Jahrb. 1916, CLXV, S. 67 ff. Vergl. auch den Abschnitt H. v. Treitschke bei Westphal S. 87 ff., in den mir der Verfasser während des Druckes freundlichst Einblick gestattete.

[2]) Es liegt nahe, die realistischen — darf man sagen die derberen? — Züge seines Wesens über Gebühr zu betonen. S. dazu Daniels, Preuß. Jahrb. 1913, CLIV, S. 143 ff. Die Briefe lassen uns in glücklicher Ergänzung zu seinen Schriften einen Einblick tun in die zarten und feinen Züge seines Wesens.

[3]) Hepner, S. 18. Das Verhältnis Treitschkes zu Hegel bedürfte noch einer eingehenderen Untersuchung.

[4]) Schurig, S. 29 ff, Hepner, S. 15ff.

narismus des idealistischen Zeitalters abwandte[1]). Den Kernpunkt seiner Staatsanschauung bildet der Satz, daß das Wesen des Staates Macht ist. Diese Formel selbst behielt zunächst den Charakter einer mehr theoretischen Erkenntnis, soweit die inneren Verhältnisse des Staates in Betracht kamen. Denn der Liberalismus wiederum war ihm mehr als eine Parteimeinung, er war ihm innerste Überzeugung und bildete ein Stück seines Wesens. So war er, der dem Zeitalter des Liberalismus entsprechenden Interessenrichtung folgend, dem Staate von der Seite der Nationalökonomie her genaht[2]). Schritt für Schritt setzte er sich in seinen ersten Arbeiten mit den Forderungen des Liberalismus auseinander. Seine Dissertation ist noch im wesentlichen beherrscht von dem Ruf nach Freiheit der Wirtschaft[3]). Seine Habilitationsschrift gilt der Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft[4]), seine ersten Aufsätze in den Preußischen Jahrbüchern untersuchen die Rechte des Bürgers im Staat[5]), seine erste Leistung bleibenden Wertes[6]) bringt für den Sohn des staatlichen 19. Jahrhunderts, der noch in der idealistischen Überlieferung des 18. wurzelt, die entscheidende Auseinandersetzung über die Grenzen von Staat und Gesellschaft gegenüber den ewigen Rechten des Individuums. Freiheit ist politisch beschränkte Freiheit

---

[1]) Schurig, S. 47f., Fischer S, 20. Rochaus Einfluß ist doch wohl höher anzuschlagen als Machiavellis, gegen Hepner, der allerdings auch den in den sittl. Grundgedanken liegenden tiefgreifenden Unterschied zwischen Treitschke und Machiavelli hervorhebt.

[2]) Schurig S. 47.

[3]) Über Produktivität der Arbeit, 1854. Schurig, S. 42 ff.

[4]) Die Gesellschaftswissenschaften 1858, Schurig, S. 69 ff.

[5]) Grundlagen der engl. Freiheit, Preuß. Jahrb. 1858, I, S. 366 ff., und das Selfgovernment, Preuß. Jahrb. 1860, VI, S. 25 ff.

[6]) Die Freiheit, Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 183 ff., Schurig, S. 106 ff.

— das war die Synthese der neuen Zeit aus den absolutistischen und weltbürgerlichen Elementen des 18. Jahrhunderts. Sie war zugleich der Ausdruck seiner innersten Persönlichkeit, die »inmitten der neuen Zeit humanistische und politische Ideale durch jene Kraft des Genius in sich zu vereinigen vermochte, die das Auseinanderliegende zusammenschweißt und bezwingt«[1]).

Diese Aufsatzreihe hatte ihm die Grundlage geschaffen für das Wirken in der politischen Öffentlichkeit. Das Jahr 1848 hatte ihm die Richtung auf die Politik gegeben, und zwar auf die nationale Politik. Auch in diesem Punkte stoßen Wirkung und Gegenwirkung zusammen. Das Elternhaus suchte ihn zu fesseln in den engen Grenzen des Partikularismus. Er wuchs aus dieser Welt bald hinaus. Es ist zwar wahr, Treitschke hat die Liebe zu seiner »schönen sächsischen Heimat« nie verleugnen wollen. Sie blieb das Land seiner Kindheit, und zugleich fühlte er sich mit Stolz als der Sohn eines Stammes, der dem deutschen Vaterland Männer wie Pufendorf, Lessing und Fichte geschenkt hatte. Aber hier im Herzen Deutschlands schweifte sein Blick schon früh über die Grenzen seines engen Vaterlandes hinaus. »In diesen sächsisch-böhmischen Bergen habe ich von Kindesbeinen nicht gewußt, ob ich mich zum Norden oder Süden zählen sollte«[2]). Er fühlte sich, nach einem Worte Fichtes, als »Deutscher schlechtweg«[3]) und ließ seine ganze Persönlichkeit von der vollen Leidenschaftlichkeit dieser Empfindung durchdringen, so daß er von sich sagen konnte, daß die Vaterlandsliebe das einzige sei, was ihm das Leben schön und reich erscheinen lasse[4]). In seiner Anteilnahme an der nationalen Politik überwiegt zunächst stark der gefühlsmäßige Einschlag, wie

[1]) Marcks, Treitschke S. 10.
[2]) An Nokk, 23. März 1862, Briefe II, S. 206.
[3]) a. a. O.
[4]) An Frau Asverus, 20. Nov. 1864, Briefe II, S. 355.

er in seinen Gedichten zum Ausdruck kommt[1]). Wie die Publizistik der späteren Jahre entsprangen diese dem Drange einer starken Persönlichkeit, die sich auswirken will. Die Gegenüberstellung der Gedichte und der politischen Schriften zeigt deutlich den Weg, den Treitschke zwischen dem Anfang der fünfziger und dem Anfang der sechziger Jahre zurückgelegt hat: er trat aus der Welt des Gefühls in die Welt des Gedankens und der Wirklichkeit. Was die Welle der achtundvierziger Begeisterung als zunächst gefühlsmäßigen Erwerb ihm zugetragen hatte, galt es, als dauernden Besitz klärend festzuhalten.

Wie das weltbürgerliche Deutschland aus den allgemeineren Anfängen seiner politischen Selbstgestaltung durch den Staat Preußen zu der Wirklichkeit des Nationalstaates hinübergeführt wurde, so bildete Treitschke an der Wirklichkeit eben dieses Staates seine politischen Theorien aus und um. Er gesteht später, daß er durch reine Gefühlspolitik auf den preußischen Standpunkt gelangt sei und sich erst allmählich durch Nachdenken darin befestigt habe[2]). Aber auch weiterhin bewahrt sein Verhältnis zu Preußen einen gefühlsmäßigen Einschlag, geboren aus der Sehnsucht der freien und starken Persönlichkeit, die aus den Fesseln kleinstaatlicher Enge hinausdrängt zur freien und starken Persönlichkeit des Staates[3]). Er »glaubt«[4]) an Preußen und an eine gnädige Fügung der deutschen Geschicke mit einer Art von religiöser Andacht[5]), die ihm »über manche schwere Enttäuschung des Augenblicks«[6]) hinweghalf. Aus der staatlichen Machttheorie und dem Wesen der

---

[1]) Schurig S. 38 ff.
[2]) An Haym, 20. Nov. 1860, Briefe II, S. 113.
[3]) Marcks, Treitschke S. 17.
[4]) Rittinghaus, S. 105.
[5]) An Nokk, 11. Aug. 1860, Briefe II, S. 96.
[6]) An Bachmann, 25. März 1862, Briefe II, S. 208.

Geschichte heraus[1]), bildete er seine Anschauung vom Wesen des preußischen Staates. Preußen soll sich nicht für Deutschland opfern — wie die Männer der Paulskirche gewollt hatten — sondern es soll selbst Deutschland zur Einheit führen. Aber damit war das Problem erst gestellt, noch nicht gelöst. Noch einen bedeutsamen Schritt über 48 hinaus geht er nach 66 hin: die Einigung Deutschlands wird sich nur durch die Entscheidung der Waffen erzwingen lassen. »Höchst eigentümlich verbinden sich in Treitschke die Gepanken von 1848 und von 1871. Das letzte Ziel entnahm er den Idealen des älteren Geschlechts, die den machtvollen Nationalstaat nur in der Form eines möglichst einheitlichen Staates sich denken konnten, aber sein historischer und politischer Realismus lehrten ihn, daß dies Ziel nicht vom deutschen, sondern vom preußischen Zentrum aus erreicht werden müsse«[2]). Neben diesen in die Zukunft weisenden Ansätzen stehen die Einflüsse der liberalen Bewegung von 48. Der physischen Eroberung Deutschlands durch Preußen muß die moralische vorangehen. So sehr Treitschke sich bemühte, den preußischen Staat historisch zu erfassen, um Deutschlands willen naht er ihm mit Forderungen, die nicht frei sind von Doktrinarismus. Er verlangt den Ausbau der Verfassung im liberalen Sinn[3]). Sein Denken steht noch unter dem Eindruck der Doktrinen des Liberalismus; in der Beurteilung praktischer Fragen strebt er bewußt und mit Erfolg über sie hinaus. Aber er fühlte nicht, daß die liberale und nationale Forderung sich nicht notwendig zu decken brauchten und daß sein Weg dann entweder nach der einen oder anderen Richtung führen mußte.

---

[1]) Vgl. Ordensland, Preuß. Jahrb. 1862, X, S. 150 und an Frensdorff, 25. Nov. 1860, Bd. II, S. 114.

[2]) Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, S. 482.

[3]) Schurig, S. 89 ff., 94, 97.

Das Jahr 1860 beschließt mit dem Aufsatz über die Freiheit die theoretische Vorbildung Treitschkes für seinen zukünftigen Beruf. Literatur, Kunst und Staatswissenschaften traten jetzt mehr zurück: der Gelehrte wurde Publizist. Denn gleichzeitig begann auf der Bühne der nationalen Politik ein neuer Akt. Die Welle von 1859 schlug bis nach Deutschland hinüber und hob das Schiff der nationalen Bewegung wieder in die Flut, bis ihm der Steuermaun erwuchs, der es auch gegen die Brandung in den Hafen zu bringen verstand. Es drohten dunkle Tage, in denen Preußen in keiner Weise den inneren Voraussetzungen, die Treitschke für die Lösung des nationalen Problems aufgestellt hatte, entsprechen sollte. Es mußte sich zeigen, was in ihm stärker war: sein Wahlpreußentum oder sein Liberalismus. Erst wenn man sich die Leidenschaft vergegenwärtigt, mit der er sich für die deutschen Dinge einsetzte, gewinnt man den rechten Wertmaßstab für seine Haltung in den folgenden Jahren.

Erster Abschnitt.

Die innerpreußische Frage von 1860—63.

Die Gegensätze Preußentum und Liberalismus schienen sich zunächst gefunden zu haben. Dem Ministerium der neuen Ära folgte ein rauschender Akkord begeisterter Zustimmung. Alles, was sich zum liberalen Gedanken bekannte, glaubte sich jetzt am Ziel seiner Wünsche. Man mußte erst in schweren Jahren die bittere und heilsame Erfahrung aller großen historischen Zeiten lernen, daß im politischen Leben nichts geschenkt wird. Weder der König, für den es sich um eine ehrliche verfassungstreue Kundgebung[1]) und um eine öffentliche Abwendung von dem bisherigen System handelte, noch die plötzlich in den Sattel gehobenen Liberalen ahnten, daß die neue Ära nur ein Programm, ein Ziel bedeutete und daß es nur eines Anstoßes bedurfte, um deutlich werden zu lassen, daß das Jahrzehnt seit 1848 nur eine Kampfpause gewesen war, ja, daß der Kampf für den Liberalismus jetzt unter erschwerten Bedingungen anhub. Denn der Gegner hatte nicht nur seine Position gestärkt, sondern konnte auch bald einen mächtigeren Vorkämpfer ins Feld schicken, als der Ansturm der Revolution angetroffen hatte. Die Heeresreform war das eigenste Werk des Regenten, der Schlußstein seines bisherigen Lebensinhaltes.

[1]) Marcks, Wilh. I., S. 136 f.

Diese Frage sprengte das kaum geknüpfte Bündnis zwischen dem Liberalismus und dem Staate Preußen und stellte seine Kontrahenten als um so erbittertere Gegner gegeneinander, als der Kampf bald vom Boden sachlicher Erwägungen absprang und auf das Gebiet des Prinzipiellen übergriff. Aus der Heeresfrage wurde eine Budgetfrage und damit eine Lebensfrage für das junge preußische Parlament. Der Zielpunkt blieb der Ausbau der Verfassung zu einem parlamentarischen Parteiregiment nach englischem Vorbild. Wie das Motto des großen Dramas »Königtum oder parlamentarisches Regiment« von den einzelnen Parteien und innerhalb der verschiedenen Gruppen bald deutlicher, bald verschleierter variiert wird, hat Wahl neuerdings dargelegt [1]). Die Liberalen leugneten in der Theorie diese Absicht, ohne sie in ihren praktischen Forderungen verhüllen zu können [2]), während der Fortschritt von Anfang an als Verfechter des Parlamentarismus galt. Man wurzelte noch in einer Zeit, die mit dem Begriff die Wirklichkeit meistern wollte. Das englische Vorbild hatte seit dem achtzehnten Jahrhundert noch nichts von seiner Beweiskraft eingebüßt, so daß eine verfassungsmäßig beschränkte Regierung nur in den Formen des englischen Parlamentarismus gedacht werden konnte. Ein Verfassungsleben ohne Parteiherrschaft galt als Scheinkonstitutionalismus, ein Begriff, der bei den preußischen Liberalen gewiß genährt wurde durch das reaktionäre System der fünfziger Jahre.

Die Stellung Treitschkes zu diesen Vorgängen wird durch zwei Momente charakterisiert. Einmal ist er nicht mithandelnde Person, sondern Zuschauer. Seine Äußerungen sind also nicht politische Handlungen, sondern dürfen als unmittelbarer Ausdruck seiner Gedanken gelten. Aber er ist andererseits ein Zuschauer von leiden-

---

[1]) Beitr. zur Gesch. der Konfliktszeit S. 16—56.

[2]) Wahl S. 24 ff.

schaftlichster Anteilnahme. Als Wahlpreuße war er empfindlicher für das Prestige des Staates, in dem er die zukünftige Heimat aller Deutschen sah, als die meisten seiner Gesinnungsgenossen im Abgeordnetenhause zu Berlin. Wie deutete er den Sinn dieses Ringens zwischen Krone und Volk?

Von drei Voraussetzungen aus trat er an diesen Kampf heran: als Deutscher, als Liberaler, als Theoretiker der staatlichen Macht. Deutschland blieb sein Ziel, das liberale Moment ergibt sich mit Notwendigkeit aus dem nationalen. Um Deutschlands willen muß Preußen liberal werden, d. h. es bedarf »einer ehrlichen Durchführung des parlamentarischen Systems«[1]. Das war die Formel, die in den Kundgebungen der Zeit immer wiederkehrte[2]. Daß sie auch für Treitschke den oben dargelegten Sinn hat, ist schon von Schurig[3] nachgewiesen worden. Aber man darf doch nicht vergessen, daß sich bei ihm neben diesen Gedankengängen, die aus den doktrinären Überlieferungen der Partei stammen, Ansätze eines realpolitischen Denkens finden, die gleichsam noch gesondert und ungebunden neben jenen stehen. Sie zeigen sich in der Art und Weise, wie Treitschke das englische Regierungssystem auf den preußischen Boden verpflanzen will, wobei er den tatsächlich mächtigen Faktoren im preußischen Staat — also Heer- und Beamtentum — die gebührende Geltung verschaffen will[4]. Sie liegen andererseits in seiner Staatsauffassung überhaupt, die in der Macht das Kriterium echten staatlichen Lebens erblickte[5].

Höchst charakteristisch spiegeln sich diese Gedankengänge in der Besprechung von Constantin Frantz' Militär-

---

[1]) Schurig, S. 97.
[2]) Wahl, S. 21, 23, 29.
[3]) Schurig, S. 97.
[4]) Schurig, S. 95 f.
[5]) Schurig, S. 105 f.

staat[1]). Preußen muß Schritt halten mit den verstärkten Rüstungen der übrigen Großmächte und seine Heeresziffer mit der Bevölkerungszahl wieder in Einklang bringen. Aber ausschlaggebend ist der deutsche Gesichtspunkt: das Heer bedarf der Verstärkung, denn nicht nur ist Preußens eigne militärpolitische Lage nach zwei Fronten hin gefährdet, »auch der Oberrhein erwartet Preußens starke Hand am Tage der Gefahr«[2]). Die Einrichtung des Heeres überhaupt und damit indirekt die Frage der Verstärkung wird gestützt durch die Staatstheorie. Die Wehrkraft ist die notwendige Grundlage des Staates[3]), wenn auch nicht die alleinige Aufgabe eines Kulturstaates[4]). Für ihren monarchischen Charakter als ihren wesentlichen Grundzug hat er volles Verständnis[5]), wenn er auch als Liberaler es natürlich mit Freuden begrüßt, daß die preußische Verfassung durch das Wahlrecht der Soldaten[6]) und das Budgetrecht des Landtages das Heer in das konstitutionelle System einfügt. Sein Liberalismus erscheint in dieser Frage keineswegs radikal. Wohl ist ihm die Spannung zwischen Heer und Bürgertum nicht fremd, aber die grundsätzlichen Fragen der Landwehr und der Dienstzeit, die bald in den Brennpunkt des Interesses treten sollte, berührt er überhaupt nicht. Bei der Aufzählung der einzelnen Reibungsmöglichkeiten[7]) betont er mehr die gefühlsmäßigen Gegensätze, in ihrer Verschärfung sieht er nur Parteimache, ohne sie in die Höhe eines Kampfes um politische Weltanschauungen zu erheben. Innerlich scheint Treitschke hier eher auf Seiten des Militärs zu stehen, das er als eine Schule des Selbst-

---

1) Preuß. Jahrb. 1859, III, S. 108 ff.

2) a. a. O. S. 114.

3) a. a. O. S. 111.

4) a. a. O. S. 112.

5) a. a. O. S. 113.

6) Seit 1874 aufgehoben.

7) a. a. O. S. 112.

bewußtseins gegenüber den Bücherstuben und Fabriken preist. Da spricht das Soldatenkind aus ihm, das es selbst einst zur Waffe hingedrängt hatte. Militär und parlamentarisches Wesen als Gegensätze aufzufassen, wird Frantz als Vorwurf entgegengehalten. Treitschke selbst bricht den angedeuteten Konfliktsmöglichkeiten die Spitze ab. Bisher sind alle Parteien für militärische Ausgaben bereit gewesen; wenn die erwartete Erhöhung des Militärbudgets eintritt, so wird dem Landtag kein Opfer zu groß erscheinen, sobald die Regierung das Bedürfnis nur einigermaßen einleuchtend darlegt[1]). In der Sache steht Treitschke also durchaus auf Seiten der Regierung, und den in der Militärfrage enthaltenen Konfliktsstoff bewertet er so gering, daß er glaubt, man könne ihn durch geschickte parlamentarische Behandlung beseite schieben. In diesem Zusammenhang erhält ein Satz, der zunächst in Abwehr gegen Frantz nur als Behauptung erschien, zugleich mahnende Bedeutung: »Daß der Monarch die militärische Gewalt nicht mißbrauche, um die Wirkung der Volksvertretung zu lähmen, dafür sorgt die Gewalt der Umstände und eine andere Macht, an welche Preußens Geschichte oft und niemals vergeblich appelliert hat: das Gewissen seiner Könige«[2]). Diese Worte zeigen zugleich, wo sich das Hauptinteresse Treitschkes konzentrierte und wo er in den tieferliegenden Fragen, um die an der Heeresvorlage der Kampf entbrannte, seine Stellung zu nehmen gedachte. Der Mahnruf an das Wort des Regenten ist nicht neu — er findet sich schon in Treitschkes Briefen aus dem Beginn der neuen Ära[3]). Er soll die Verfassung nicht nur gewährleisten, er soll ihr durch ihren Ausbau erst wahre Geltung und wirklichen Sinn verleihen, d. h. die Einrichtung eines liberalen Ministeriums zum gesetzlichen Parteiregiment umgestalten. Denn die Unterscheidung von

---

[1]) a. a. O. S. 114.

[2]) a. a. O. S. 113.

[3]) Schurig, S. 55 f.

Konstitutionalismus und Parlamentarismus in der Frantzschen Schrift wird ausdrücklich als unwahr zurückgewiesen[1]) und damit die Anhängerschaft Treitschkes an das parlamentarische System, die von Schurig nur aus dem Zusammenhang gefolgert wurde[2]), klar erwiesen. Es zeugt von dem ganzen Optimismus der neuen Ära, wenn Treitschke die »Gewalt der Umstände[3])« aufruft und also den Parlamentarismus mit dem Ministerium Auerswald bereits im wesentlichen erreicht glaubte. Ihm schien die Machtfrage also entschieden, während es in Wahrheit galt, sie in hartem Ringen zu lösen.

Deutsch und liberal hießen die großen Forderungen, mit denen Treitschke um Preußen warb. Es waren für ihn keine Schlagworte, es war sein Glaube. Wie wird er an diesen beiden Maßstäben die Vorgänge der Konfliktszeit messen? Wie wird andererseits der Konflikt seine parteipolitische Stellung beeinflussen?

Die neue Ära bestand mehr in der Auffassung als in der Wirklichkeit. Das Ministerium Auerswald, in das von der Heydt und Simon aus der Manteuffelschen Zeit übernommen waren[4]) erhielt einen moralisch noch mehr als nummerisch bedeutenden konservativen Zuwachs durch die Berufung Roons[5]). Die erwartete Rückwirkung der liberalen Wendung auf die Verwaltung blieb aus und als eine Steigerung dieser Umkehr konnte die Wehrvorlage von 1860 erscheinen, die, von rein militärischen, sachlichen Gesichtspunkten ausgehend, sich bewußt von dem liberalen Ideal einer volkstümlichen Landwehr abwandte. Wir sahen bereits, daß Treitschke einen zu starken Einschlag soldatischen Denkens mitbekommen hatte, als daß er die Bedenken der Kommission des Abgeordneten-

---

[1]) Preuß. Jahrbücher 1859, III, S. 110.

[2]) a. a. O. S. 97.

[3]) s. o. S. 5.

[4]) Löwenthal, S. 21.

[5]) 5. Dez. 1859.

hauses gegen den Gesetzentwurf hätte teilen können[1]). Die Regierung traf keineswegs auf die Opferwilligkeit, auf die Treitschke gerechnet hatte[2]). Sie wich jedoch dem Kampfe aus, indem sie, die unsichere äußere politische Lage ausnutzend, den langwierigen Streit über die prinzipiellen Fragen durch Zurückziehung der Vorlage vermied und die Frage auf das anscheinend harmlosere Gebiet des Etats hinüberschob. Es war zweifellos ein geschickter Schachzug der Regierung, sie behielt jetzt freie Hand, mochte auch der Finanzminister Patow die bereits durchgeführten Maßregeln nur als Provisorium bezeichnen. Dieses Wort, das zunächst einen glücklichen politischen Kompromiß zu bedeuten schien, sollte den ganzen Konfliktsstoff in sich bergen. Man hat den klaren Blick und die Sachkenntnis der Abgeordneten immer wieder angezweifelt, die sich ohne Schwierigkeiten bereit erklärten, dem Lande für eine vorübergehende Maßregel 9 Mill. Taler im Extraordninarium aufzuerlegen. Vielleicht hat man die europäische Lage, die unter dem Eindruck von Napoleons Schlagwort von den natürlichen Grenzen stand[3]), dabei zu wenig in Betracht gezogen.

Treitschke wenigstens ist völlig nach dieser Richtung gewendet. Das Überwiegen des nationalen über das liberale Interesse führt ihn zunächst an die Seite der Regierung[4]); aber er fürchtet, daß ihre auswärtige Politik gelähmt ist[5]). Das Verhalten Preußens in der Kurhessischen Angelegenheit[6]) erscheint ihm symptomatisch. Was

---

[1]) Löwenthal, S. 38—40. [2]) s. o. S. 12.

[3]) Sybel II, S. 355.

[4]) »Den niederträchtigen Lügen gegenüber, welche unsere Rheinbundesblätter und die Londoner Demokratenzeitungen über Preußen verbreiten, scheint es für jedes patriotische preußische Blatt Pflicht, die Regierung zu unterstützen«. An Nokk, 1. Jan. 1860, Briefe, II, S. 70; vgl. an Bachmann, 16. April 1860, Briefe II, S. 84.

[5]) An Frensdorff, 25. Nov. 1860, Briefe II, S. 114.

[6]) Sybel, II, S. 342—352.

er verlangt, ist Entschiedenheit, Energie. Sein Temperament fordert rasche Taten und schnelle Erfolge. Die Wartezeit sollte ihm noch recht oft lang erscheinen. Sein Unmut fällt nicht nur auf die Regierung, sondern auch auf das Abgeordnetenhaus. Einer Kammer, der die eine der Parteien gänzlich fehlt [1]) — gemeint ist doch wohl eine entschieden nationale — und einer Politik von Leisetretern gegenüber [2]), kann er sich nur ablehnend verhalten. Die durch das Provisorium geschaffene Lage bespricht er nicht ausdrücklich, aber seine Abkehr von den Altliberalen läßt vielleicht einen Schluß auf sein Urteil zu. Nicht, daß eine unklare, unsichere Lage geschaffen worden war, mißbilligt er, wie man sich ja auch im Abgeordnetenhaus keineswegs über diesen Schritt klar war [3]); Treitschke hatte auf Opfersinn im Hinblick auf die eine große Frage der nationalen Zukunft gerechnet: also Bewilligung der Regierungsforderungen — aber zugleich ein zum mindesten moralischer Druck auf die Regierung für Gegenleistungen: Parlamentarisierung und aktive nationale Politik. Daß etwa dahinter noch der Gedanke steckte, das liberale Ministerium stützen zu müssen, ist nicht zu beweisen. Man war von sich und von der Durchschlagskraft der eignen Ideen so sehr überzeugt, daß man diesen nur recht treu sein zu müssen glaubte, um zum Ziel zu gelangen, und klugem, politischem Handeln weltfremd gegenüberstand. So bezieht sich die Absage mehr auf die auswärtige Politik; Treitschke beruft sich nämlich zudem auf Schulze-Delitzsch, der erst im März 1860 für das Abgeordnetenhaus kandidierte, so daß Treitschke sich hier nur auf sein Wirken im Nationalverein beziehen kann, wo Schulze-Delitzsch zuletzt auf der Gothaer Tagung im September 1860 die preußische Spitze mit Wärme verteidigt hatte [4]).

---

[1]) An Frensdorff, 25. Nov. 1860, Briefe II, S. 114.

[2]) An Bachmann, 24. Dez. 1860, Briefe II, S. 119.

[3]) Löwenthal, S. 43.

[4]) Schulze-Delitzsch III, S. 176—182.

Was sie zunächst band, war die Stärke des Temperaments und des Idealismus auf beiden Seiten: Lebhaftigkeit des Empfindens und das Bedürfnis nach außen zu wirken. Aber auch hier gleich der tiefgehende Unterschied: Schulze-Delitzsch der Volksmann, der Agitator des kleinen Mannes, Treitschke der Werber um die geistige Auslese der Nation. Die gemeinsame sächsische Abstammung gab ihnen eine ganz verschiedene politische Richtung. Der sächsische Preuße wuchs auf im Gegensatz zum Altpreußentum, der Sohn des sächsischen Offziers wurde zum Wahlpreußen. In der Staatsauffassung war Treitschke über die Stufe des Schulzeschen Liberalismus hinausgeschritten[1]) In der Frage des Augenblicks urteilte er sachlicher als Schulze, der die Landwehr gewahrt wissen wollte[2]), während in der prinzipiellen Frage des Parlamentarismus sich ihre Anschauungen fast wörtlich decken[3]).

Das stolze und strahlende Schiff der neuen Ära hatte den ersten Sturm erlebt, und Treitschke sah zwischen Wunsch und Wirklichkeit eine Lücke klaffen. Schon im April 1860 hatte er mit Sorgen auf die Wolken gesehen, die Preußens Stern verhüllten[4]). Im Dezember findet er auf die Frage: Was ist aus Preußen geworden? nur eine Antwort voll Scham und Bitterkeit[5]).

Die Tagung des Landtages von 1861 zeigte, daß man durch die Bewilligung des Provisoriums die Heeresreform gesichert hatte. Die Regierung setzte die durchgeführten Maßnahmen als vollzogene Tatsache voraus und führte die daraus erwachsenden Mehrkosten im Etat unter dem Gesamtvoranschlag des Heeresbudgets als jährliche Ausgaben ein[6]). Eine Abänderung des Wehr-

---

[1]) Schmoller, S. 597.
[2]) Schmoller, S. 597.
[3]) Wahl, S. 20.
[4]) An Bachmann, 16. April 1860, Briefe II, S. 84.
[5]) An Overbeck, 3. Dez. 1860, Briefe II, S. 115.
[6]) Löwenthal S. 50.

pflichtgesetzes von 1814, das man durch die durchgeführten Reformen für verletzt erklärte, wurde in Aussicht gestellt. Der Liberalismus fühlte die Schlinge, in die er sich verwickelt hatte, und suchte sich ihr zu entwinden. Aber statt auf der Einbringung einer solchen Novelle zu bestehen und damit die Frage von ihren Wurzeln her anzugreifen und klarzustellen, begnügte man sich, den Voranschlag für die Reorganisation aus dem Ordinarium in das Extraordinarium zu verweisen, und bewilligte dieses mit geringen Streichungen. — Die Doppelnatur des Liberalismus wurde ihm zur Schwäche. Für seine nationalen und äußerpolitischen Wünsche brauchte er ein starkes Heer, aber er wollte die Krone nicht durch die militärische Macht, wie die Reform sie gestalten sollte, gestärkt sehen. Man hatte sich in der Zukunft zu entscheiden, welche Seite des Programms man für die wichtigere hielt.

Auch Treitschke steht unter dem Bann dieser unfruchtbaren Alternative: »Keine preußische Staatskrankheit, die anders geheilt werden könnte als durch Lösung der deutschen Frage und wieder: keine Lösung der deutschen Frage ohne ein starkes gesundes Preußen«[1]. Die Bewilligung des Extraordinariums mochte immerhin als ein Entgegenkommen gegen die Regierung gedeutet werden, um die liberalen Verbündeten im Ministerium nicht zu verlieren. Treitschkes Temperament reißt ihn gleich weiter. Er sieht aus dem »unseligen Zirkel«[2] keinen Ausweg: nicht Verständigung, sondern Angriff! Sein Interesse an den preußischen Vorgängen ist bedeutend lebhafter geworden gegen das Vorjahr. Seinem Standpunkt von 1860 getreu, hält er in der Heeresfrage als solcher fester zur Regierung als die Linke des preußischen Abgeordnetenhauses[3],

---

[1] An Frensdorff, 16. März 1861, Briefe II, S. 133.

[2] An Frensdorff a. a. O.

[3] »Ich halte die Vermehrung des Heeres, so schwer sie das Land drückt, für eine Notwendigkeit«. An den Vater, 5. Okt. 1861, Briefe II, S. 173 u. Süddt. Korr. Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 546.

und er tadelt nur die Form, in der die Regierung diese Maßregel durchgesetzt hat. Bezieht sich dies auf die prinzipielle Frage der Landwehr oder auf das taktische Vorgehen der Regierung? Diese Frage muß offen bleiben. Aber unzweideutig und energisch weist er auf die Kräfte hin, denen er die schlimme Wendung in Preußen zuschiebt. Wer regiert in Berlin, das Junkertum oder das Ministerium?[1]) Hier setzt sein Kampfesruf ein und gleich mit radikaler Leidenschaftlichkeit. »Die Dinge sind reif zum letzten entscheidenden Bruche mit dem Junkertum«[2]). Liberales und nationales Interesse sind bei dieser Forderung verbündet. Die Sonderstellung des preußischen Adels im Staat ist der Zeit unwürdig. Aldelshochmut vermischt mit militärischem Kastengeist sind dem demokratischen Geiste des Südens unerträglich. Daß ein solcher Adel, in landschaftlicher Beschränktheit lebend und den großen nationalen Fragen fremd geblieben, von entscheidendem Einfluß im preußischen Staate ist, das ist ein Unglück für Deutschland, so zitiert Treitschke ein Wort des Freiherrn vom Stein[3]). Den Kampf gegen das Herrenhaus hatte er schon lange gefordert[4]). In dem frühesten der Aufsätze, die dafür in Betracht kommen, den »Grundlagen der englischen Freiheit«, handelte es sich zunächst nur um Beseitigung der feudalen Sonderrechte und um eine Reform der Kreis- und Provinzialstände[5]). Im »Selfgovernment« ruft er nach dem könglichen Ernennungsrecht, um die systematische Opposition des Herrenhauses zu brechen[6]). Das war zur Zeit der neuen Ära gewesen, als er in der Regierung noch den Hort des Liberalismus erblickte. Jetzt

---

[1]) Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 546.

[2]) An Bachmann, 22. April 1861, Briefe II, S. 144.

[3]) Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 548.

[4]) Schurig, S. 65 u. 96.

[5]) Schurig, S. 65.

[6]) Schurig, S. 96.

wendet sich das Blatt. Die Fortschrittspartei hätte einen Pairsschub verlangen sollen [1]). Denn selbst das Nachgeben in der Grundsteuerfrage [2]) hat Treitschkes »grundsätzlichen Pessimismus dieser Institution gegenüber nicht erschüttern können« [3]). Ein energischer Schritt in dieser Richtung bedeutet für Preußen den halben Weg zur deutschen Krone [4]). Diese kurze, in einen Satz zwischengeschobene Bemerkung ist nach zwei Richtungen bedeutsam. Zunächst ist es wichtig, daß Treitschke gerade die neugegründete Fortschrittspartei als Vorkämpferin auf den Plan ruft. Sein Bekenntnis zu Schulze-Delitzsch von 1860 erhält jetzt einen neuen Inhalt: es bedeutet eine deutliche parteipolitische Schwenkung nach links. Er verteidigt die Fortschrittspartei gegen die Angriffe, die die offizielle Presse gegen sie richtet, und fürchtet, daß sie erst dadurch in die Opposition hineingetrieben werden wird. Daß der preußische Liberalismus durch die Ablehnung des Antrages Stavenhagen, der die deutsche Einheit mit preußischer Spitze forderte [5]), es mit Treitschke verdorben hatte, ist begreiflich. Die Abkehr von den Leisetretern Vinckescher Richtung, die schon für 1860 zu verzeichnen ist, wird jetzt nach der positiven Seite ergänzt durch das Hinüberrücken zur Fortschrittspartei. Treitschke bekennt sich erneut zu Schulze-Delitzsch [6]), wahrscheinlich im Hinblick auf dessen Wahlrede vom 8. März 1861 in Berlin [7]), die unter dem geschichtlichen Nachweis von Preußens deutschem Beruf »eine deutsche Zentralgewalt in der Hand des preußischen Königs« mit Wärme und Begeisterung forderte [8]). Zwar handelt es sich wohl zunächst mehr um

---

[1]) Aus Sddtl., Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 519.
[2]) Löwenthal, S. 58.
[3]) An Haym, 11. Juni 1861, Briefe II, S. 156.
[4]) An Bachmann, 22. April 1861, Briefe II, S. 144.
[5]) Bernstein, S. 112.
[6]) An Frensdorff, 16. März 1861, Briefe II, S. 133.
[7]) S. Cornicelius, Briefe II, S. 119, Anm. 2.
[8]) Bernstein, S. 113—116.

eine temperamentvolle Reaktion auf diese Rede, denn sonst scheint er sich in der fortschrittlichen Umgebung noch nicht ganz heimisch zu fühlen, da er im Dezember bekennt, daß er in der deutschen Frage mehr von Vincke als von Waldeck[1]) erwarte, und es noch tun würde, wenn nicht die Altliberalen bei den Wahlen so tatenlos aufgetreten wären[2]). Deutlicher als in diesen von Widersprüchen nicht ganz freien Bekenntnissen erhellt sein Abrücken von den Altliberalen aus seinem Verhältnis zu Haym, in dem sich, noch kaum merklich, eine erste Spannung andeutet[3]). Sein Zusammengehen mit den Demokraten ist also zunächst eine taktische Maßregel. Der Wahlkampf zwischen den Altliberalen und der Fortschrittspartei bei den Neuwahlen zu Ende des Jahres 1861 erscheint ihm, wie den süddeutschen Zuschauern, etwas Unbegreifliches[4]). Er wünscht eine klare Scheidung der Parteien, d. h. doch wohl die Bildung eines einheitlich liberalen Blocks, um die Regierung auf den Weg des Parlamentarismus zu zwingen. Denn erst ein solches einheitlich konsequentes Regiment, wie Treitschke es ausdrückt[5]), wird Preußen die alte Achtung wiedergewinnen lassen.

Sein Aufruf an die Fortschrittspartei zum Kampf gegen das Herrenhaus ist noch in anderer Richtung bedeutsam. Er wendet sich nicht wie 1860 direkt an die Krone, von ihrem Ernennungsrecht Gebrauch zu machen, sondern die Krone soll der energischen Forderung der geschlosssenen Linken nachgeben. Hierin liegt der klarste Frontwechsel gegen das Jahr 1860. Sein Vertrauen

---

[1]) Führer der deutschen Fortschrittspartei in Preußen.

[2]) An Meyer, 1. Dez. 1861, Briefe II, S. 187.

[3]) »Haym hofft viel von Beseler, ich mehr von Schulze-Delitzsch«. An Frensdorff, 16. März 1861, Briefe II, S. 133, vgl. an Hirzel, 25. Nov. 1861, Briefe II, S. 183 f.: »Auch kann ich mir's gar nicht vorstellen, daß ich je ein politischer Gegner von Haym werden sollte.«

[4]) Aus Sddtl. Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 519.

[5]) Süddt. Korr. Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 553.

zur Regierung, wie sie war, ist erschüttert. Der Grund liegt auch hier auf der Seite der nationalen Frage. Die Regierung hat den Beweis noch zu erbringen, daß sie die Opfer für die Heeresreform durch eine aktive nationale Politik, für die der Augenblick ihm selten so günstig schien, wie eben damals, zu kompensieren gedenke[1]). In der Königsberger Thronrede[2]) hat es gerade die »begeisterten Freunde Preußens im Süden« verwundert, daß nicht »ein ärmliches Wort« Deutschlands erwähnte[3]). Das »vieldeutige« Wort vom Gottesgnadentum bei derselben Gelegenheit vermag Treitschke im November noch als eine Art Entgleisung hinzustellen unter Hinweis auf die klaren verfassungstreuen Worte der Thronrede[4]). Als aber der König denselben Gedanken in der berüchtigten Jagdrede von Letzlingen erneut und betont aussprach[5]), steht es für Treitschke fest, daß die treibende Kraft in Preußen nicht mehr in der Krone, sondern im Volke liegt[6]). Dieselbe Überschätzung des Volkswillens, das Erbteil des Liberalismus vom 18. Jahrhundert her, wird wieder bei Treitschkes Stellung zur nationalen Frage begegnen.

Darauf kam es jetzt an, wie dieser Volkswille bei den Wahlen sich äußern würde. Die Wahlen brachten der Linken eine überwältigende Mehrheit. Treitschke ist mit ihrem Ausfall zufrieden[7]), und er sieht der kommenden Tagung nicht ohne Optimismus entgegen[8]), vor allem erhofft er die so dringend notwendige Klärung der Lage[9]).

---

[1]) Aus Sddtl. Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 518.

[2]) Sybel II, S. 395 f.

[3]) Aus Sddtl. Peuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 517.

[4]) a. a. O, S. 517. Vgl. Marcks, Wilh. I., S. 196.

[5]) Cornicelius, Briefe II, S. 189, Anm. 2.

[6]) An Haselberg, 26. Dez. 1861, Briefe II. S. 189.

[7]) An Hirzel, 25. Nov. 1861, Briefe II, S. 183.

[8]) Er beruft sich in dem Briefe an Hirzel a. a. O. auf einen aufklärenden Brief von Haym, dessen Korrespondenz mir leider nicht zugänglich war.

[9]) Aus Sddtl. Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 519.

Von der Kammer erwartet er zweierlei: die verschrieenen preußischen Partikularisten sollen zeigen, daß sie ein Herz haben für Deutschland[1]), und in der Armeefrage scheint ihm ein Entgegenkommen der Abgeordneten unerläßlich[2]). Der Regierung gegenüber hält zunächst die pessimistische Beurteilung an: er kann sich zwar das Zusammengehen von Regierung und Kammer als möglich denken. Aber, fährt er fort, im besten Falle würde die Regierung doch nur von der Kammer geschoben werden. Zu Beginn des neuen Jahres ist er etwas hoffnungsvoller: »Es wäre mir unbegreiflich, wenn die Regierung sich mit dieser Kammer nicht verständigte«[3]). Denn die Gewißheit über eine aktive nationale Politik wird seiner Ansicht nach das Abgeordnetenhaus sofort gefügig machen. Wie in drohender Abwehr hatte er schon im Jahre vorher die Zukunft an die Wand gemalt: »Man soll es nur versuchen, mit einem Junkerministerium oder einem Staatsstreiche: für solchen Wahnsinn ist die Zeit nicht angetan«[4]).

Wir sehen, wie sich ihm nationales und liberales Interesse überall aufs engste verquicken. Beide lassen ihn von der Regierung energisch abrücken, während seine parteipolitische Stellung zwischen Liberalismus und Fortschritt noch schwankt, ohne daß er schon in eine absolute Oppositionsstimmung verfällt, wenn auch sein Kompromißvorschlag auf wenig festen Füßen steht.

In Wahrheit hatten die Wahlen dem Ministerium den Halt entzogen. Die neue Heeresvorlage der Regierung von 1862 verschwand in einer Kommission, und der Kampf wurde auf dem wichtigeren und gefährlicheren Gebiet der Budgetfrage ausgefochten. Die Kämpfe um die Spezialisierung des Etats, die dem Abgeordnetenhause eine genauere Kontrolle der Regierung ermöglichen

[1]) a. a. O.
[2]) An Hirzel, 25. Nov. 1861, Briefe II, S. 183.
[3]) An Haym, 11. Jan. 1862, Briefe II, S. 199.
[4]) An Bachmann, 22. April 1861, Briefe II, S. 144.

sollte, gipfelten in dem Antrag Hagen, der die gewünschten Forderungen nicht erst für 1863, sondern schon für 1862 verwirklicht sehen wollte. Nach den Untersuchungen Wahls[1]) handelte es sich dabei in erster Linie nicht um die Verhütungen von Einsparungen, die der Regierung die Durchführung der Reformen auch gegen den Willen der Volksvertretung ermöglicht hätten, sondern die Absicht war in der Hauptsache der Sturz des Ministeriums, — das sich in der Ablehnung des Antrags für solidarisch erklärt hatte, — um eine rein liberale Regierung zu erhalten. Es war die erste ernstliche Probe auf das Exempel der parlamentarischen Doktrin. Es nimmt kein Wunder, daß Treitschke den Antrag Hagen billigt[2]). Die Frage der sachlichen Einsparung konnte für ihn unmöglich in Betracht kommen. So kann auch er nur einen Versuch darin erblicken, das parlamentarische System durchzusetzen. Somit wäre Treitschkes Urteil eine, wenn auch von außerhalb Preußens kommende Stütze für die Ausführungen Wahls. Er steht mit dieser Anschauung in dem Kreis seiner politischen Freunde allein — er gehöre zu den »Ketzern«, die den Antrag Hagen billigen[3]). Den bisher für unmöglich gehaltenen Bruch mit Haym sieht er jetzt bereits als wahrscheinlich voraus[4]). Eifer, Temperament und Leidenschaft rissen ihn immer mehr auf die radikale Seite hinüber. Jedoch nicht die Doktrin siegte, sondern die Macht. Der Stoß ging fehl. Das Abgeordnetenhaus wurde aufgelöst[5]). Das gemäßigt liberale Ministerium der neuen Ära wich dem hochkonservativen Ministerium Hohenlohe-Ingelfingen. Die Klärung, die Treitschke erwartet hatte, war erfolgt, jedoch nicht in seinem Sinne. Obwohl das Abgeordnetenhaus keine Spur

---

[1]) S. 3ff.

[2]) An Meyer, 29. März 1862, Briefe II, S. 210.

[3]) An Meyer a. a. O.

[4]) An Bachmann, 25. März 1862, Briefe II, S. 208f.

[5]) Am 11. März 1862, s. Löwenthal, S. 72.

von dem Entgegenkommen gezeigt hatte, das Treitschke, wenn auch bedingungsweise, erhofft hatte, so schiebt er die Schuld an der Zuspitzung der Verhältnisse doch nur der Regierung zu. Die einzig mögliche Antwort des Volkes kann nur eine scharfe Opposition sein. Auf diesem Boden findet er sich zunächst noch einmal mit Haym zusammen[1]). Es hing also alles von den Neuwahlen ab. Treitschke fragt jedoch zweifelnd nach der Einsicht der Massen in den Ernst des Kampfes[2]). Werden die Wahlbeeinflussungen, »der in Preußen so gefährliche Kniff, den Namen des Königs zu mißbrauchen«[3]) nicht ihre Wirkung tun? Nach diesen Befürchtungen hat ihn der Ausfall der Wahlen befriedigt: Die liberale Mehrheit hatte sich noch verstärkt[4]). Wie denkt sich aber Treitschke das Zusammengehen dieser Regierung mit einer solchen Kammer? Es zeugt von dem ganzen Optimismus jener liberalen Generation, die so fest an die Macht ihrer Ideen glaubte, wenn er noch im August vor dem Beginn der Debatte über den Heeresetat auf eine Versöhnung der Gegner hofft[5]). Und wenn ein Kompromiß nicht zustande kommt? »Ein unberechenbares Unheil für uns alle... Denn einem Verfassungsbruch ... würde das Volk einen zähen, unbesiegbaren Widerstand entgegensetzen; die Folgen wären unabsehbar«[6]). — So stand Treitschke beim Eintritt Bismarcks in das Ministerium bereit, den letzten Schritt zur radikalen Opposition hinüber zu vollziehen.

Über die Kammerverhandlungen bis zum Sturz des Ministeriums Hohenlohe erfahren wir aus Treitschkes Briefen nichts. Erst seit der Zuspitzung des Konflikts

---

[1]) An Bachmann, 25. März 1862, Briefe II, S. 209; vgl. Haym, Polit. Korresp. Preuß. Jahrb. 1862, IX, S. 363.

[2]) An Nokk, 23. März 1862, Briefe II, S. 207.

[3]) An Nokk a. a. O.

[4]) Löwenthal, S. 81.

[5]) An den Vater, 2. Aug. 1862, Briefe II, S. 227.

[6]) An den Vater, 2. Aug. 1862, Briefe II, S. 227.

vom November 1862 an spiegelt sich seine Anteilnahme deutlicher wieder. — Bismarck wird von vornherein mit einem kräftigen Schlagwort abgetan. Der flache Junker, der von Blut und Eisen prahlt[1]), ist der Ausdruck für die vollendete Frivolität, die in Preußen am Ruder ist[2]). Auch hier wird Treitschke von seinem Temperament gleich wieder weitergerissen als der Liberalismus im allgemeinen. Die Rechtsliberalen verhielten sich auf die bloße Ernennung hin zunächst abwartend[3]), und erst der rasche Umschwung nach Bismarcks ersten Regierungshandlungen offenbart die von vornherein vorhandene Abneigung[4]). Auch die Haltung der Fortschrittspartei zeigt anfangs nichts von leidenschaftlicher Ablehnung[5]). Daß Treitschke für die berühmt gewordenen Worte Bismarcks nichts als bitteren Hohn zur Antwort hatte, könnte erstaunlich erscheinen. Hatte nicht auch er Blut und Eisen in seine Abrechnung über die deutsche Frage miteinbezogen? Hatte nicht gerade er die Ankündigung preußischer Taten immer wieder sehnlichst gefordert? Die bedingungslose Absage bezeugt, wie die Losung: Macht gegen Freiheit ihn in ihrem Banne hielt. Die innerpreußische Frage steht jetzt im Gegensatz zu dem Anfang der Krise für ihn durchaus im Vordergrund, durch den Konflikt war der Ruf nach Freiheit nur lauter und dringlicher geworden.

Treitschkes Stellung zu Bismarcks auswärtiger Politik soll in einem anderen Zusammenhang betrachtet werden. Hier nur so viel, daß auch er fürchtet, Bismarck wolle den Konflikt von außen her lösen und unter Vernachlässigung von Preußens deutschem Beruf durch einen unsinni-

---

[1]) An Nokk, 29. Nov. 1862, Briefe II, S. 238, und daselbst Anm. 3.

[2]) An Haym, 19. Okt. 1862, Briefe II, S. 239.

[3]) Nirrnheim, S. 63.

[4]) Nirrnheim, S. 86.

[5]) Nirrnheim, S. 90.

gen Krieg gegen Frankreich, wozu die Unterstützung Rußlands während des polnischen Aufstandes als leichtfertige Herausforderung aufgefaßt wurde, zum bedingungslosen Nachgeben zwingen [1]). Die Lückentheorie, die die Regierung aufstellte, um die eigenmächtige Fortführung der Staatsgeschäfte ohne die Grundlage eines verfassungsmäßig zustande gekommenen Staatshaushaltes zu rechtfertigen, mußte ihn der Regierung vollends entfremden. »Wenn ein Fürst sich... nur als Lückenbüßer der Verfassung fühlt, so darf die Zeit kein Mitleid mit ihm haben [2]).« Die Stellung des Königs scheint nun aufs schwerste erschüttert. Er erinnert an das Wort des Königs, er werde auf dem Schafott enden [3]), um einerseits anzudeuten, in welcher Sphäre der Reaktion die Regierung sich bewegt, und welche Folgen doch auch er wohl nicht für unmöglich hält. Der Gegensatz zu Haym, der ihn anscheinend auf die schwierige Situation des Königs hingewiesen hat [4]), verschärft sich zusehends; Treitschke will nicht wie die Preußischen Jahrbücher [5]) die Schuld gleichmäßig beiden Teilen zuschreiben [6]). Er verurteilt in erster Linie die Regierung. Wenn er auch einräumen muß, daß die Fortschrittspartei in eine unfruchtbare Negation [7]) geraten ist, so ist sie nach seinem Gefühl doch erst durch die Starrheit der Regierung so weit getrieben worden [8]). Damit ist seine Wendung nach links endgültig festgelegt: in einer solchen Lage konnte für ihn nur eine geschlossene liberale Opposition

---

[1]) An den Vater, 6. Mai 1863, Briefe II, S. 261; vgl. an Nokk, 3. Mai 1863, Briefe II, S. 260.

[2]) An Haym, 19. Okt. 1862, Briefe II, S. 240.

[3]) An Nokk, 15. Febr. 1863, Briefe II, S. 255; vgl. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I, S. 284, wo der König dieselbe Befürchtung Bismarck gegenüber äußert.

[4]) S. o., S. 21, Anm. 8.

[5]) Polit. Korresp., 28. Okt., Preuß. Jahrb. 1862, X, S. 402ff.

[6]) An Haym, 5. Nov. 1862, Briefe I, S. 243.

[7]) Gelegentlich der Marinedebatte s. Löwenthal, S. 127.

[8]) An Haym, 5. Nov. 1862, Briefe II, S. 243.

etwas vollbringen, deshalb erblickt er in der Demokratie einstweilen den besten Bundesgenossen der Liberalen [1]). Hält das preußische Volk durch, so zweifelt er nicht, daß seine »erstaunliche Geschlossenheit ... in einigen Jahren zum Siege gelangen wird« [2]).

Treitschke ist mit der Wirkung der Wahlen auf die außerpreußischen Liberalen sehr zufrieden [3]). Die Adresse der neuen Kammer zu Beginn des Jahres 1863 findet seine Zustimmung [4]), und wenn er sie Haym gegenüber nur mit Vorbehalt lobt, so fühlt man doch hindurch, daß er sie in höherem Grade billigt, als er zugestehen will [5]). Dem Zusammenstoß zwischen Ministerium und Kammer wegen der Disziplinargewalt begegnet er mit bitterem Hohn: »Ich würde mich nicht wundern, wenn die Minsiter sich morgen mit den Abgeordneten prügelten [6])«. Zwischendurch — zur Zeit der polnischen Krise — hofft er, daß die Entscheidung durch einen Sturz Bismarcks beschleunigt werde [7]). Als aber Bismarck bleibt, sieht er eine abermalige Auflösung des Abgeordnetenhauses voraus. Kein Gedanke mehr an Einlenken — nur entschlossener, unbezwingbarer Widerstand wird das preußische Volk zum Siege führen. In dieser Stimmung äußerster Gereiztheit traf ihn Bismarcks Preßverordnung vom 1. Juni. Sie zerreißt die letzten Fäden zwischen Regierung und Volk.

---

1) An Haym, 17. Nov. 1862, Briefe II, S. 243, Anm. 1.

2) An Nokk, 29. Sept. 1862, Briefe II, S. 239.

3) An Haym, 11. Febr. 1863, Briefe II, S. 250.

4) Das Haus nahm von drei vorliegenden Entwürfen den von der Kommission empfohlenen radikalsten Virchows an, der eine Regierung ohne Etat und gegen das Abgeordnetenhaus für verfassungswidrig erklärte, das Haus nicht unter eine konservative Minderheit gebeugt sehen wollte und Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen verlangte; s. Löwenthal S. 143ff.

5) An Haym, 11. Febr. 1863, Briefe II, S. 250.

6) An Mathy, 13. Mai 1863, Briefe II, S. 263, vgl. zu dem Vorfall Lenz, Bismarck, S. 182ff.

7) An Haym, 11. Febr. 1863, Briefe II, S. 250.

»Wer ist so vermessen, bestimmt zu glauben, die Verfassung werde auf die Dauer von unten her gehalten, wenn sie von oben her verletzt wird?«[1]) Er scheut sich nicht, die letzten Folgerungen aus dieser Auffassung zu ziehen, wobei sein Radikalismus noch über die weitgehenden Forderungen der fortschrittlichen Volkszeitung nach der Schließung des Landtags hinausgeht[2]). Die Revolution ist nur noch abzuwenden durch eine ernste, strenge Sühne, nicht bloß durch ein Verlassen des betretenen Weges[3]). Was er damit meint und wie ernst diese Drohung ist, geht aus einer gleichzeitigen Briefstelle hervor[4]), in der er Haym seine Herzensmeinung in aller Ruhe und Bedächtigkeit offenbart: »Die Revolution ist in meinen Augen nur eine Zweckmäßigkeitsfrage; sobald sie Aussicht auf Erfolg hat, muß sie gewagt werden. Ich wünsche kein Ende der Krisis ohne eine demütigende schmachvolle Abdankung. Das Königtum von Gottes Gnaden[5]) bedarf einer furchtbar ernsten Züchtigung.« Man kann diesen Ausbruch nur begreifen als Rückwirkung auf die Hochspannung der letzten Wochen. Seine Heftigkeit wirft ein Licht auf den hohen Grad von innerer Anteilnahme, den Treitschke den preußischen Dingen entgegenbrachte. Er machte seine eigne tiefe Erregung zum Maßstab für die Allgemeinheit; daß die breite Masse nicht an Revolution dachte, muß er in etwa selbst zugeben[6]).

---

[1]) Das Schweigen der Presse, Grenzboten 1863, III, S. 114.

[2]) Nirrnheim, S. 180.

[3]) Grenzboten a. a. O., S. 114.

[4]) An Haym, 27. Juni 1863, Briefe II, S. 269. Schon Wahl macht auf diesen Zusammenhang aufmerksam a. a. O. S. 86.

[5]) Bezieht sich auf die Ansprachen des Königs in Königsberg am 18. Okt. 1861 und in Letzlingen am 11. Dez. 1861; vgl. an Haselberg, 26. Dez. 1861, Briefe II, S. 189 und an Nokk, 23. März 1862, Briefe II, S. 206.

[6]) An Haym, 17. Juni 1863, Briefe II, S. 275: Die Verfassungstreuen ... »dürfen nichts sagen, was die gerechte, leider nur allzumatte, Entrüstung des Landes schwächen könnte«.

Treitschke hatte sich damit vollständig von der Richtung der preußischen Jahrbücher getrennt; der Bruch, der sich Schritt für Schritt vorbereitet hatte, war nicht mehr zu vermeiden. Er zögerte nicht, ihn nach außen hin zu vollziehen. Haym hatte sich [1]) auf den klugen Standpunkt gestellt, daß man, wollte man überhaupt Geltung und Einfluß behalten, annehmen müsse, die Regierung habe auch diesen Schritt aus guter Meinung und Fürsorge für das Land getan. Auch sie handle für Preußens Glück und Ehre [2]). Damit schuf er die Plattform für eine Verständigung, um dann aber die willkürliche Auslegung der Verfassungsurkunde, welche die Regierung zur Rechtfertigung ihres Schrittes herangezogen hatte, scharf zurückzuweisen [3]). Er warnte sie zugleich vor einem System ohne den Resonanzboden der öffentlichen Meinung, vor dem Handeln im »luftleeren Raum« [4]). Er verwirft jeden passiven Widerstand der Presse, den er als feiges Verstummen brandmarkt [5]), sondern verlangt, daß sie sich ein Verbot möglichst nicht zu verdienen suche, vielmehr durch ihre Haltung dem Gegner Achtung abnötige.

Treitschkes Vorwurf gegen die blauen Blätter geht dahin, daß sie »in den alten Fehler der Altliberalen verfallen, da Vertrauen zu zeigen, wo jedes Vertrauen verloren ist« [6]). Kann man die Opposition nur weiterführen unter der Voraussetzung, daß das Ministerium Bismarck aus wohlmeinenden Absichten handle, so erklärt man sein eignes Vorhaben gleich als völlig aussichtslos, denn Bismarck wird nun dargestellt als Vertreter des ausgesprochensten Cäsarismus [7]). Unter der Willkür-

---

[1]) Preuß. Jahrb. 1863, XI, S. 627ff.

[2]) a. a. O., S. 628.

[3]) a. a. O., S. 629f.

[4]) a. a. O., S. 637.

[5]) a. a. O., S. 642.

[6]) Das Schweigen der Presse, Grenzboten 1863, III, S. 112.

[7]) a. a. O., S. 113.

herrschaft des jetzigen Systems ist es unmöglich, sich eine Vermahnung nicht zu verdienen. So bleibt als einziger Ausweg Schweigen, d. h. Enthaltung der eigenen Meinung in den Fragen der inneren Politik, wenn die liberale Presse sich nicht selbst aufs Spiel setzen will, was sie vor ihrer Partei nicht verantworten könnte [1]). Erst der Zusammentritt des Abgeordnetenhauses wird der öffentlichen Meinung wieder Gehör [2]) verschaffen können. Unzweifelhaft hatte Haym die Lage und den Charakter des Kampfes klarer erfaßt als Treitschke [3]). Haym versucht ein Kompromiß zustande zu bringen, er will sich den Weg zu Verhandlungen nicht verlegen. Allerdings nimmt er sich damit die Möglichkeit zu einer radikalen Opposition, wie Treitschke sie vorschwebte. Es ist klar, daß Treitschkes Temperament der Standpunkt kluger Vermittlung widerstrebte. — Er kennt nur eine zornige bedingungslose Absage gegen eine Regierung, die das Recht gebrochen hatte. Sein Standpunkt war folgerichtiger, aber er war unfruchtbarer, unpolitischer. Er hatte sich von seiner Leidenschaft hinreißen lassen, als er seine nationalen Hoffnungen scheitern glaubte, indem er den Widerstand gegen den Sieg des Liberalismus wachsen sah. Preußen hatte sich von den Grundbedingungen, die er ihm in seinem nationalen Programm vorgeschrieben hatte, weiter denn je entfernt. So sehr Treitschke die Machtansprüche des preußischen Staates nach außen hin vertrat, die Macht der innerstaatlichen Gewalten des alten Preußens anzuerkennen, war er noch nicht bereit. Der Ausblick in die Zukunft ist aber auch hier optimistisch. Preußen wird

---

[1]) a. a. O., S. 117.

[2]) a. a. O., S. 116.

[3]) »Das alte militärische Preußen ... will (das Ministerium) retten gegen ein neues Preußen ...« Preuß. Jahrbuch 1863, XI, S. 632. Die Regierung wird vielleicht »einer kommenden Generation einst in günstigerem Licht erscheinen«. Ebendort, S. 637.

einmal stolz auf diesen Kampf zurückblicken, den so kein anderer deutscher Stamm durchgefochten hat[1]). Es wird als erster deutscher Staat eine Verfassung besitzen, die es nicht allein dem Wohlwollen eines Herrschers verdankt, sondern der tätigen Mitarbeit seines Volkes[2]). Die Auseinandersetzung über die Preßverordnung ist ein Wendepunkt für Treitschkes politische Stellung. Er hatte für sich die äußersten Mittel erschöpft.

Wenn man rückblickend die parteipolitische Stellungnahme Treitschkes während des Konfliktes überschaut, so läßt sich zusammenfassend sagen, daß sie sich immer tiefer in die Fehler des Liberalismus verrannt hatte. Sein stetiges Abrücken nach links ist bedingt durch starres Festhalten an der Forderung des Parlamentarismus. Wenn seine Beurteilung der praktischen Politik sich von den Grundsätzen der Realpolitik weiter entfernt hatte, so wäre es doch einseitig, ihn mit dem Schlagwort des Doktrinarismus ohne weiteres zu verurteilen. Denn schließlich galt es ihm nicht das Prinzip als solches; ihm galt es Deutschland, aber für dieses Deutschland der Zukunft war ihm das liberale Preußen eine unerläßliche Bedingung. Der Grundrichtung seines Wesens, seiner ganzen geistigen Vergangenheit nach, stand er dem linken Flügel des Liberalismus, auf den er sich immer mehr hatte hindrängen lassen, durchaus fern. Was ihn an der Demokratie anzog, war ihre »tatkräftige Opferfreudigkeit[3])«, die sie vor der großen Masse der Liberalen auszuzeichnen schien. Die energische Aufnahme des Kampfes seitens der Demokraten entsprach seinem Temperament mehr als die laue Haltung der Altliberalen. Sein aristokratischer Charakter mußte jeden demokratischen Radikalismus ablehnen; er war

---

[1]) An Haym, 19. Okt. 1862, Briefe II, S. 240.

[2]) Bundesstaat und Einheitsstaat, 1. Aufl., S. 556.

[3]) An Haym, 27. Juni 1863, Briefe II, S. 267.

und blieb trotz allem Monarchist und wollte in diesem Sinne wirken [1]).

In diesen Zusammenhang gehört noch sein Urteil über das erste Auftreten Lassalles in Leipzig [2]). Dem Manne gegenüber, der dem Zeitalter des wirtschaftlichen Liberalismus durch staatliche Organisation der Arbeit ein Ende machen wollte, zeigt er sich in fast verächtlicher Abwehr als der Liberale, der die Freiheit der Persönlichkeit wie die Freiheit der Wirtschaft vertrat [3]). Das schwierige Problem der sozialen Frage hat er dahinter noch nicht zu erblicken vermocht. Aber höchst charakteristisch ist es für ihn, daß er auch hier die Verbindung mit dem nationalen Gedanken herstellt: Die Großdeutschen — in Leipzig — werden sich durch die Parteinahme für den Kommunismus, so berichtet er schadenfroh an Haym [4]), um den letzten Rest der Achtung bringen.

Die liberale Forderung war in Preußen einstweilen unerfüllt geblieben. Wie stand es mit der nationalen? Wie würde Treitschke seine Stellung wählen, wenn dieses Preußen des Konflikts die deutsche Frage aufrollen würde? Zu Beginn des Kampfes hatte er erklärt: »Meine erste Frage ist, welche Partei bereit ist, den deutschen Staat sans phrase zu gründen« [5]). Mit seinem Fortgang nach Freiburg, der in seinem äußeren Leben einen Einschnitt bedeutet, nahten sich Ereignisse, die dieses Bekenntnis auf die Probe stellen sollten.

---

[1]) (Die wenigen Leipziger Studenten) ... »neigen sich ... meist jenem unglücklichen Radikalismus zu, ... den ich als Monarchist entschieden bekämpfe«. An den Vater, 16. Febr. 1861, Briefe II, S. 127f.: »Schaden kann es nicht, hier, wo Lassalle einigen Boden gefunden hat, den jungen Leuten den Wahnsinn des Radikalismus zu schildern.« An Nokk, 3. Mai 1863, Briefe II, S. 259.

[2]) vgl. Oncken, Lassalle, S. 330—336.

[3]) Schurig, S. 45.

[4]) 30. April 1863, Briefe II, S. 258.

[5]) An Meyer, 1. Dez. 1861, Briefe II, S. 187.

Zweiter Abschnitt.

Die deutsche Frage.

Wenn wir uns dem Verhältnis Treitschkes zu Bismarcks auswärtiger Politik zuwenden, so berühren wir damit unmittelbarer als bisher seine Stellung zur nationalen Frage. Erst in diesem Zeitraum läßt sich im Zusammenhang darstellen, wie Treitschke sich das einige Deutschland der Zukunft und den Weg dorthin dachte. Der italienische Einigungskrieg von 1859 hatte den nationalen Gedanken auch in Deutschland aufs neue mächtig entflammt. Das drohende Übergewicht Frankreichs stellte neben die ideale die praktisch-politische Forderung, dem ausdehnungshungrigen Bonapartismus die Deutschen in geschlossener Front gegenüberzustellen. Aber nicht nur die allgemeine politische Lage lenkte Treitschke auf das nationale Gebiet hinüber. Die Wendung, die seine Studien nahmen, wies seine Gedanken in dieselbe Richtung. Er verließ das theoretisch-staatswissenschaftliche Gebiet, um sich mehr und mehr der Geschichte zuzuwenden. Von hier aus fand er immer eine Brücke zur Gegenwart, und vollends seit die deutsche Geschichte, zunächst als Geschichte des deutschen Bundes, im Mittelpunkt seiner Arbeit stand, trat die deutsche Frage in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit vor ihn. Mit Beginn des neuen Jahrzehnts stellte er sich als bewußter Vorkämpfer in die Reihen der Streiter für Deutschlands Einheit ein. »Ich bin einmal

Unitarier, und bevor die deutsche Kleinstaaterei vernichtet ist, haben die Männer meiner Farbe keinen wichtigeren Zweck, als an dieser politischen Aufgabe zu arbeiten«[1]).

Politisch, konfessionell und sozial sind die Widerstände, die der Einigung Deutschlands entgegenstreben. Treitschke kannte den Partikularismus aus eigener Erfahrung; man möchte sagen, er kannte ihn zu gut, um ihm gerecht werden zu können. Er wählte seinen Blickpunkt in zu großer Nähe des Gegenstandes, so daß die Linien sich zu sehr verschoben. Zudem: er trachtete nicht, die Staaten des außerpreußischen Deutschland aus sich heraus zu begreifen, sondern er prüfte ihre Daseinsberechtigung an dem einen großen Ziel, das ihm vorschwebte und zu dem sein Temperament mit aller Leidenschaft und Ungeduld hindrängte. Wie die nationale Frage im tiefsten Grunde für ihn eine sittliche Frage war, so nehmen die Maßstäbe, an denen er den Partikularismus mißt, letzten Endes auch einen ethischen Charakter an. Die Aufsätze über Hans von Gagern[2]) und Karl August von Wangenheim[3]), Vorstudien zu seiner deutschen Geschichte und erste glänzende Proben seiner Erzählerkunst, sollen die Unhaltbarkeit des deutschen Bundes erläutern und das, was er die Unsittlichkeit des Partikularismus nennt, an zwei deutlichen Beispielen vorführen. Es war eine Kühnheit, wenn der junge sächsische Dozent den Unterschied zwischen Kleinstaaten und Mittelstaaten nur darin fand, daß in den Kleinstaaten das Gefühl der eigenen Ohnmacht stärker sei als das Widerstreben der dynastischen Eitelkeit gegen das Eingeständnis dieser Schwäche[4]). Denn sein Fundamentalsatz über den Charakter dieser Staaten ist der, daß ihnen bei-

---

[1]) An Haselberg, 11. Sept. 1863, Briefe II, S. 288; vgl. an Mohl, 11. Febr. 1863, Briefe II, S. 251.

[2]) Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 444ff.

[3]) Preuß. Jahrb. 1863, XI, S. 15ff.

[4]) Wangenheim, Preuß. Jahrb. 1863, XI, S. 29.

den die Fähigkeit, sich selbst zu erhalten, fehlt, d. h. »die Gabe, welche einen Staat in Wahrheit zum Staat macht«[1]). Das Bewußtsein des eigenen Unvermögens führte sie zur Anrufung der Hilfe des Auslands gegen die Vertreter der Macht daheim, zu jener Rheinbundspolitik, die für Treitschke das erste Merkmal der Unsittlichkeit des Partikularismus ist. Mit bitterem Hohn weist er darauf hin, daß man es wagt, eine Landesgeschichte zu pflegen, die in entscheidenden Augenblicken sich gegen das eigene Volk gewandt hat[2]). Auch hält er keineswegs diese Gefahr für überwunden. Denn weil die nationale Idee, so wie er als Unitarier sie faßte, sich gegen die kleinen und mittleren Staaten richten wird, erwartet er vor der Einigung Deutschlands einen zweiten Rheinbund[3]). Deshalb wäre es im Interesse des deutschen Volkes richtiger, den kleinen Staaten würde die auswärtige Politik überhaupt verboten[4]). Er will in der Politik der Kleinstaaten nicht die Notwehr eines begreiflichen Selbsterhaltungstriebes sehen; der Grundzug ihrer Poilitik ist nur dynastischer Ehrgeiz. Sie ahnen das kommende Unwetter voraus: all ihr eifriger Preußenhaß ist nichts als die schlecht verhehlte Angst vor dem deutschen Staat der Zukunft, wofür Treitschke aus Sachsen recht drastische Beispiele anführt[5]).

Sein gefährlichstes Stadium hat der Partikularismus durch die Verbindung mit dem Liberalismus erreicht. Die Rechte, die die einzelstaatlichen Verfassungen ihren Bürgern gewähren, befriedigen im allgemeinen das Streben nach Freiheit, wie es im Mittelstande lebt. Denn seine Interessen sind wesentlich wirtschaftlicher Natur. Er geht im Materialismus auf, wie Treitschke besonders

---

[1]) a. a. O.

[2]) Wangenheim, Preuß. Jahrb. 1863, XI, S. 30.

[3]) An Nokk, 3. Febr. 1860, Briefe II, S. 75.

[4]) Beust, Preuß. Jahrb. 1862, IX, S. 348.

[5]) Briefe II, S. 102 und 134.

für Sachsen dartut[1]). Der Absolutismus würde die Schäden des einzelstaatlichen Regiments viel deutlicher fühlbar machen und die Sehnsucht nach dem nationalen Zusammenschluß steigern. Das wohlwollende Regiment im Innern verhindert nun selbst den Bürger, es als Schmach zu empfinden, daß seine Regierung nach außen hin die schlimmste Reaktion vertritt, da sie alles tut, um die nationale Einheit zu verhindern[2]). Auch dieses Doppelspiel ist eins der Charakteristika für die Unsittlichkeit des Partikularismus. Zudem sind die Verfassungen, ein Werk fürstlicher Gnade, keineswegs gesichert, solange an Stelle des reaktionären Bundestages nicht eine gesamtdeutsche Verfassung tritt, die zugleich die Einzellandtage gegen Willkür zu decken imstande wäre[3]).

Für den Bürger ist die Teilnahme an der Landesregierung kein Mittel zu nationaler Erziehung gewesen — das ist für Treitschke der springende Punkt —, sondern hat ihn nur noch fester mit den Interessen seines Sonderstaates verknüpft. Treitschke war geneigt gewesen, im Partikularismus mehr eine politische Tendenz der Höfe als eine Gesinnung des Volkes zu erblicken, die man etwa der Vaterlandsliebe gleichstellen könnte, bis er bei seinem Aufenthalt in München von April bis Dezember 1861 mit fast ungläubigem Staunen in Bayern »zum ersten Male in Deutschland einen sozusagen naiven Partikularismus« kennen lernt[4]). Aber bald darauf berichtigt er sich auch für Bayern: nicht naiv ist dieser Partikularismus, sondern ein gemachtes erkünsteltes Gefühl[5]).

---

[1]) Beust, Preuß. Jahrb. 1862, IX, S. 352.

[2]) Aus Sddtl., Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 513.

[3]) Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 552.

[4]) An Bachmann, 22. April 1861, Briefe II, S. 144; vgl. a. a. O., S. 162 und 164.

[5]) Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 549. Ähnlich an Hirzel, 24. April 1861, Briefe II, S. 146.

Er erfaßt also die Sonderstellung des zweitgrößten deutschen Staates an einem bedeutsamen Punkt, ohne doch die notwendigen realpolitischen Folgen daraus zu ziehen. Denn was ihm für Preußen als eine Selbstverständlichkeit gilt, dafür hat er in den übrigen Staaten kein Verständnis. Für ein starkes Staatsbewußtsein fehlen seiner Ansicht nach alle Bedingungen, denn als ruhmvolle Taten der Geschichte und als wahre Helden gelten ihm nur die, die zugleich auch Deutschlands Namen groß gemacht haben. Er betont immer wieder, wie sehr der Süden es fühlt, daß er an der Entscheidung der Freiheitskriege keinen Anteil gehabt hat. Die zweite Süddeutsche Korrespondenz[1]) will alle die belehren, die gegen ihn den preußischen Partikularismus ausspielen wollen. Der preußische Partikularismus ist mehr als ein sonderstaatliches Gemeingefühl, er ist lebendige Staatsgesinnung, gegründet auf das Bewußtsein einer Geschichte, die alle Lichtpunkte der nationalen Geschichte in sich begreift[2]). In einem Staat, der Teile fast aller deutschen Stämme unter seinem Zepter vereinigt hat, kann ein engherziges Vaterlandsgefühl nur in einigen bestimmten Kreisen noch leben. Der Partikularismus des Junkertums ist allerdings eine auch für Preußen und damit für Deutschland schädliche Erscheinung. Wie sehr aber im übrigen das berechtigte preußische Selbstgefühl von dem landläufigen Partikularismus absticht, das möge man an den Früchten erkennen[3]). Deshalb ist ihm der enge Zusammenhalt zwischen Krone und Volk in Preußen wohl begreiflich, er sieht darin eine starke Stütze für kommende Tage der Gefahr. — Aber das patriarchalische Verhältnis zwischen Hof und Bevölkerung von München erstaunt ihn doch sehr, denn er hält das Band zwischen Dynastien

---

[1]) »Aus Süddeutschland«, Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 510 ff.
[2]) a. a. O., S. 515.
[3]) Aus Süddeutschl., Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 515.

und Stämmen seit 1848 für so gelockert[1]), daß das gute Gewissen des deutschen Volkes, wie er hofft, sicherlich einmal vor den Fürstenhäusern nicht Halt machen wird[2]).

Denn das deutsche Volk betrachtet er im Gegensatz zu den Regierungen als eine Einheit. Wohl erfaßt er rasch und scharf die Unterschiede zwischen den einzelnen Volksteilen, wie er sie auf Grund eigener Erfahrung durch Reisen und längeren Aufenthalt in den verschiedenen Gegenden Deutschlands kennen lernte. Die glückliche Mischung gegensätzlicher Strömungen zieht ihn am rheinischen Leben an[3]). Sein künstlerisches Auge erfreut sich an der sinnenfreudigen Natur des Süddeutschen[4]). Er möchte so die Gesamtheit des deutschen Volkes gleich einem bunten Farbenspiel erblicken, das sich doch zu einem einheitlichen Bild ordnet. Es scheint, daß er zwischenhinein, augenblicksweise, die Unterschiede doch auch tiefer wertet[5]). In Wahrheit machte er einen deutlichen Unterschied zwischen Volkscharakter und politischen Richtungen. Er wehrt sich ausdrücklich gegen die Behauptung, als gäbe es noch etwas wie deutsche Stämme[6]). Darin denkt er wie Bismarck[7]), aber allzu rasch schließend, glaubt er, mit dieser Feststellung die Frage überhaupt gelöst zu haben. Immer wieder weist er den scharfen Gegensatz zwischen Nord und Süd in das Gebiet der »Tendenzlüge« hinüber[8]). Nichts »als Grillen,

---

[1]) Gagern, Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 454.

[2]) An Bachmann, 16. April 1860, Briefe II, S. 84, und an Nokk, 3. Febr. 1860, Briefe II, S. 75.

[3]) Dahlman, Gartenlaube, 1861, S. 184.

[4]) An den Vater, 16. Juni 1861, Briefe II, S. 157; vgl. an Hirzel, 24. April 1861, Briefe II, S. 146.

[5]) An Klee, 2. Juli 1861: »Die Gegensätze unseres Volkslebens sind ... unversöhnlich.« Briefe II, S. 162.

[6]) Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 550.

[7]) Gedanken und Erinnerungen I, S. 290f.

[8]) So Wangenheim, Preuß. Jahrb. 1863, XI, S. 32.

Launen und Steckenpferde hindern uns, einzutreten in die Reihe der Nationen«[1]). Deshalb vermag er auch optimistisch in die Zukunft zu blicken. Oder besser: weil er selbst eine so kampfesfreudige Natur war und sich mit Temperament und Leidenschaft für die Einheit Deutschlands einsetzte, neigte er dazu, die Schwierigkeiten zu gering zu achten. Der Ausblick in die Zukunft ist überall voll froher Zuversicht. Wenn erst die verschiedenen Kräfte auf der Bühne eines großen deutschen Parlaments sich messen können, so wird der Ausgleich sich überraschend schnell vollziehen[2]).

Ebenso hofft er, daß das geeinte Vaterland die beiden anderen starken Hemmungen, die der Einheit entgegenwirken, bald beseitigen wird. Hatte er, wie wir oben sahen, den preußischen Partikularismus verteidigt, so hatte er es doch mit einer Einschränkung getan: das preußische Junkertum vertritt in Preußen jene Art des Partikularismus, die man mit Recht tadeln darf[3]). Es trägt zum großen Teil die Schuld, daß Preußen im übrigen Deutschland so unbeliebt ist und wirkt jedem Versuch zu moralischen Eroberungen entgegen[4]), denn seine starke Geltung im Staat widerspricht zu sehr den Lebensformen des demokratischen Südens[5]). Gern führt er die Autorität Dahlmanns an, der sich gegen das Hervortreten des Adels im preußischen Herrenhaus gewandt hatte[6]). Wie Treitschke dem preußischen Feudalismus zu begegnen dachte, ergibt sich aus seiner Haltung während des Verfassungskonfliktes[7]). Sie wurde dort vornehmlich vom

---

[1]) Gagern, Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 477.

[2]) An Bachmann, 31. Dez. 1861, Briefe II, S. 193; an denselben 25. März 1862, Briefe II, S. 209.

[3]) Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 546, und aus Süddeutschld., Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 515.

[4]) An Bachmann, 22. April 1861, Briefe II, S. 144.

[5]) Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 548.

[6]) Gartenlaube 1861, S. 185.

[7]) S. o., S. 18f.

liberalen Interesse aus betrachtet, vom nationalen Standpunkt aus gesehen, gewinnt sie neue Bedeutung. Denn sie zeigt, wie sehr Treitschkes Preußentum von bedingungsloser Hingabe an diesen Staat entfernt war, daß er die alten und von der Krone stets geschützten Säulen des preußischen Staates stürzen möchte. Bei der Wahl zwischen Überlieferung und lebendiger Kraft ist es ihm nicht zweifelhaft, wohin er sich stellen soll [1]). Der Wahlpreuße zeigt hier ebenso sehr die deutschen wie die liberalen Seiten seines Wesens.

Er stellt das preußische Junkertum gewöhnlich in Parallele zu dem süddeutschen Ultramontanismus. Der Individualist Treitschke formuliert diesen etwas später sehr scharf: »es handelt sich dabei nicht um den Unterschied einzelner Dogmen, sondern um den Gegensatz von Knechtschaft und geistiger Freiheit« [2]). Er hatte den süddeutschen Klerikalismus zum erstenmal aus eigener Anschauung bei seinem Aufenthalt in München [3]) kennen gelernt. Er befand sich damals ihm gegenüber in einer merkwürdigen Lage. Seine nationale Leidenschaft, die ihn gerade in den Jahren nach 1859 besonders stark erfaßt hatte [4]), mußte ihn wünschen lassen, alle Hemmnisse möglichst gering anzuschlagen. Die Bedeutung der klerikalen Richtung entgeht ihm keineswegs [5]), er schreibt ihr zunächst auch die Entlassung Sybels zu [6]), die ihn sehr erregt hatte [7]). Aber im ganzen bleibt er auch in dieser Frage recht optimistisch [8]). Erst kurze Zeit, ehe er München verläßt, klingt etwas wie ein Zweifel an seiner

---

[1]) S. o., S. 19.

[2]) An den Vater, 9. Febr. 1864, Briefe II, S. 318.

[3]) S. o., S. 36.

[4]) S. u., S. 48 und S. 56 f.

[5]) An Bachmann, 22. April 1861, Briefe II, S. 144.

[6]) An den Vater, 16. Juni 1861, Briefe II, S. 158.

[7]) Vgl. an Hirzel, 23. Juni 1861, Briefe II, S. 159 f.

[8]) An den Vater, 5. Mai 1861, Briefe II, S. 150, und Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 552.

bisherigen Auffassung durch[1]). Die Vorstudien zu dem geplanten Aufsatz über Wessenberg[2]) zeigten ihm, daß ein Ausgleich der Gegensätze wohl möglich sei, aber er mußte ihn doch in eine fernere Zukunft verlegen und für die Gegenwart seine Hoffnungen enger begrenzen: wenigstens »in den helleren Köpfen« hat die gemeinsame deutsche Geistesbildung den Gegensatz der Konfessionen sehr abgeschwächt[3]).

Das waren die Widerstände. Wie stand es um die treibenden Kräfte? Bei allem Optimismus kann Treitschke sich nicht verhehlen, daß die Aussichten des nationalen Gedankens in den Einzelstaaten wesentlich ungünstiger sind als in Italien. Altangestammte Herrscherhäuser und ein wohlwollend liberales Regiment im Innern erzeugen ein behagliches politisches Stilleben, das weit von jener nationalen Leidenschaft entfernt ist, die in Italien unter dem Druck der Fremdherrschaft emporwuchs[4]). So scheinen ihm die Aussichten für eine nationale Politik zunächst trübe[5]). Während im Süden der Preußenhaß blüht[6]), lebt das deutsche Gefühl nur in der Form des Franzosenhasses[7]). Doch Treitschkes Glaube an die deutsche Sache hilft ihm auch über diese Schwierigkeit hinweg: eine langsame Annäherung des Südens an den Norden will er immerhin feststellen können[8]). Freudig

[1]) Eine Bauernversammlung im Glaspalast zeigte ihm den Anhang der ultramontanen Bestrebungen im Volk. Aus Süddtld., Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 510.

[2]) Bischof von Konstanz, der nach 1815 die Gründung einer katholischen deutschen Nationalkirche erstrebte.

[3]) An den Vater, 14. Juli 1862, Briefe II, S. 223; vgl. Gagern, Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 474, und Lessing, Grenzb. 1863, I, S. 310.

[4]) Vgl. an Nokk, 3. Febr. 1860, Briefe II, S. 74, und Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 551.

[5]) An Ägidi, 21. April 1861, Briefe II, S. 141.

[6]) Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 545.

[7]) An Hirzel, 24. April 1861, Briefe II, S. 146.

[8]) Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 551, und aus Sddtld., Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 510.

begrüßt er die Bildung einer kleinen nationalen Minderheit in der bayerischen Kammer[1]). Wenn auch in Sachsen die nationale Partei nur unter Finanz und Intelligenz vertreten ist[2]), so hofft er von dem Süden wie von seiner Heimat, daß sie keinen Widerstand leisten, wenn »die Kugel einmal im Rollen ist«[3]). In dieser Auffassung wird er bestärkt durch die liberal-nationale Bewegung in Baden, wo nicht nur die Berufung Roggenbachs und Mohls[4]), sondern gerade die energische Haltung der Kammer in der Frage des Konkordats den Beweis lieferte, daß eine Volksbewegung auch in geordneten Bahnen verlaufen und Erfolg haben kann[5]). Daß der Liberalismus in den Mittelstaaten sich mit dem Nationalismus verbünde, ist seine Hauptforderung.

Wie er selbst diese Vereinigung in sich vollzogen hatte und dafür mit Wort und Feder eintrat, so mußte er alle Bestrebungen begrüßen, die das gleiche Ziel verfolgten. Wie stand er also zu dem geistigen Träger des Einheitsgedankens, zum Nationalverein? Wie hoch er dessen werbende Tätigkeit einschätzte, geht aus einer kurzen Zwischenbemerkung hervor, in der er von dem »Evangelium des Nationalvereins« spricht[6]). Er beobachtet aufmerksam die Anhängerzahl in den Mittelstaaten[7]). Trotzdem steht er ihm von vornherein kritisch gegenüber, wie aus seiner Besprechung der Wochenschrift des Nationalvereins von 1860 hervorgeht[8]). Er hebt aus dem Programm, dessen Unbestimmtheit er mit leisem Tadel streift, die vorbereitende Wirksamkeit als vornehm-

---

[1]) Aus Sddtld., a. a. O., S. 513.

[2]) An Duncker, 19. Aug. 1859, Briefe II, S. 46.

[3]) An Bachmann, 22. April 1861, Briefe II, S. 144.

[4]) Dove, Großherzog Friedr. v. Baden, 1902, S. 83 und 95.

[5]) Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 553.

[6]) An Frensdorff, 19. März 1861, Briefe II, S. 131.

[7]) An Duncker, 3. Sept. 1859, Briefe II, S. 48, und an den Vater, 5. Mai 1861, Briefe II, S. 150.

[8]) Preuß. Jahrb. 1860, VI, S. 114ff.; vgl. Schurig, S. 99, Anm. 1.

ste Aufgabe der nationalen Propaganda hervor. In diesem Punkte berührten sich die beiderseitigen Absichten am nächsten. Aber die Entscheidung liegt anderswo. »Nicht Rede und Schrift, sondern nur erschütternde Ereignisse und unmittelbar hereinbrechende Gefahren werden imstande sein, den nationalen Ge st zu dem Grade der Energie, den Willen des mächtigsten deutschen Staates zu dem Grade der Entschlußkraft zu treiben, ohne welchen alle nationalen Projekte eine Phantasie bleiben werden«[1]. Ist das nicht der Auftakt zu dem großen Bismarckschen Motiv von »Eisen und Blut«? Ja und nein. In der Ablehnung von Reden und Majoritätsbeschlüssen ganz gewiß. In dem positiven Teil doch nur bedingt. Denn Bismarcks Worte betonen die Macht, und zwar die Macht schlechthin. Treitschke legt das Hauptgewicht auf das ethisch-liberale Element des Volkswillens. Die Machtfrage tritt gewissermaßen als Hilfsfaktor hinzu, insofern als sie die nationale Erregung zu leiten berufen ist. Immerhin ist der Abstand gegen den Nationalverein größer als der gegen Bismarck hin. Sein Entwurf zeigt nicht nur seine größere Reife realpolitischen Denkens, sondern auch den großen Ernst, mit dem er an die nationale Frage herantrat. Auch hier kein Kompromiß, sondern Klarheit und Ganzheit! — Er möchte in der Zeitschrift des Nationalvereins die »räsonierenden Artikel voll abstrakt theoretischer und sittlicher Betrachtungen« durch sachliche Besprechungen aktueller Fragen, wozu er praktische Beispiele anführt, ersetzt sehen. Darin steht er dem Urteil der preußischen Regierung über den Nationalverein sehr nahe[2]. Die Frage der preußischen Spitze bringt ihm im weiteren Verlauf die Divergenz noch klarer zum Bewußtsein[3]. Die nationale Partei muß Rücksicht

---

[1]) a. a. O., S. 114.

[2]) Oncken, Bennigsen I, S. 432, Denkschrift Dunckers an Bennigsen.

[3]) Aus Sddtld., Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 516.

nehmen auf Preußen, wenn sie nicht wie das deutsche Parlament von Achtundvierzig ihr Werk zum Scheitern verurteilt sehen will. Das war der Punkt, an dem die Geister sich scheiden, an der 1866 die Probe zwischen Macht und Theorie sich erneuern sollte.

Wie wenig Treitschke von der idealistischen Seite allein an die nationale Frage herantrat, geht aus seiner Bewertung der wirtschaftlichen Fragen hervor. Gerade von ihnen erwartet er einen starken Einfluß auf die breiteren Massen: »So dämmert endlich in dem Kopfe des Philisters die Einsicht, daß die deutsche Frage nicht mehr ein Gegenstand idealer Träume, sondern eine eminent praktische Frage der unerbittlichen Notwendigkeit geworden ist«[1]. Es ist klar, daß er daher das einzige positive Einheitsband, das die Nation umschlang, sehr hoch einschätzen mußte. Er stellt den Zollverein später einmal als die schönste und gerechteste Tat der deutschen Politik dem Erwerb Schleswig-Holsteins gleich[2]. Aber er bleibt doch nur eine Hilfskraft in dem großen Werke. Die Grenzen seiner Wirkungsfähigkeit sind Treitschke wohl bewußt. Das Vorbild für die deutsche Einigung kann und wird er nicht sein[3].

Wie aber soll der Weg aus dem Bestehenden hinausführen? Denn so, wie es ist, kann es unmöglich bleiben. Treitschkes Kritik der deutschen Zustände ist voller Bitterkeit und flammender Entrüstung. Wie ist es möglich, daß allein Deutschland noch nicht eingetreten ist in die Reihe der Nationen? Der deutsche Bund kann dem deutschen Volk auf die Dauer unmöglich das ersetzen, was ihm vor allem fehlt: den Staat. Treitschke ist bei den Amerikanern in die Schule gegangen, um sich über

[1]) Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 552; vgl. an den Vater, 26. Mai 1860, Briefe II, S. 88.

[2]) An Wehrenpfennig, 14. Dez. 1864, Briefe II, S. 370.

[3]) Besprechung der Wochenschr. des Nationalvereins, Preuß. Jahrb. 1860, VI, S. 115.

die Frage nach Staatenbund und Bundesstaat klar zu werden. Eindringlich widerlegt er Gagerns Auffassung, als sei der deutsche Bund ein Bundesstaat[1]). Nur wo die Zentralgewalt unmittelbar zu den Völkern selbst spricht, kann von einem Staat die Rede sein. So muß es ein Volk wie das deutsche ertragen, mediatisiert zu sein, ein Zustand, den schon Fichte als entwürdigend empfand[2]).

Weg und Ziel der deutschen Einheit bauen sich für Treitschke aus denselben Elementen auf, die wir bisher immer seinem Urteil zugrunde gelegt fanden. Als Liberaler mit stark ethischem Werten und als Deutscher sieht er die Zukunft; mit klarem Blick für die Wirklichkeiten in Geschichte und Gegenwart bemächtigt sich doch sein Idealismus der Schlußfolgerung, und Temperament und Leidenschaft gestalten dann diese zu ihrer letzten möglichen Form aus. Er knüpft seine nationalen Hoffnungen, wir sahen es schon[3]), an Preußen an. Preußen allein hat unter allen deutschen Staaten die Eigenschaften, die ihm ein Recht auf Führung verleihen. Es hat durch seine Geschichte bewiesen, daß sein Verhalten stets die Geschicke Deutschlands bestimmte[4]), ohne daß Treitschke Preußen idealistisch-nationale Gesinnungen unterschiebt; denn das ist gerade das Charakteristische, daß es seinem deutschen Beruf nachkam, wenn es sein eigenes Wohl förderte[5]). In der Gegenwart erfüllt nur Preußen die Grundbedingungen staatlichen Daseins: unabhängig auf sich selbst zu stehen[6]). Die innere Berechtigung und die äußere Fähigkeit zur Führung treffen also in diesem Staate glücklich zusammen, und wenn auch die

---

[1]) Gagern, Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 465.

[2]) Fichte, Grenzboten 1862, II, S. 386.

[3]) S. o. S. 5f.

[4]) Aus Sddtld., Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 515, und Wangenheim, Preuß. Jahrb. 1863, X, S. 16.

[5]) Ordensld., Preuß. Jahrb. 1862, X, S. 150.

[6]) Aus Sddtld., Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 515.

Zahl derer, die diese Wahrheit erkannt haben, nicht mehr gering ist[1]), so hätte Preußen die Führung der Nation selbst schon viel früher in die Hand nehmen müssen[2]).

Zwei Möglichkeiten bieten sich Preußen dar: durch moralische Eroberungen soll es sich den Weg vorbereiten, der schließlich nur durch Entfaltung der Macht zum endgültigen Ziele führen kann. Es muß, gerade weil Treitschke die Macht als den Hauptfaktor des Staatslebens betont hatte[3]), besonders hervorgehoben werden, wie stark er in dieser Zeit die moralischen Eroberungen bewertet. Es ist nicht nur sein Liberalismus, der Preußen durch Mahnung an seinen deutschen Beruf auf den Weg eines ehrlichen Konstitutionalismus zurückrufen möchte, es ist ebensosehr der ethisch-idealistische Zug seines Charakters, der die Macht als Macht allein nicht anerkennen will. Nie wird sich die deutsche Natur vor der Macht als solcher beugen[4]). Eine »Realpolitik« ohne idealistischen Einschlag verwirft er durchaus[5]) und kennzeichnet damit trefflich seine eigene Einstellung.

Es kommt noch ein weiterer Grund hinzu. Treitschke kann sich die Aufrichtung der deutschen Einheit nicht denken ohne tätige Mitwirkung des deutschen Volkes. Er knüpft auch hier wieder an Dahlmann an, wenn er, der Richtung des Liberalismus entsprechend, im Bürgertum den Schwerpunkt des modernen politischen Lebens sieht[6]). Preußen darf es also nicht vernachlässigen, die breiten Schichten des deutschen Volkes für sich zu gewinnen. Wie er sich die Bewegung, die dann schließlich die Einheit herbeiführen soll, denkt, wird nicht ganz klar. Das »rohe Demagogentum von 1848« lehnt er ab.

---

[1]) An Nokk, 3. Febr. 1860, Briefe II, S. 74.
[2]) Wangenheim, Preuß. Jahrb. 1863, XI, S. 16.
[3]) S. o. S. 13.
[4]) Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 547.
[5]) Ebendort.
[6]) Dahlmann, Gartenlaube 1861, S. 167.

Was bleibt dann? Die Massenbewegung, die er erwartet, kann doch nicht anders als revolutionär sein[1]). Die Möglichkeit einer solchen Erhebung erscheint ihm zunächst verzweifelt gering. Denn es fehlt in Deutschland an der heißen politischen Ergriffenheit[2]). Denen, die ihn revolutionärer Umtriebe zeihen möchten, hält er entgegen, daß nicht rohe Leidenschaft zu fürchten ist, sondern vielmehr Kälte und Gleichgültigkeit[3]). 1861 glaubt er, daß die Unzufriedenheit mit der allgemeinen Lage die Stimmung in der gewollten Weise beeinflusse[4]). Aber nach der Erregung dieses Jahres, auf die noch zurückzukommen sein wird[5]), verebben auch seine hochgespannten Erwartungen. Daß er aber grundsätzlich an diesem Punkt seines Programmes festhielt, bezeugt seine beglückte Erkenntnis von der »demokratischen Zucht der Massen« bei der Feier der Leipziger Schlacht[6]). Dem Vater gegenüber drückt er sich vorsichtig aus: er wage nicht zu berechnen, wohin sie noch führen werde. Nur mit dem Volke wird die Einigung möglich sein. Es steckt, wenn auch uneingestanden, der Gedanke der Volkssouveränität hinter diesem Wunsche. Aber Treitschke ist viel zu wenig Doktrinär und hat von der achtundvierziger Bewegung genug gelernt, um sich nicht zu verhehlen, daß nicht der Wille des Volkes oder ein Parlament allein über Deutschland entscheiden können[7]). Das war die gewinnbringende Erkenntnis in einigen Köpfen dieses jüngeren Geschlechts, die von Treitschke besonders lebhaft ergriffen und dann auch verkündet wurde.

---

[1]) An Nokk, 1. Jan. 1860, Briefe II, S. 70.
[2]) An Nokk, 3. Febr. 1860, Briefe II, S. 74.
[3]) Sddt. Korr., Preuß. Jahrb. 1861, VII, S. 553.
[4]) An Ägidi, 21. Apr. 1861, Briefe II, S. 141.
[5]) S. u. S. 48 und S. 56.
[6]) An den Vater, 8. Aug. 1863, Briefe II, S. 281.
[7]) An Haym, 19. (12.) Oktober 1861, Briefe II, S. 173, und an Bachmann, 25. März 1862, Briefe II, S. 209.

Das Jahr Achtundvierzig hatte den Wendepunkt bedeutet, indem es »den Begriff der Macht unserm politischen Denken eingegraben hat[1]«). Träger dieser Macht kann nur Preußen sein: nur Preußens Schwert kann die Einheit erkämpfen, gegen den Bund, gegen Österreich, gegen die deutschen Staaten. Dieses Gedankens bemächtigt Treitschke sich wieder mit dem ganzen ihm eigenen temperamentvollen Radikalismus. Jede optimistische Hoffnung auf eine versöhnliche Lösung weist er wiederholt und mit scharfer Energie zurück[2]). Denn er wußte, daß der Widerstand der Dynastien nur durch Gewalt gebrochen werden konnte. Sie sind das größte Hemmnis für die Einigung. Deshalb soll mit ihnen ganz aufgeräumt werden. Preußen soll sein Schwert nicht ziehen ohne Lohn: das Ziel des Kampfes kann nur Eroberung und Annexion sein. Es wird ein gewaltiger Kampf werden; denn Treitschke erwartet, daß die nationale Leidenschaft nur durch eine große europäische Krisis entfacht werden wird. An der Wende von 1860 auf 1861 hält er sie für nahe gekommen infolge der drohenden Haltung Frankreichs. Es ist, als wenn der Name Napoleon allein ihn ein zweites 1806 fürchten ließe, wenn es nicht gelingt, Deutschland einig zum Rhein zu führen. Die Furcht vor Frankreich wird das geeignetste Bindemittel sein, aber es gilt überhaupt, jede günstige Lage auszunutzen. Treitschke schreckt selbst vor der äußersten Kühnheit politischer Pläne nicht zurück, wenn er andeutet, daß man die in Italien und Ungarn erwartete Revolution gegen Österreich ausnutzen sollte[3]). — Die Spannung und Ungeduld dieser Monate, die ihn in fieberhafter Erregung hielt, löste sich langsam, als auch der äußere Zusammenstoß unterblieb. Daß er die Frage der deutschen Einheit überhaupt in den europäischen Rahmen hineinstellt

---

[1]) Wangenheim, Preuß. Jahrb. 1863, XI, S. 17.

[2]) So Briefe II, S. 129, 145f., 162.

[3]) An Nokk, 3. Febr. 1860, Briefe II, S. 75.

und nur auf dem Wege der großen Politik für lösbar hält, muß besonders festgehalten werden. Das ist die Betrachtungsweise des Staatsmanns und nicht des Doktrinärs. Treitschke war den Ereignissen mit klarem Blick gefolgt: zwischen Achtundvierzig und Sechsundsechzig lag Neunundfünfzig. Das Zusammenwirken von Massenbewegung und machtvoller Leitung des führenden Staates ist deutlich dem italienischen Einheitskampfe entlehnt. Das Bild, das er sich von der deutschen Einigung machte, nimmt, wenigstens für uns, erst jetzt deutliche Gestalt an. 1858 erscheint es noch ganz verschwommen [1]), während der Ereignisse von Neunundfünfzig kommt ihm vor allem die Dringlichkeit der Lösung zum Bewußtsein [2]). Erst als sich der Erfolg der italienischen Bewegung überblicken läßt, tritt der Annexionsplan scharf und deutlich hervor [3]). Mochte es also seinem Temperament von jeher entsprochen haben, den Einheitsgedanken möglichst radikal zu fassen, so geht doch aus der obigen Beobachtung hervor, daß er nicht mit vorgefaßten Meinungen arbeitet, sondern von den Ereignissen zu lernen bemüht ist. Das ist als wesentlich festzuhalten, wenn man seine weitere Entwicklung verstehen will.

Es scheint, daß auch das Ziel, das er für Deutschlands Zukunft ersehnte, erst unter dem Einfluß des Jahres Neunundfünfzig sich ihm klarer gestaltete. Wie weit er schon vorher den Einheitsstaat ins Auge gefaßt hatte, tritt wenigstens für uns nicht deutlich hervor [4]). Er selbst behauptet, daß seine historischen Studien, besonders die über Friedrich den Großen, ihn immer radikaler gemacht hätten [5]). Doch denkt er an dieser Stelle

---

[1]) Schurig, S. 54—56.

[2]) Schurig, S. 84ff.

[3]) Schurig, S. 101.

[4]) Schurig, S. 56.

[5]) An Haym, 20. Nov. 1860, Briefe II, S. 113, und an Frensdorff, 25. Nov. 1860, Briefe II, S. 114.

wohl hauptsächlich an den Gegensatz zu Österreich, den er durch eine schneidige Politik Preußens ausgetragen sehen möchte. Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß erst das Jahr Neunundfünfzig ihm den Gedanken nahe gelegt hätte, für Deutschland den Einheitsstaat zu wünschen, aber die Spannung der politischen Lage zwang ihn, seine Ansichten zu klären, die ins Auge gefaßten Möglichkeiten an der Wirklichkeit der italienischen Bewegung zu messen. Jedenfalls nehmen in den Briefen dieser Jahre die Erörterungen über die zukünftige Gestaltung Deutschlands einen breiten Raum ein[1]). Die Leidenschaftlichkeit, mit der er den gleichen Gedanken stets wiederholt — er nennt sich schließlich selbst einen »radikalen Unitarier« —[2]), legt doch die Vermutung nahe, daß ihm die klare Erkenntnis jenes Zieles, das er von nun an mit aller Energie verfocht, erst in diesen Monaten aufgegangen ist. Es ist keineswegs ein Zufall, daß er gerade am Ende des so bedeutungsvollen Jahres 1860 den Plan zur Geschichte des deutschen Bundes faßte[3]). Es ist möglich, daß er sich im Anschluß daran mit der Frage Bundesstaat oder Einheitsstaat auch wissenschaftlich vertraut gemacht hat. In dem Aufsatz über Gagern zitiert er zum erstenmal die Untersuchungen über die amerikanische Verfassung, die ohne Zweifel einen starken Eindruck auf ihn gemacht haben[4]). Die Anschauungen vom Wesen der Zentralgewalt und von der Unmöglichkeit eines Bundesstaates aus Monarchien, Begriffe, die er in seiner großen Abhandlung weiter ausbeutete[5]), hat er sich gleich als festen Besitz zu eigen

---

[1]) An Frensdorff, 28. Dez. 1860, Briefe II, S. 67 f., an Nokk, 3. Febr. 1860, Briefe II, S. 74f., und an Bachmann, 22. April 1861, Briefe II, S. 144.

[2]) An Nokk, 23. März 1862, Briefe II, S. 207.

[3]) Zuerst erwähnt an Bachmann, 4. Okt. 1860, Briefe II, S. 105.

[4]) Alexander Hamilton, The federalist, 1837.

[5]) S. u. S. 81ff.

gemacht[1]). Zudem hatte der Nationalverein sein Programm in die erregten Wogen der öffentlichen Meinung geschleudert und auch Treitschke zur Auseinandersetzung gezwungen[2]). So stand ihm sein Ziel nun fest vor Augen: der Einheitsstaat unter Preußens Führung. Also ginge sein Radikalismus so weit, daß er alle Einzelstaaten von dem preußischen Schwert unterworfen und dem mächtigsten Staate sich angegliedert denkt? Nach allem, was er über Dynastien und Stämme dachte[3]), mußte ihm ein solcher Plan nicht unmöglich scheinen. Nur einmal klingt es, als ob sein Radikalismus nicht — oder noch nicht? — so radikal sei, als er selbst glauben machen möchte. In der Süddeutschen Korrespondenz vom Juni 1861[4]) leitet er die Notwendigkeit eines deutschen Parlamentes von dem Gesichtspunkt ab, daß erst dadurch das Verfassungsleben in den Einzelstaaten gesichert würde. Ist das nun eine Verschleierung seiner geheimsten Ansichten? Soll es nichts anderes heißen, als daß das Verfassungsleben in den Einzelstaaten in der Art einer provinziellen Selbstverwaltung weiter bestehen soll? Oder will er doch Gradunterschiede unter den kleinen und Mittelstaaten — so sehr er ihn an anderer Stelle leugnet[5]) — im künftigen Deutschland berücksichtigen? Oder sollten die Preußischen Jahrbücher hier seine weitergehenden Äußerungen unterdrückt haben[6])? Die zweite Vermutung hat wohl die größte Wahrscheinlichkeit für sich.

---

[1]) An Bachmann, 22. April 1861, Briefe II, S. 144, und Gagern Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 466.

[2]) S. o., S. 42ff.

[3]) S. o., S. 34ff.

[4]) Preuß. Jahrb. VII, S. 552.

[5]) S. o., S. 34f.

[6]) Vgl. an Haym, 11. Juni 1861, S. 155: »Jedenfalls stelle ich sie Ihnen gänzlich zur Verfügung.« Vgl. an Haym, 19. (12.) Oktober 1861, Briefe II, S. 173.

Die Frage der praktischen Ausgestaltung seines Planes erscheint ihm zunächst weniger wichtig, als die vorbereitende Arbeit für die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Umbaues. Er nennt den Streit um die künftige Verfassung einmal doktrinär und unfruchtbar [1]). So erfahren wir nur aus einer Stelle, unter welcher Form er sich das künftige Deutschland regiert denkt, als er mit aller Schärfe den Vorschlag zurückweist, Preußen könne sich in irgendeiner Form der künftigen Zentralgewalt unterordnen [2]). Daß man mit der Wirklichkeit des preußischen Staates rechnen müsse [3]), war ihm eine bereits selbstverständliche Wahrheit geworden, aus der man den Abstand zwischen ihm und den Männern von Achtundvierzig deutlich ermessen kann. Das war bereits das Denken der Bismarckschen Zeit. Es ist äußerst charakteristisch, daß Treitschke von der ganz praktischen Frage eines einheitlichen Heerwesens als nächster und wichtigster Aufgabe ausgeht. Die Volksvertretung denkt er sich unter ähnlichen Formen wie das preußische Volk sie im Abgeordnetenhause besitzt. Also Ablehnung des allgemeinen Stimmrechts, wie beim rechten Flügel des Liberalismus von Achtundvierzig. Auch 1867 steht er diesem Geschenk Bismarcks skeptisch gegenüber [4]). Noch faßt er die Erneuerung des Kaisertums nur hypothetisch — fähig zu dieser Würde ist allein das Haus Hohenzollern. Seine Stellung dem Parlament gegenüber soll durch das absolute Vetorecht gestärkt werden. Das ist weit unitarischer gedacht, als Bismarck schließlich die deutsche Wirklichkeit schuf. Aber beide trafen sich auf dem Boden des preußischen Staates, wenn auch von verschiedenen Ausgangspunkten her. Dieser Realismus ist für

---

[1]) Uhland, Preuß. Jahrb. 1863, XI, S. 324.

[2]) Aus Süddeutschld., Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 515f.

[3]) Vgl. auch a. a. O., S. 517.

[4]) Die Verfassung des Norddeutschen Bundes, Deutsche Kämpfe, S. 204.

die idealistische Veranlagung Treitschkes hoch bedeutsam. Es kam ihm einstweilen noch nicht zum Bewußtsein, daß hier zwei verschiedene Tendenzen seines geistigen Lebens unter einer Spannung standen, die sich einmal zugunsten der einen von ihnen lösen mußte. Er selbst ist sich über den Fortschritt der politischen Bildung seit 1848 wohl klar [1]). Ein gewisser Kern von weltbürgerlicher Gesinnung, die bei ihm in dem starken sittlichen Idealismus wurzelt, haftet auch ihm noch an. Fichtes Prophezeiung von dem wahrhaften Reich des Rechts stellt er als sein Ziel den Forderungen jener entgegen, die in Überhebung und Unwissenheit von der ungeheuren Machtentfaltung des einigen Deutschland träumen [2]). Und selbst das Weltbürgertum eines Lessing weist er nicht als Utopie absolut zurück; er schiebt es nur in eine ferne Zukunft hinaus und will es basieren auf die Gesamtheit der freien und in sich geschlossenen Nationalstaaten [3]).

Das ist der Boden, von dem aus er die preußische auswärtige Politik jener Jahre kritisiert. Er betrachtet ihr Betätigungsfeld in einem engeren und in einem weiteren Rahmen. Innerhalb Deutschlands fällt ihr vor allem die Aufgabe zu, die Einigung Deutschlands vorzubereiten und zu verwirklichen. Alle Pläne, die ohne Preußens Führung dieses Ziel verfolgen, sind zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Dieses zu beweisen, schrieb er die Aufsätze über Gagern und Wangenheim, welche die Verwerflichkeit der Rheinbunds- und Triaspläne kennzeichnen sollten, aber die Koburger Militärkonvention [4]) und der Zoll-

---

[1]) An G. v. Haselberg, 26. Dez. 1862, Briefe II, S. 190, und aus Sddtld., Preuß. Jahrb. 1861, VIII, S. 517.

[2]) Fichte, Grenzboten, 1862, II, S. 388. Es ist charakteristisch für die Treitschkesche Entwicklung, daß dieser Satz in der Neubearbeitung fehlt. Siehe Hist.-pol. Aufs., 1. Aufl., 1865, S. 151.

[3]) Lessing, Grenzboten 1863, I, S. 313.

[4]) Abgeschlossen am 1. Juni 1861.

verein werden gelobt. Als besondere Pflichten zugleich im Sinne moralischer Eroberungen wird Preußen der Schutz des verletzten Rechtes in Schleswig-Holstein[1]), Hannover und Sachsen auferlegt. — Innerhalb Europas hat Preußen die deutschen Interessen zu vertreten. So sollte es 1860 die französischen Expansionsgelüste in ihre Schranken zurückweisen. Die Zusammenkunft König Wilhelms im Kreise der deutschen Fürsten mit Napoleon in Baden-Baden[2]) scheint ihm nach seinen großen Erwartungen einer nationalen Erhebung nichts als eine leere Scheindemonstration[3]). In der Zeit des Konfliktes hält er die Regierung überhaupt nicht mehr für fähig, große Politik zu treiben. Dieses Mißtrauen hält nach Bismarcks Eintritt in das Ministerium durchaus an. Wir vermissen leider eine Äußerung Treitschkes über den bedeutsamen Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich, über die rasche, so lang ersehnte Beilegung des Verfassungsstreites in Kurhessen, noch vor allem über das Gespräch Bismarcks mit dem Grafen Karolyi, in dem er Österreich vor die Alternative eines ehrlichen Zusammengehens mit Preußen unter Aufgabe seiner mittelstaatlichen Politik oder eines vollständigen Bruches stellt[4]).

Eher schien man Bismarck in der polnischen Frage zu verstehen. Es entsprach durchaus der »vollendeten Frivolität«[5]), die man ihm zuschrieb, aus den inneren Wirren durch Heraufbeschwören eines Krieges einen Ausweg suchen zu wollen. Wenn Treitschke sich auch der demokratischen Schwärmerei für die Polacken[6]) fernhält, immerhin erlangt diese Richtung durch die »Torheiten des Herrn von Bismarck . . . einigen Schein

---

[1]) S. darüber unten S. 57f.
[2]) Sybel II, S. 357ff.
[3]) An den Vater,1 9. Juni 1860, Briefe II, S. 89.
[4]) Sybel II, S. 449f., und Lenz, S. 155f.
[5]) An Haym, 19. Okt. 1862, Briefe II, S. 239.
[6]) An den Vater, 28. Febr. 1863, Briefe II, S. 257.

des Rechts«[1]). Treitschke fürchtet einen Krieg mit Frankreich, der, um einer so schlechten Sache willen begonnen, unmöglich ganz Deutschland an Preußens Seite ziehen wird, so daß es nicht einmal den Rhein wird behaupten können [2]). — Diese Stimmung der Verzweiflung über die geschwächte Lage Preußens darf man wohl auch einem Entrüstungsruf über den Frankfurter Fürstentag zugrunde legen, der kein Wort der Anerkennung für Preußens energische Abwehr enthält [5]).

Man fühlt dies deutlich heraus: es war ein höchst kritischer Augenblick. Auf die hochgespannten Erwartungen hatte die Wirklichkeit nirgends geantwortet. Das leidenschaftliche Hoffen der Schichten, auf die das Einheitswerk sich gründen sollte, war leidenschaftlicher Erbitterung gewichen. Es mußte in dumpfe Stille zurücksinken, wenn es nicht von irgendeiner Seite her zu neuen Zielen hin hochgerissen wurde.

---

[1]) Ebendort.

[2]) An Nokk, 3. Mai 1863, Briefe II, S. 260. Vgl. an den Vater, 6. Mai 1863, S. 261.

[3]) An Nokk, 21. Aug. 1863, Briefe II, S. 284: »Die österreichische ‚Reform' ist in der Tat das Äußerste, was Österreich uns zu bieten vermag! So viel schöne Worte, und der Kern des Ganzen, Minderung der Souveränität der Einzelstaaten, nicht einmal berührt.«

Dritter Abschnitt.

Die schleswig-holsteinsche Frage.

Die schleswig-holsteinsche Frage, die seit dem Erlaß der eiderdänischen Verfassung und dem Thronwechsel in Dänemark [1]) wieder das allgemeine Interesse beanspruchte, ließ die Fluten der nationalen Bewegung erneut anschwellen. Treitschke hatte die Anteilnahme für die Herzogtümer seit 1848 aufs engste mit seinen nationalen Ideen verknüpft. Der früheste Antrieb für dieses Interesse ist in einem persönlichen Moment zu suchen [2]); es bildet in der Folge den Anknüpfungspunkt für sein nationales Empfinden [3]), wie es in seinen Gedichten weiterklingt [4]). Mit gefühlspolitischen Erwägungen trat er an das Problem heran und zeigte sich von ihnen noch 1859 beherrscht [5]). Wie es sich ihm in der folgenden Zeit darstellte, erfahren wir aus einem Aufsatz in der Süddeutschen Zeitung von 1860 [6]). Er datiert aus der Zeit, wo Napoleon die Einigung Italiens sich mit Nizza und Savoyen bezahlen ließ, und die nationale Partei in Deutschland durch einen Präventiv-

[1]) 30. März und 16. Nov. 1863.

[2]) Sein Vater nahm im Generalstab des Herzogs von Koburg an der Bundesexekution in Holstein teil. Siehe Schurig, S. 11.

[3]) Schurig, S. 26.

[4]) Ebendort, S. 39.

[5]) Ebendort, S. 86.

[6]) Vom 13. Dez., Nr. 345.

krieg ähnlichen französischen Kompensationsforderungen für den Fall der deutschen Einigung entgegenzutreten müssen glaubte.

Treitschke wendet sich gegen die Süddeutsche Presse, die wieder wie 1859 Deutschland zum Schutze Venedigs an Österreichs Seite stellen wollte. Auch er sieht mit Besorgnis auf die französischen Hegemoniegelüste. Aber mit dem Losungswort Venedig kann man ihnen unmöglich begegnen. So weit stimmt er mit der Haltung des Nationalvereins [1]) überein. Aber darüber hinaus weicht er doch bedeutend von ihm ab. Auch der Nationalverein hatte zu gleicher Zeit mit der savoyischen die schleswig-holsteinsche Frage behandelt, war jedoch in betreff der letzteren nur zu einer recht matten Erklärung gekommen [2]). Die allgemeine Kampfesstimmung entsprach einer Mischung von Furcht und nationaler Begeisterung, aber es fehlte ein greifbarer Anlaß und ein reales Objekt. Dies fühlte Treitschke heraus. Es zeugt von seiner realpolitischen Einsicht und trennt ihn von den Männern des Nationalvereins, daß er der aufwallenden nationalen Leidenschaft in Schleswig-Holstein einen positiven Gewinn vor Augen hält [3]). Der schleswig-holsteinschen Frage selbst gegenüber hält er noch an der idealistisch-gefühlsmäßigen Einstellung fest. Deutschland soll ein »verlorenes Vaterland« retten. Der Gedanke einer realen Machterweiterung klingt daneben nur leise an [4]). Die Möglichkeit einer starken deutschen Seemachtstellung zwischen den beiden Meeren erwähnt er gar nicht. Von einem bleibenden Gewinn für Preußen kann natürlich auf dieser Grundlage noch keine

---

[1]) Oncken, Bennigsen I, S. 365.

[2]) Bis günstigere Verhältnisse die Rückführung des alten Rechts gestatten, sollen die deutschen Regierungen für Herbeiführung gesicherter Zustände in Schleswig-Holstein sorgen. Oncken, Bennigsen I, S. 374.

[3]) Vgl. an Frensdorff, 25. Nov. 1860, Briefe II, S. 114.

[4]) »Frankreich und Rußland werden immer alles bekämpfen, was Deutschlands Macht verstärken kann.«

Rede sein. Denn neben dem nationalen Moment bildet die Rechtsfrage das zweite Grundmotiv seiner Anschauungsweise. Nicht nur die Verfassungsfrage — das Auf-Ewig-Ungeteiltbleiben —, auch die Erbfolgefrage des »erlauchten Hauses Augustenburg« ist ihm klar und unzweifelhaft »wie nie in einem völkerrechtlichen Streit«. Das ist einigermaßen überraschend. Denn wenn er in ganz Deutschland ein mögliches Objekt preußischer Eroberungspolitik sah, wo hätte es eine bessere Gelegenheit geben können, als in dem so günstige Aussichten bietenden Nachbarstaat zu beginnen? Man sieht, wie langsam sich die realpolitischen Einsichten Bahn brachen.

Treitschke war durchaus auf dem rechten Wege, als er forderte, daß man einen Krieg nicht gegen ein Gespenst führen sollte. Aber den vorgeschlagenen Gewinn nach Gesichtspunkten wohlberechtigter Interessenpolitik auszubeuten, daran hinderte ihn ein Rechtsformalismus, der das Denken jener Zeit noch stark beherrschte. Wie soll das Recht in diesem Fall geschützt werden? Preußen soll die Initiative an sich reißen und Deutschland um sich scharen [1]). Auch Treitschke fordert Preußen für Deutschland auf den Plan, immerhin nicht in der scharfen, einseitig-konsequenten Formulierung Bennigsens [2]). Wenn

---

[1]) Vgl. dazu an Bachmann, 24. Dezember 1860, Briefe II, S. 118.

[2]) »Will Preußen nicht darauf verzichten, eine selbständige Bahn in den Staatshändeln zu gehen, so bleibt ihm als einzig möglicher Weg einer positiven Politik das Auftreten für die alte Ungeteiltheit der Herzogtümer, für das Erbrecht des Erlauchten Hauses Augustenburg.« Treitschke in der Süddt. Zeitg. a. a. O. »Bei dem bloßen Zerstören des alten Reichs aber darf Preußen nicht stehen bleiben, es hat damit zugleich die große Pflicht übernommen, auf seinen Trümmern eine neue nationale Schöpfung zu begründen. . . . Das eigene Interesse wird Preußen in Zukunft zwingen, die kolossalen Opfer, die Deutschland erheischt, freudig auf dnn Altar zu legen und auch die kolossalsten werden nicht ausreichee«. Rede Bennigsens vom 11. März 1860, Oncken I, S. 371.

er auch nicht von Opfern Preußens spricht, so teilt doch auch er Preußen die Arbeit zu und anderen den Gewinn. Dänemark hat längst das Londoner Protokoll zerrissen und damit den Signatarmächten die Handlungsfreiheit zurückerstattet. Die Gefahren eines Einspruchs durch die auswärtigen Mächte übersieht er dabei nicht[1]. Nur Englands mögliche Haltung beurteilt er, wie die Mehrzahl der Liberalen[2], optimistisch[3]. Aber der Preis ist ihm hoch genug, um selbst einen »ungeheuren Kampf« zu wagen[4]. Wenn Preußen nach dem Wort des Prinzregenten[5] sich jetzt anschickt, das Recht in Deutschland zu schützen, so wird es seine Mitstreiter nicht zu suchen brauchen. Ja, es wird sogar ein Zusammengehen mit Österreich auf dieser Grundlage möglich sein. Treitschke will also, wie Bismarck, den Kaiserstaat an Preußen ketten, aber keineswegs aus denselben Gründen. Für Bismarck bedeutete das Bündnis mit Österreich eine notwendige Rückendeckung gegenüber dem Kreis feindlicher Mächte ringsum. Treitschke geht aus von dem gemeinsamen Interesse an einer Abwehr Napoleons[6]. Es kommt hinzu, daß er zu süddeutschen Lesern spricht, die in das

---

[1]) Vgl. oben, S. 57, Anm. 4.

[2]) Hintze, Die Hohenzollern, S. 588.

[3]) »Uns scheint undenkbar, daß England, das im Londoner Protokoll den Umsturz der legitimen Erbfolge nur genehmigt, nicht garantiert hat, einem entschieden nationalen Auftreten Schlimmeres als Neutralität und diplomatische Ränke entgegenstellen werde.«

[4]) An Frensdorff, 25. Nov. 1860, Briefe II, S. 114.

[5]) Programm v. 8. Nov. 1858; vgl. Sybel II, S. 300, und Marcks, Wilh. I., S. 137.

[6]) »Kommt jedoch das Zerwürfnis mit Frankreich wegen Schleswig-Holsteins zum Ausbruch, so hat Preußen mit glücklichem Griffe die schlechterdings einzige politische Frage erfaßt, über welche ganz Deutschland, Süd und Nord, Linke und Rechte, wirklich eines Sinnes sind. In einem solchen Kampfe ist ein ehrliches, auf Gegenseitigkeit ruhendes Bündnis auch mit dem den Herzogtümern wenig holden Österreich möglich.«

großdeutsche Lager neigten. Ihnen will er zeigen, auf welcher Grundlage und auf welcher allein ein Zusammengehen mit Österreich möglich ist. Diese von keinerlei Sympathie für Österreich eingegebene Stellungnahme entspricht genau seiner Haltung von 1859[1]). Der Preis, den Österreich für diese Form eines deutschen Entgegenkommens zu zahlen hat, scheint in der Anerkennung der Gleichberechtigung Preußens am Bunde bestehen zu sollen. Denn so ist doch wohl das »ehrliche, auf Gegenseitigkeit ruhende Bündnis« zu verstehen[2]). Damit schaltet er die endgültige Lösung der deutschen Frage einstweilen aus[3]), wie zu Beginn des Jahres 1859[4]). Das jetzige Preußen ist für eine deutsche Kaiserpolitik noch nicht reif[5]). Mit dieser Einschränkung zugunsten seines Liberalismus erhält dieser Aufsatz das letzte Merkmal um ihn zum charakteristischen Ausdruck für Treitschkes damalige Stellung zu stempeln. Neben einem realpolitischen Ansatz, der aus dem Gefühlsüberschwang des Augenblicks nach einem festen Ziel sucht, steht die selbst gefühlsmäßig-idealistische Bewertung eben desselben Zieles und eine doktrinäre Verquickung von inneren und äußeren Fragen. Der kühne Sprung über die Schwierigkeiten der Einzelfragen hinweg ist das, was den temperamentvollen Idealisten von dem Staatsmanne scheidet. Das ist wohl noch »Idealpolitik«, wie Treitschke sein Programm selbst kennzeichnet.

---

1) Schurig, S. 83.

2) S. oben, S. 59 Anm. 6.

3) Vgl. an Haym, 24. Dez. 1860, Briefe II, S. 116: »Wenn der Kampf mit dem Bonapartismus . . . wegen dieser Sache zum Ausbruch kommt, dann vertraue ich auf einen glücklichen Ausgang, selbst bei unserer heutigen Bundesverfassung.«

4) Schurig, S. 85.

5) »Wir sind nicht so kühn, zu erwarten, Preußen werde jene kaiserliche Politik führen, welche die Nation ersehnt . . . und wer wird glauben, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge eine rasche Lösung der deutschen Verfassungsfrage möglich sei?«

Im Herbst 1863 hatte sich die Lage gegen 1860 verschoben. Dem Scheinerfolg der österreichischen Politik auf dem Frankfurter Fürstentage folgte das Versagen seiner Vasallen auf das deutsche Programm Bismarcks vom 15. September 1863 hin [1]), das Österreich dem Nebenbuhler in die Arme trieb. Die französische Gefahr war zurückgeebbt; seit dem dänischen Verfassungsbruch vom 18. November [2]) hatte sich das gesamte nationale Empfinden nach Norden zu orientiert. Der idealistisch-nationale Kern des Treitschkeschen Programms in Verbindung mit dem Eintreten für den Augustenburger entsprach jetzt durchaus der Auffassung des gesamten deutschen Liberalismus.

Treitschke litt es nicht, als bloßer Zuschauer die Entwicklung der Ereignisse an sich vorüberziehen zu lassen. Sein Temperament, das durch die lange und stets von neuem zurückgedrängte Erwartung auf Befreiung der Herzogtümer immer mehr in Hochspannung geraten war, riß jetzt den Kampf mit aller Leidenschaftlichkeit an sich. Er redete in einer Volksversammlung [3]), er hielt verschiedene Vorträge [4]), deren Erlös einem dem Herzog von Augustenburg zur Verfügung zu stellenden Betrag zufließen sollte. Er bot Moritz Busch [5]) durch Hirzel seine Feder an [6]). Er beneidete Freytag um seine Wirksamkeit durch die Gothaer Korrespondenz [7]) und war so-

---

[1]) Vgl. Lenz, Bismarck, S. 211 ff.; Marcks, Otto v. Bismarck, S. 77; Friedjung, Kampf um die Vorherrschaft, Bd. I, S. 66; Sybel II, S. 538—545.

[2]) Sybel III, S. 153 f.

[3]) An Hirzel, 5. Dez. 1863, Briefe II, S. 308.

[4]) Über Washington, Briefe II, S. 313, 317; über Elisabeth Charlotte, Briefe II, S. 316.

[5]) Leiter des Augustenburgischen Preßbureaus in Kiel; Bandmann, S. 3, Anm. 1.

[6]) An Hirzel, 5. Dez. 1863, Briefe II, S. 308.

[7]) Ebendort, S. 309, und an Freytag, 29. Dez. 1863, Briefe II, S. 312.

gar bereit, seine Professur niederzulegen, wenn man ihn in Gotha in einer Sache benötigte, »wofür sich kein anderer ebenso brauchbarer Mann« fände. Schließlich beteiligte er sich mit 100 Talern an der Augustenburgischen Anleihe. »Du findest vielleicht die Summe etwas hoch für meine Mittel«, entschuldigt er sich dem Vater gegenüber[1]), »aber mit dieser Sache ist mir's bittrer Ernst, und ich mag nicht zu den kläglichen Gesellen gehören, die, mit den Lippen freigebig, mit dem Beutel kargen«. Das war wieder der ganze Treitschke. Voll Temperament und Leidenschaft gab er sich völlig einer Sache hin, die er restlos zu der seinen gemacht hatte.

Aber wie sehr er, von dem Strom nationaler Begeisterung getragen, sich auch gehoben fühlte, man spürt von Anbeginn das Unmögliche der Situation heraus, in die er sich zugleich mit dem gesamten Liberalismus durch die Parteinahme für den Herzog gebracht hatte. Der Vorkämpfer eines revolutionären Unitarismus stand jetzt als Fechter für die Legitimität Seite an Seite mit den mittelstaatlichen Dynastien. Er wird mit ihnen durch den Bundesbeschluß vom 7. Dezember 1863, durch den die Exekution gegen Dänemark zur Wahrung des Londoner Protokolls festgesetzt wurde[2]), niedergestimmt. Aber er fühlt nicht sich geschlagen: »Welche Wirkung für die Zukunft, wenn unsere Dynastien das legitime Recht eines deutschen Fürsten mißachten... Die Revolution, der wir sehr langsam, aber unvermeidlich, entgegentreiben, wird um vieles entsetzlicher werden, wenn auch diese Frage ein schmachvolles Ende nimmt« — hatte er wenige Tage vorher prophezeit[3]). Mochten nun auch die Besiegten aus der Eschenheimergasse einstweilen als die Sieger erscheinen, weil die Männer wie Beust und Schrenk in diesem Falle einmal die Nation hinter sich fühlen durften:

---

[1]) Am 31. Dez. 1863, Briefe II, S. 313.

[2]) Sybel III, S. 181.

[3]) An den Vater, 29. Nov. 1863, Briefe II, S. 304f.

er wußte es besser, daß »denen die heilige Sache im besten Fall nur ein Mittel ist, um ihren verrotteten Dynastien ein paar Jahre länger das armselige Dasein zu fristen«[1]. Diese Tatsache, daß Preußenhaß und Preußenfurcht, in denen er schon lange die alleinige Triebfeder der partikularistischen Politik erblickt hatte, auch dieses Mal ihr Handeln bestimmten, hätte ihn eigentlich an der eigenen Sache irre machen müssen. Aber sie läßt nur seine Enttäuschung hell aufflammen: »Der Krieg ist verdorben und verfahren, noch bevor er begonnen hat«[2].

Nun gründet sich seine letzte Hoffnung auf die Selbsthilfe des Herzogs. In der Haltung der holsteinschen Bevölkerung, die während des Vormarsches der Exekutionstruppen dem Herzog begeistert zufiel[3], scheint ihm die Garantie dafür zu liegen, daß »die Bewegung nun in die rechten Hände kommt«[4]. Dann soll man es nur darauf ankommen lassen, »ob deutsche Truppen einen deutschen Souverän aus seinem Lande verjagen... Es wäre entsetzlich, wenn es dahin käme, daß Herr v. Bismarck unserer Nation wider ihren Willen die Schamröte ins Gesicht jagen dürfte«[5]. Das, was er für unmöglich gehalten hatte, war geschehen. Während Preußen im Innern immer mehr von den Bahnen des Liberalismus abwich, war Treitschkes stete und letzte Hoffnung darauf gerichtet gewesen, daß es durch ein kräftiges Einsetzen für Deutschland seinen alten Namen wieder herstellen möge. Von dieser Seite her mußte Treitschkes aus dem Konflikt erwachsenes Mißtrauen gegen Bismarck sich noch erheblich verstärken. Einen Augenblick hält er seinen Sturz für möglich[6]. Als dann die Truppen der

[1]) An Freytag, 29. Dez. 1863, Briefe II, S. 312.

[2]) An den Vater, 19. Dez. 1863, Briefe II, S. 311.

[3]) Sybel III, S. 192.

[4]) An Freytag, 29. Dez. 1863, Briefe II, S. 312.

[5]) An den Vater, 19. Dez. 1863, Briefe II, S. 311.

[6]) An den Vater, 31. Dez. 1863, Briefe II, S. 314; vgl. Lenz, Bismarck, S. 228f., und Marcks, Wilh. I., S. 238f.

geeinten Großmächte auf der Grundlage des Londoner Protokolls, also scheinbar die Interessen der Nation verachtend, wirklich die schleswigsche Grenze überschreiten, sind die Herzogtümer dem »nackten Verrat« anheimgefallen [1]).

Der Tag, wo Preußens Bataillone zum erstenmal wieder für eine deutsche Sache stritten, bedeutet trotz alledem einen Wendepunkt in Treitschkes Denken. Sein Pessimismus gegenüber Preußen erreicht an diesem Tag seinen Tiefstand in jenem leidenschaftlichen Wort vom »nackten Verrat«. Er steigt bereits in die Geheimnisse der Bismarckschen Gedankengänge herab, wenn er erkennt, daß die Zugrundelegung des Londoner Protokolls für den Augenblick Europa ausschalten wird [2]). Das bleibt doch sehr wesentlich, wenn er auch den daraus erwachsenden Gewinn weniger hoch und anders wertet als Bismarck, der auf dieser Grundlage ein einiges Mitteleuropa herstellte, dessen geschlossenes Auftreten die französische Begehrlichkeit zurückwies [3]). Noch sieht er nur den Rückschlag auf die Nation, die sich von Preußen verraten glaubt [4]). Aber von da an schnellt sein Stimmungsbarometer ruckweise in die Höhe. Am 3. Februar heißt es [5]): »Meine letzte Hoffnung ist, daß die Preußen durch den Krieg weiter getrieben werden, als ihre nichtswürdigen Lenker wollen«. Wie weit man diesen Gedanken schon in der Richtung auf Annexionswünsche hin interpretieren darf, steht dahin. Ganz überraschend klingt es schon am 9. Februar nach der Räumung des Danewerks [6]): »Die Dinge im Norden haben sich rasch und über Erwar-

---

[1]) An den Vater, 20. Jan. 1864, Briefe II, S. 316.

[2]) Ebendort.

[3]) Vgl. Marcks, Otto v. Bismarck, S. 77.

[4]) »In wenigen Jahren werden sich diese Sünden schrecklich bestrafen.« An den Vater, 20. Jan. 1864, Briefe II, S. 316.

[5]) An Zarncke, Briefe II, S. 316, Anm. 4.

[6]) Am 5. Febr.

ten glücklich gestaltet«[1]); und bedeutend stärker am 14. Februar: »Ich habe mich des Überganges über die Schlei aus voller Seele gefreut; es ist heilsam, wenn die Welt erfährt, daß die Preußen trotz alledem das beste Heer in Deutschland haben«[2]). Die heiße Leidenschaft, die ihn an Preußen kettet, und die ihn die ganze Zeit trotz allem nicht hat verlassen wollen[3]), empfängt neue Nahrung. Und sofort beginnt er die Folgerungen aus seinen Betrachtungen zu ziehen. Sobald er in Preußen wieder einen Anknüpfungspunkt findet, fängt er langsam an, vom Nationalverein abzurücken. Er soll die Preußenfeinde unter seinen Anhängern entfernen[4]). Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo »die phantastischen Schreier« die Bedeutung der Macht in der Politik kennen lernen können[5]). Er selbst bekennt sich offen und ehrlich zu diesem Standpunkt: »Wollten die Götter, Schleswig-Holstein würde preußisch, wie unsere Philister hier winselnd versichern!«[6]) Aber das alte Mißtrauen, das der ersten überraschenden Ankündigung preußischen Ehrgeizes begegnet war, regt sich noch[7]). Wie soll man von dieser Regierung die kühne Tat der Annexion erwarten und wie die österreichischen Kompensationsforderungen befriedigen?

Immerhin, es bleibt dabei: der Annexionsgedanke ist hier zum erstenmal klar und unzweifelhaft ausgesprochen. Für den rückschauenden Betrachter erscheint der Umschwung überraschend plötzlich. Wie kam es

---

[1]) An den Vater, 9. Febr. 1864, Briefe II, S. 318.

[2]) An Hirzel, Briefe II, S. 319f.

[3]) »Ich weiß nicht: bin ich verblendet durch die Vorliebe, die mich mit aller Leidenschaft, deren mein Blut fähig ist, an diesen Staat kettet: ich kann Preußen auch jetzt nicht aufgeben.« An Freytag, 29. Dez. 1863, Briefe II, S. 312.

[4]) An Hirzel, 14. Febr. 1864, Briefe II, S. 320.

[5]) Ebendort.

[6]) Ebendort.

[7]) S. o., S. 25; vgl. auch an Hirzel, 21. Aug., Briefe II, S. 338.

dazu? Ist etwa an einen entscheidenden Einfluß von außen her zu denken? Petersdorff[1]) weist schon in diesem Zusammenhang auf Mathy hin, den Treitschke von Leipzig her kannte[2]), wo er in ihm einen gleichgesinnten Vertreter der preußischen Spitze fand[3]). Daß die Beziehungen auch später zwischen Karlsruhe und Freiburg gepflegt wurden, geht aus einem Brief Treitschkes an Freytag hervor[4]). Mathys Stellung zur schleswig-holsteinschen Frage weist allerdings einen ähnlichen Wechsel auf wie die Treitschkes[5]). Ob ihre Beziehungen so eng und ihr schriftlicher oder mündlicher Verkehr so rege war, daß man darauf die Möglichkeit eines direkten Einflusses gründen könnte, ließ sich aus dem mir vorliegenden Material leider nicht feststellen[6]). Aber soviel ist doch wohl sicher: die entscheidenden Gründe entsprangen Treitschkes Denken selbst.

Der erste wurde schon angedeutet. Das preußische Schwert hatte sich durch das Gewirre von Meinungen freie Bahn geschaffen. Das war eine feste Tatsache, an die man sich halten konnte. »Das einzig Wirkliche in all diesem Dunst von Phrasen und Phantastereien, den man deutsche Politik nennt, bleibt trotz alledem Preußen«[7]). Preußen hatte sich nicht von der Nation schieben lassen, es hatte sich über die hadernde Nation hinweg, nur seinem eigenen Staatsinteresse folgend, in den Kampf geworfen und stand nun doch tatsächlich an der Spitze

---

[1]) A. D. B., Bd. 55, S. 281.

[2]) Freytag, Mathy, S. 391; vgl. Treitschke, Mathy, Preuß. Jahrb. 1868, XXI, S. 335f., und an den Vater, 29. Juli 1860, Briefe II, S. 92.

[3]) Preuß. Jahrb., a. a. O., S. 336.

[4]) 27. Dez. 1864, Dove, Freytag und Treitschke im Briefwechsel, S. 37.

[5]) Freytag, Mathy, S. 399; vgl. Preuß. Jahrb., a. a. O., S. 337.

[6]) Über einen möglichen späteren Einfluß Mathys auf Treitschke s. u., S. 116ff.

[7]) An Overbeck, 7. Mai 1864, Briefe II, S. 324.

der Nation, indem es die Herzogtümer von der Schmach der Fremdherrschaft befreite [1]). Daß er dieses wesentlichste Ergebnis des preußischen Siegeszuges anzuerkennen bereit war, darin liegt für ihn die entscheidende Bedeutung dieser Tage. Er fühlt wohl selbst den Umschwung in sich, wenn er an Hirzel bekennt: »Ich bin rasch älter geworden in diesem Winter, der die Unreife unserer öffentlichen Meinung so schrecklich offenbarte« [2]).

Damit berührt er ein neues Motiv. Es ist doch wohl kein Zufall, daß der Annexionsgedanke sich zum erstenmal in einem Briefe findet, der voller Verzweiflung feststellt, daß in solcher Zeit Männer wie Häusser und Bluntschli den Triasgedanken und den Direktoriumsplan aufrecht erhalten wollen. Die Unklarheit der öffentlichen Meinung ist das Abbild und die Folge der politischen Zustände Deutschlands. Seine Erfahrungen in Baden lieferten ihm neue Beweise für seine Auffassung vom Partikularismus. Nur steht es hier umgekehrt wie in Sachsen: »Die Regierung ist vortrefflich, aber das Volk ist sehr unschuldig daran« [3]). In einer Frage von höchster Wichtigkeit sah er die Probe auf sein Exempel gemacht. Auch das mußte ihn zu Preußen zurückführen: »Die Deutschen sind eben das herrlichste Volk von der Welt, um in einem bereits fertigen Staate sittlich und tapfer zu wirken, aber verzweifelt unbrauchbar, wenn es sich darum handelt, durch einen kühnen revolutionären Entschluß einen Staat zu schaffen« [4]).

Damit ist jedoch das frühe Auftauchen des Annexionsgedankens selbst noch nicht erklärt. Aber sobald

---

[1]) »Die beiden Lande sind durch ehrlichen Kampf wieder deutsch geworden; das ist der größte Erfolg, den unsere auswärtige Politik seit 50 Jahren errungen hat«, urteilt er über den Frieden; an den Vater, 30. Aug. 1864, Briefe II, S. 339; vgl. an Hirzel, 21. Aug. 1864, Briefe II, S. 338.

[2]) 19. Mai 1864, Briefe II, S. 326.

[3]) An Klee, 6. Jan. 1864, Briefe II, S. 314.

[4]) An Overbeck, 7. Mai 1864, Briefe II, S. 324.

Treitschke sich auf den Boden der preußischen Wirklichkeit stellte, mußte der Wunsch, die Herzogtümer dem Sieger als dauernden Besitz zu sichern, sich notwendig von selbst einstellen, wie schon oben angedeutet wurde[1]). Preußen, das sich Deutschland erobern sollte, konnte sich nicht hart an seiner Grenze einen neuen zukünftigen Gegner schaffen. Dieser Gedankengang wurde unterstützt durch sein Urteil über den Herzog von Augustenburg selbst. Von einer Hingabe Treitschkes an die Persönlichkeit des Prätendenten kann nie die Rede sein. Er kannte ihn von seiner Studienzeit her als einen wenig bedeutenden Menschen[2]). Aber er begrüßte es als gutes Zeichen, daß er sich mit dem Liberalismus »leidlich zu stellen« wußte, »ohne dessen Hilfe heute auf der Welt nichts ausgerichtet wird«[3]). Damit berühren wir auch bei Treitschke die liberal-doktrinäre Seite des Problems. Der Nimbus des Liberalismus fällt nur zu bald von dem Herzog ab[4]), und nicht nur in diesem Punkt enttäuscht er Treitschke. Seit er erfahren hat, daß der Herzog bereit ist, Schleswig zu opfern, um sich selbst zu halten[5]), weiß er, daß jenen nichts treibt von Begeisterung für die heilige Sache, sondern nur dynastisch-partikularistischer Eigennutz. Ein so geleiteter Kleinstaat in Preußens Flanke war vollends eine Unmöglichkeit.

Es schließt sich von selbst die Frage an: wie steht Treitschke seit diesem beginnenden Umschwung zu Bismarck? Wir wissen heute, daß er ihm in der wesentlichsten Frage schon recht nahe gerückt war. Aber noch hatte Bismarck seine Karten nicht aufgedeckt, und es war für Treitschke unmöglich, die verschlungenen Pfade Bismarckscher Politik zu durchschauen. Er selbst würde

---

[1]) S. 58.
[2]) An den Vater, 31. Dez. 1863, Briefe II, S. 313f.
[3]) a. a. O., S. 314.
[4]) An Weech, 3. Dez. 1864, Briefe II, S. 368.
[5]) An den Vater, 20. Jan. 1864, Briefe II, S. 316.

damals die Zumutung, in Bismarcks Gefolge eingereiht zu werden, empört zurückgewiesen haben. Die Verbitterung der Verfassungskämpfe konnte so rasch nicht überwunden werden. Bis Anfang Februar blickt das verächtliche Mißtrauen gegen den Berliner Ministerpräsidenten immer wieder durch. Er will die Lage noch nicht zu rosig sehen [1]; aber es klingt durch diese Äußerung ein leicht apologetischer Ton, als wolle er sich im voraus gegen Vorwürfe verwahren. Immerhin nötigt ihn der Abschluß der Londoner Konferenz [2] eine indirekte Anerkennung Bismarcks ab: »Das Schicksal eines deutschen Landes auf gut Glück einem fremden Schiedsrichter anzuvertrauen, das ging doch nicht an« [3]. Bismarck hatte es verstanden, sich die Hände freizuhalten. Er hatte nacheinander die möglichen Lösungsversuche vorgeschlagen, indem er sie in meisterhafter Berechnung der gegnerischen Stimmungen stets am Widerstand der anderen scheitern ließ. Schließlich war auch der englische Antrag auf Einberufung einer Art von Schiedsgericht zur Festsetzung der deutsch-dänischen Grenze, was zugleich eine Verlängerung des Waffenstillstandes bedeutet hätte, fehlgeschlagen. Die Entscheidung lag wieder bei den Waffen. Das war es, was auch Treitschke als befreiend empfand: »Soeben erhalten wir die ersten Nachrichten von dem Wiederbeginn der Kanonade im Sundewitt. Ich sehe nicht ab, wie Preußen hätte anders handeln können« [4]. So war auch der Abschluß des Friedens für ihn — wir sahen es schon — ein voller Erfolg, obwohl alle Erwartungen, mit denen Treitschke an den Kampf herangetreten war, bis auf eine unerfüllt geblieben waren. Aber diese eine enthielt das Wesentliche des Erfolges: Die Lande waren wieder deutsch, worauf es auch

---

[1]) An Hirzel, 14. Febr. 1864, Briefe II, S. 320.
[2]) Sybel III, S. 322—349.
[3]) An den Vater, 28. Juni 1864, Briefe II, S. 334.
[4]) An den Vater, 28. Juni 1864, Briefe II, S. 334.

Bismarck zunächst ankam. Es war ein Vertrauensvotum noch wider Willen[1]), aber von hier aus mußte der Weg weiterführen. Treitschke hatte gelernt, in dem Erreichten, frei von vorgefaßter Meinung und Doktrinarismus, das Erreichbare zu sehen.

Werfen wir noch einen kurzen Blick auf den Einfluß der preußischen Siege auf Treitschkes nationale Wünsche. Es konnte nicht ausbleiben, daß sie nach diesem Präzedenzfall weiterschweiften hinüber nach Deutschland. Seine Hoffnung ging schon lange auf »physische Eroberung«[2]) — nun hatte sie neue Nahrung erhalten durch die jüngsten Kriegstaten. Er sah den preußischen Eroberungskrieg in Deutschland nahen[3]), und das Ziel des einigen preußischen Deutschland stand ihm fester als je[4]), wenn er auch den Weg bis dorthin noch nicht klar erblickte[5]).

Die Gedanken über Endziel und Weg der deutschen Einheitsbewegung waren es, die ihn neben und über der Tagespolitik am meisten beschäftigten bei den Vorarbeiten zu seinem größten publizistischen Aufsatz über Bundesstaat und Einheitsstaat.

---

[1]) Vgl. den oben angeführten Brief an den Vater, S. 67, Anm. 1.
[2]) S. S. 6.
[3]) An Nokk, 21. April 1864, Briefe II, S. 322.
[4]) An Hirzel, 19. Mai 1864, Briefe II, S. 326.
[5]) An Overbeck, 7. Mai 1864, Briefe II, S. 324.

Vierter Abschnitt.

Bundesstaat und Einheitsstaat.

Die erste Sammlung historisch-politischer Aufsätze, zu der Treitschke kurz vor seinem Weggang von Leipzig den Plan gefaßt hatte, war ursprünglich ohne Bundesstaat und Einheitsstaat gedacht [1]. Sie sollte statt dessen als weitere Vorarbeit für die deutsche Geschichte eine Untersuchung über das deutsche Beamtentum im 19. Jahrhundert enthalten [2], ein Thema, das Treitschke gleichzeitig für die Freiburger Antrittsvorlesung zu verwerten gedachte [3]. Ganz plötzlich scheint dieser Plan umgeworfen worden zu sein; an Stelle der historischen Betrachtung tritt ein politisches Programm. Es ist wahr, das Motiv Bundesstaat und Einheitsstaat beschäftigte ihn schon lange. Schiemann konnte es in seinen wesentlichen Bestandteilen bis in Treitschkes Probevorlesung in Leipzig im Dezember 1859 zurückverfolgen [4]. Es hatte in seinen Briefen immer wieder angeklungen [5]. Thema und Ausführung seines großen Aufsatzes hat er fast ein Jahr vor

---

[1] An Hirzel, 25. Juli 1863, Briefe II, S. 279.

[2] a. a. O.

[3] An Hirzel, 9. Okt. 1863, Briefe II, S. 301.

[4] Schiemann, S. 130. Leider war mir das dort zugrunde gelegte Material nicht zugänglich.

[5] S. o., S. 50, Anm. 1.

dem Erscheinen[1]) den Hörern seiner Antrittsvorlesung in Freiburg in wenigen großen Strichen skizziert[2]). Er hatte in der Geschichte der Vereinigten Niederlande eine Teiluntersuchung für seine größere Arbeit gewählt und fand in Einleitung und Schluß mühelos den Übergang zu den Fragen, die eben damals im Vordergrund seines Interesses standen. Was hatte gerade in jenen Herbsttagen von 1863 diesen Gedanken zur führenden Stimme verholfen? Treitschke selbst begründet seinen Schritt folgendermaßen: »Der gemütliche Unsinn, der nach dem Frankfurter Fürstentage allüberall geredet wurde, hat mir gezeigt, wie nötig es ist, den Stier bei den Hörnern zu packen und diesem Thema einmal ehrlich ins Gesicht zu sehen, das unter wohlklingenden Phrasen beinahe begraben ist«[3]).

Der Drang nach klarer wissenschaftlicher Einsicht in dieses schwierige Problem wurde also hervorgerufen durch die politischen Ereignisse. Der Plan einer Bundesreform war seit 1859 in immer neuer Gestalt aufgetaucht. Er ging aus von dem Bedürfnis nach einer Neuordnung des Bundeskriegswesens, dessen Schäden die Ereignisse dieses Jahres deutlich offenbart hatten. Preußen machte sich zum Träger dieser Wünsche, während die Mittelstaaten in begreiflicher Selbstwehr jeden Versuch einer erweiterten Machtstellung Preußens oder Österreichs im Keim zu ersticken versuchten. 1862 gingen die Mittelstaaten mit dem Antrag Beust aus der Defensive zur Offensive über[4]), die sich dann zu dem konzentrierten Angriff der deutschen Mittelmächte unter Österreichs Leitung auf dem Frankfurter Fürstentage steigerte. Sein Ergebnis war allerdings überraschend: Während die Mittelstaaten einer endgültigen Lösung auswichen,

---

[1]) Nov. 1864; vgl. an Freytag, 13. Nov. 1864, Briefe II, S. 345.
[2]) Am 19. Jan. 1864, Schiemann, S. 214—216.
[3]) An Hirzel, 9. Okt. 1863, Briefe II, S. 301.
[4]) Sybel II, S. 397 ff.

um aus dem Fortbestand des preußisch-österreichischen Dualismus weiter für sich Nutzen zu ziehen, verhielt sich die national gerichtete öffentliche Meinung keineswegs ablehnend gegenüber den österreichischen Vorschlägen[1]). Sie fand ein Sprachrohr in dem Abgeordnetentag, der gleichzeitig mit dem Fürstentag in Frankfurt am Main sich versammelte[2]). Man hoffte, durch sein moralisches Ansehen einen Eindruck auf die Fürsten machen zu können — also achtundvierziger Politik —, um bei dem Reformwerke dem Volke seinen Anteil zu sichern. Hatte Freytag die österreichischen Reformpläne sehr skeptisch betrachtet[3]), so gelangte die Versammlung doch zu einer halben Anerkennung des österreichischen Entwurfes, die sie durch einen Hinweis auf die äußeren Gefahren und die unhaltbare innere Lage zu begründen suchte. Man berief sich noch einmal auf das bundesstaatliche Programm von 1848, aber nur um es praktisch fallen zu lassen. Denn die Zusatz- oder Gegenvorschläge zu dem österreichischen Programm bedeuteten nichts als eine Legalisierung des Dualismus. Die Schwierigkeit dieser Kernfrage wurde übersehen, aber um so lauter der Ruf nach einer Nationalversammlung erhoben. Man kann es begreifen, daß Treitschke es empfand, als ob die Zeit fünfzehn Jahre stillgestanden hätte. Ganz eigentümlich hebt sich von der energisch ablehnenden Bismarckschen Politik die Haltung der preußischen Abgeordneten in Frankfurt ab. Schulze-Delitsch — auf den Treitschke sich zu Beginn der Konfliktszeit gerade im Hinblick auf die deutsche Frage berufen hatte[4]) — erklärte Preußens Führung in Deutschland einstweilen für unmöglich und fügte Worte über den preußischen Großmachtkitzel hinzu, die auf Treitschke nach den

[1]) Friedjung, Bd. I, S. 56ff.

[2]) Oncken, Bennigsen I, S. 606ff.

[3]) An Bennigsen, 14. Aug. 1863; Oncken, S. 602ff.

[4]) S. o., S. 15f.

erregenden Junitagen[1]) nicht anders als stark ernüchternd wirken konnten.

Der Ausgang des Fürstentages hatte die Abkühlung weiterer Kreise zur Folge. Die Generalversammlung des Nationalvereins am 15. Oktober 1863[2]) fand wieder den Mut, den österreichischen Antrag zu bekämpfen[3]). Aber die Unstimmigkeiten zwischen Nord und Süd ließen es doch nicht zu, daß man die preußische Spitze erneut und mit Nachdruck in das Programm aufnahm. So unterließ man es, den einzigen Weg zu betreten, der zu einer fruchtbaren Politik hätte führen können. Statt vom Boden der Bismarckschen Kritik aus die österreichischen Pläne zu bekämpfen, sprach man dem Minister überhaupt den Willen zu deutschen Reformen ab, da er nur auf den Sturz der konstitutionellen Monarchie sinne[4]). Diese Tagung ist allerdings ein klassischer Beweis für das Wollen und Nichtwollen zugleich, das Treitschke immer wieder zu tadeln fand[5]). Daß man die »Reichsverfassung« vorschob, verbarg nur, daß man in der Tat kein Programm mehr hatte.

Das war der Punkt, von dem Treitschke ausging: die politische Literatur sollte auf die öffentliche Meinung wirken und die Notwendigkeit des Unitarismus zur allgemeinen Überzeugung machen[6]). Die Hoffnung auf die Wirkung seiner Schrift spannt er zunächst nicht hoch[7]).

Entstehung und Tendenz geben der Abhandlung jenen eigentümlich zwiespältigen Grundzug, der allen Schriften Treitschkes anhaftet und den er selbst und voll

[1]) S. o., S. 27 ff.

[2]) Oncken, Bennigsen I, S. 608 ff.

[3]) a. a. O., S. 610, Anm.

[4]) a. a. O., S. 612.

[5]) B. u. E., 1. A., S. 586.

[6]) An Haym, 13. Nov. 1864, Briefe II, S. 348, und an Mommsen, 24. Nov. 1864, Briefe II, S. 365.

[7]) An Freytag, 13. Nov. 1864, Briefe II, S. 345.

bewußt durch das Kennwort »historisch-politisch« treffend bezeichnet hat. Sucht man den Aufsatz näher zu charakterisieren, so ist man erstaunt, zu finden, wie richtig Treitschke selbst ihn beurteilt hat. Droysen gegenüber rechtfertigt er die Art, wie er seinen Stoff behandelt hat[1]. Daß er keine gelehrte staatswissenschaftliche Abhandlung schreiben konnte, lag in der Absicht seines Buches, die ihrerseits wieder eng mit den Anlagen seiner Persönlichkeit verknüpft war, die temperamentvoll und impulsiv nach Auswirkung drängte. Darstellung, Betrachtung und Mahnung werden in eindrucksvollster Weise verknüpft. Treitschke leugnet durchaus nicht, daß sein starkes Empfinden sich der Schrift mitgeteilt hat und — so können wir hinzufügen — ihr Glanz und Glut verliehen hat. »Mein Patriotismus ist vielleicht etwas wärmer als in unserem Klima üblich«[2]. Den guten Freunden gegenüber[3] fügt er noch hinzu, daß er seine Überzeugung offenherzig und schonungslos verteidigt habe. Es war ja auch gar nicht anders möglich, als daß dieser Stoff sich ihm zu einer Bekenntnisschrift großen Stils gestaltete.

Man muß ihm aber auch recht geben, wenn er dem Vater gegenüber betont[4], daß er seine Meinung durch gute Gründe belegt habe. Er hat auf dem engen Raume mit erstaunlicher Gründlichkeit und Umsicht eine Fülle anschaulich-historischen Materials zusammengetragen, dem man die Mühsal der Vorarbeit bei der Dürftigkeit der vorhandenen Literatur nicht mehr anmerkt. Allerdings weist er Unparteilichkeit als unhistorische »blutlose

---

[1]) 22. Nov. 1864, Briefe II, S. 357f.

[2]) An Mohl, 22. Nov. 1864, Briefe II, S. 357; vgl. an Frau Asverus, 20. Nov. 1864, Briefe II, S. 355, und an Waitz, 23. Nov. 1864, Briefe II, S. 361.

[3]) An Hirzel, 21. Aug. 1864, Briefe II, S. 338; an Bachmann, 25. Nov. 1864, Briefe II, S. 366; und an Mathy, 25. Nov. 1864, Briefe II, S. 367.

[4]) 19. November 1864, Briefe II, S. 351.

Objektivität« prinzipiell zurück[1]). Das könnte nun zwar klingen, als ob er seiner eigentlichen Aufgabe nicht gerecht geworden wäre. Die ging ja gerade darauf aus, »den halbverstandenen Vergleichungen mit der Schweiz und Nordamerika oder mit Italien durch ein offenes Verfahren entgegenzutreten«[2]). Man muß ihm zugeben, daß er ehrlich bemüht gewesen ist, »nichts zu suchen, sondern nur zu finden«[3]). Seine Selbstkritik geht so weit, daß er die Befürchtung äußert, unwissentlich die Geschichte konstruiert zu haben. Seine Fehler liegen aber weniger in der Rückschau — wie schon das besonnene Urteil über den Sybel-Fickerschen Streit, den er kurz streift[4]), beweisen kann. Sie stellen sich erst bei der Ausschau ein und berühren nicht den Historiker, sondern den Politiker.

Dem liberal-nationalen Gedanken sollte die Schrift dienen. Sie konnte den Parteicharakter folglich nicht verleugnen. Der Politiker Treitschke lief eine andere Gefahr als der Historiker. Aber der Vorwurf des Doktrinarismus — den er von vornherein abwehrt — trifft ihn kaum, wie noch im einzelnen gezeigt werden wird. Ganz aus den Fesseln der Zeit sich zu lösen vermochte er nicht. Das verleiht dem Aufsatz eine Mittelstellung, die nicht allein Treitschkes politische Entwicklung für jenen Zeitpunkt, sondern auch die politische Strömung der Epoche unmittelbar vor 1866 charakterisiert. In dem radikalen Bekenntnis zu dem preußisch-deutschen Programm ist die Schrift »ein mächtiger literarischer Auftakt«[5]) zu Bismarcks Einigungswerk. Als spezifisch Treitschkesches Werk ist sie getragen von demselben

---

[1]) a. a. O.

[2]) An Haym, 13. Nov. 1864, Briefe II, S. 348.

[3]) An Waitz, 23. Nov. 1864, Briefe II, S. 361.

[4]) B. u. E., 1. Aufl., S. 538.

[5]) K. A. v. Müller, Süddeutsche Monatshefte 1912/13, Bd. X,1, S. 392.

ethischen Idealismus, dem man in all seinen früheren Arbeiten, vornehmlich in der »Freiheit« begegnet. Daher ist auch sein Stil nicht der des systematisierenden Theoretikers; Treitschke tritt als Redner, man möchte sagen als Prediger vor sein Volk: er will die Herzen erobern für die heilige Sache des Vaterlandes [1]).

Der Neubau des deutschen Staates ist für Treitschke eine sittliche Forderung. Der gesamte Volkscharakter, so lautet seine These, ist von der Unzulänglichkeit und der inneren Unwahrhaftigkeit des Bundesrechts ungünstig beeinflußt worden. Die Entwicklung Gesamtdeutschlands hat mit der allgemeinen politischen Grundrichtung des 19. Jahrhunderts, die auf die innere Ausgestaltung des Staates zielt, nicht Schritt gehalten [2]). Für Deutschland bestehen nur Grundzüge einer Verfassung, die ohne jede Berechtigung für die Verfassung selbst erklärt wurden [3]). Sie gewährte der Nation keinen Anteil an der Bestimmung ihres Schicksals, sondern unterstellte sie einem unverantwortlichen Gesandtenkongreß [4]). Deutschlands Zentralgewalt steht also unter den Einzelstaaten, statt über der Nation [5]), so faßt Treitschke wirkungsvoll zusammen. Das einigende Band ist so lose, daß es im Belieben der Einzelstaaten steht, es bald anzuerkennen, bald zu verleugnen [6]). Der Wert des Deutschtums ist dadurch in den Augen der Welt bedeutend gesunken. Und rückwirkend fehlt es der Nation an lebendigem Selbstbewußtsein. Das eigentliche Leben hat sich in den Einzelstaat zurückgezogen [7]), ohne daß in seinen engen Grenzen die Volkskräfte sich hätten voll entfalten

---

[1]) Hist.-polit. Aufsätze, I. Aufl., 1865, S. 444—595.
[2]) a. a. O., S. 463.
[3]) S. 462.
[4]) S. 461.
[5]) S. 461.
[6]) S. 463.
[7]) S. 463.

können. Es mag als Fortschritt zu realistischerem Denken gelten, wenn Treitschke jetzt »in der engeren Vaterlandsliebe« die natürliche Grundlage zu echter Vaterlandsliebe erblickt[1]). Er kommt also der Bismarckschen Auffassung schon bedeutend näher als 1861[2]). Erst der dynastische Partikularismus hat dieses gesunde Gefühl verdorben[3]) und jenen Dünkel großgezogen, der die Ursache ist zu dem in den Mittelstaaten allgemein verbreiteten Preußenhaß. Wir sehen also, daß Treitschke einer sehr viel vertiefteren und auf die Ursachen zurückgehenden Erfassung dieser schwierigen, in das Reich der Unwägbarkeiten hinübergreifenden Frage anstrebt. Aber er sieht doch nur die Schattenseiten eines Systems, das seine Berechtigung durch Jahrhunderte erwiesen hatte und sie — so können wir heute hinzufügen — auch weiterhin erwiesen hat. Er brandmarkt dann den politischen Dilettantismus, der neben der Unfehlbarkeit des eigenen Staates nichts anderes anzuerkennen gewillt ist[4]). Diese Selbstzufriedenheit hat in nationalen Dingen eine Langmut zur Folge[5]), der Treitschke immer wieder die nationale Leidenschaft der Italiener gegenüberstellt. Er betont stark das idealistische Moment des deutschen Nationalgefühls, das erst durch die große Literatur geweckt wurde[6]). Aber in den Massen äußert es sich nur im Nachsprechen von Phrasen und Schlagwörtern bei Versammlungen und Volksfesten. Die gute Wirkung solcher Zusammenkünfte, die Annäherung der verschiedenen Volksteile wird dadurch wieder aufgehoben, daß dieser Scheintätigkeit ohne tatsächlichen Einfluß zu große Bedeutung beigemessen wird. Das sind Gedanken, wie sie schon in

---

[1]) S. 467.

[2]) S. o., S. 38.

[3]) B. u. E., S. 467.

[4]) a. a. O., S. 469.

[5]) S. 468.

[6]) S. 464 f.

Treitschkes Besprechung der Wochenschrift des Nationalvereins begegneten[1]. »Nur durch den Segen eines freien und mächtigen Staatslebens werden alle jene unholden Züge sich verwischen, die heute noch das edle Angesicht des großen Volkes entstellen«[2]. Mit wenigen Strichen fügt er dann die neuen Bürgertugenden des freien Deutschen den sittlichen und gemütlichen Kräften hinzu, die von jeher den Deutschen auszeichneten, um mit einem Aufruf zur Mitarbeit an der nationalen Erneuerung diesen Abschnitt zu schließen. »Die Arbeit der politischen Reform ist in Wahrheit ein Ringen darum, daß dieses Volk sittlich genese, und wer die sittliche Weihe unseres staatlichen Kampfes versteht, wird daran teilnehmen mit jener großen nachhaltigen Leidenschaft, die den Erfolg in großen Dingen verbürgt«[3].

Das Wesentliche der Treitschkeschen Arbeit liegt darin, daß sie der nationalen Arbeit ein festes Ziel wies. Während das Programm des Nationalvereins sich immer mehr verflüchtigte, stellt Treitschke allen Nationalgesinnten ein rücksichtsloses Ultimatum. Das deutsche Volk bedarf einer Verfassungsänderung und hat seit 1848 ein Recht darauf[4]. Wer auch nur die mindeste Besserung der gegenwärtigen Zustände erhofft, muß den unerschütterlichen Entschluß fassen, auch gegen den Willen der Dynastien den Einheitsstaat zu gründen[5]. Dem Nachweis dieser Notwendigkeit gelten die Hauptabschnitte seiner Schrift. Er mußte ihn zunächst durch das negative Verfahren erbringen, indem er die bundesstaatliche Theorie, die einer »starken Partei als Deutschlands natürliche Staatsform« galt[6], ablehnte und dann

---

[1] S. o., S. 42f.
[2] B. u. E., S. 472.
[3] a. a. O., S. 472.
[4] S. 588.
[5] S. 588; vgl. an Mohl, 22. Okt. 1864, Briefe II, S. 357.
[6] S. 474.

aus seiner Begründung die Forderung des Einheitsstaates sich erheben ließ. Er schlägt zu diesem Zweck zwei Wege ein: einmal den der staatsrechtlich-theoretischen Untersuchung und dann den der historischen Betrachtung.

Treitschke beruft sich in dem staatsrechtlichen Teil auf die Autorität von Waitz, dessen Untersuchungen über das Wesen des Bundesstaates [1]) dem Streit über die Begriffe von föderativen Staaten, wie Treitschke meint, ein Ende gemacht haben [2]). Waitz geht aus von einer sehr vorsichtigen Definition des Bundesstaats. Als ein Gemeinwesen, dessen staatliche Arbeitsleistung geteilt ist unter die Gesamtheit seines Volkes und dessen Abteilungen, entspricht der Bundesstaat einer einigen, aber nach Stämmen gegliederten Nation [3]). Dieses Argument wird von Treitschke bezeichnenderweise übergangen. Er überspringt eine eigentliche Definition, um sich sofort dem Verhältnis der Zentralgewalt zu den Bürgern der Einzelstaaten zuzuwenden. Die unmittelbare Beziehung zwischen der Gesamtstaatsregierung und der Nation gilt ihm als das wesentlichste Merkmal des Bundesstaats [4]). Waitz hatte diesen Punkt weniger stark betont [5]). Treitschke mußte ihn zum Ausgangspunkt nehmen, weil er gegen den deutschen Bund als einen nicht genannten, aber nicht aus den Augen verlorenen Gegner seine Waffen führt. In der schwierigen Frage der Souveränität der Einzelstaaten gelangt er zu demselben Ergebnis wie Waitz [6]). Die Souveränität der Einzelstaaten ist nicht aufgehoben, sondern nur in ihrem Umfang beschränkt [7]).

---

[1]) Grundzüge der Politik, 1862, S. 153ff.

[2]) B. u. E., S. 475.

[3]) Waitz, S. 163.

[4]) B. u. E., S. 476.

[5]) Waitz, S. 163 und 168.

[6]) Waitz, S. 166.

[7]) B. u. E., S. 476.

Während Waitz sich dem verfassungsrechtlichen Aufbau des Bundesstaates zuwendet, schiebt Treitschke diese Frage beiseite. Ihm liegt vor allem daran, das Was? klar und deutlich zu erkennen; das Wie? war ihm eine cura posterior. So geht er, im ganzen unabhängig von Waitz, dazu über, Grundsätze über die realen Voraussetzungen eines Bundesstaats aufzustellen. Als erstes Erfordernis führt er die Notwendigkeit fester räumlicher Grenzen an und nützt dies Argument sogleich als Waffe gegen Österreich aus, denn ein Bundesglied mit außerbündischen Landesteilen ist eine Rechtsunmöglichkeit[1]. In Hinsicht der äußeren Politik hält er starke gemeinsame Interessen und Sympathien unter den Bundesgenossen für unerläßlich. Indem er sich dann den innerstaatlichen Verhältnissen zuwendet, steht er vor der schwerwiegenden Frage: Ist ein Bundesstaat aus Monarchien denkbar und möglich?

Waitz war zu einer, wenn auch vorsichtigen Bejahung gekommen[2]. Er war ausgegangen vom Begriff der Souveränität und hatte gefunden, daß die Abgabe von Pflichten das Hoheitsrecht der Fürsten nicht schmälert. Er belegt diese Behauptung durch historische Beispiele, die er aus der Geschichte des alten deutschen Reiches und des Rheinbundes zieht. Selbst in der Unterordnung der Staaten unter ein Bundesgericht sieht er keine Verletzung der Souveränität; er hält daran fest, daß Gesamtstaat und Einzelstaat nicht untergeordnete, sondern nebengeordnete Instanzen sind. Die Hauptschwierigkeit erhebt sich für Waitz erst bei der Frage des Oberhauptes. Sind die Einzelstaaten monarchisch regiert, so muß die Spitze auch monarchischen Charakter haben. Hier liegen aber die verschiedensten Möglichkeiten vor: Wahlmonarchie, Erbmonarchie, Hegemonie eines stärksten Staates.

---

[1]) vgl. Schiemann, S. 215.

[2]) S. 209ff.

Auch diese letzte Lösung weist Waitz nicht zurück. Denn die Einbuße, die der Staat an selbständiger Macht erleidet, wird aufgehoben durch das Prestige, das ihm als führendem Staate zufällt. In einem Schlußsatz kommt Waitz zu der Überzeugung, daß der monarchische Bundesstaat für Deutschland nicht nur möglich, sondern auch in seiner Geschichte begründet ist.

Treitschke faßt die Sache nicht von der abstrakt-staatsrechtlichen Seite an, sondern wendet die Theorie gleich auf die tatsächlichen deutschen Verhältnisse an. Für den rückschauenden Leser ist es leicht, diese Stelle als die schwächste seines Aufsatzes zu bezeichnen. Denn es ist unmöglich, mit Hilfe der Theorie politische Prophezeiungen aufstellen zu wollen. Aber auch hiervon abgesehen entfernt sich Treitschke weit von der durchsichtigen Klarheit der Waitzschen Ausführungen. Man vermißt die strenge Folgerichtigkeit des Aufbaus, während die Ergebnisse nicht ohne innere Widersprüche sind.

Seine Beweisführung baut sich auf folgendem Gedankengang auf: Die Beschlüsse der Zentralregierung eines Bundesstaates kommen nach dem Mehrheitsprinzip zustande [1]). Dies ist ein durchaus demokratischer Grundsatz, dem sich Monarchien schwerlich fügen werden, zumal nicht die deutschen Einzelstaaten, die sich kaum in die lockere Ordnung des Staatenbundes fügen. Zudem ist der Bundesstaat eine sehr verwickelte Staatsform [2]). Volk und Einzelstaaten müssen bei der Zentralregierung vertreten sein. Bei einem Bundesstaat aus Monarchien würde eine Repräsentation der Fürsten nicht zu vermeiden sein. Mit dem Unterbau der einzelstaatlichen konstitutionellen Monarchien würde nach Treitschkes Ansicht eine schwerfällige, nicht regierungsfähige Staatsmaschine entstehen. Wie Waitz betont er stark die

---

[1]) B. u. E., S. 497; vgl. Schiemann, S. 215.
[2]) a. a. O., S. 507.

Schwierigkeiten, die der Einführung des Bundesstaates von Monarchien begegnen würden, indem er den psychologischen Komplex des dynastischen Partikularismus in den Vordergrund schiebt. Er erkennt richtig, daß der Bundesstaat den Monarchien stärkere Opfer auferlegt, als den Demokratien; denn die Abtretung der auswärtigen Angelegenheiten und der wichtigsten militärischen Befugnisse schätzt er als einen viel tiefer einschneidenden Eingriff als Waitz[1]), weil in ihnen allein die fürstliche Macht sich noch in ihrer Vollgewalt unbeschränkt von den Kammern äußert. Hatte Waitz auf den Rheinbund hingewiesen, so hält Treitschke ihm entgegen, daß Napoleons Gegengaben an Kronen und Landgewinn die Einbuße an tatsächlicher Macht völlig aufwogen. Ein freiwilliger Verzicht der Dynastien ist nicht zu erwarten, nur unter dem Druck der preußischen Waffen würde eine solche Neuordnung zu erzwingen sein. Aber Treitschke entzieht dieser Möglichkeit sofort allen Boden. Ein Bundesstaat wird nicht auf der Basis der Gewalt, sondern nur auf der der freien Zustimmung sämtlicher Fürsten gedeihen können[2]). Und dann — mit Treitschkeschem Radikalismus gedacht — wird das deutsche Volk, wenn der Weg der Gewalt eingeschlagen ist, sich mit dem Bundesstaat begnügen?

Treitschke greift dann von den aus der fürstlichen Interessenpolitik erwachsenden Hemmungen auf die aus den Machtverhältnissen der einzelnen Staaten sich ergebenden Schwierigkeiten über. Waitz hatte die Verschiedenheit der Größe für den Bundesstaat geringer bewertet als für den Staatenbund, denn er hält den amerikanischen Grundsatz voller Gleichberechtigung nicht für eine conditio sine qua non des Bundesstaates. Anders Treitschke, der in dem mangelnden Gleichgewicht der Glieder gerade das größte Hemmnis für einen deut-

[1]) B. u. E., S. 500; Waitz, S. 211f.

[2]) B. u. E., S. 498.

schen Bundesstaat erblickt[1]). Die Mediatisierung der kleinsten Staaten, die Waitz vorgeschlagen hatte, weist er als besonders gefährlich zurück, da sie die Rivalität weniger großer Machtkomplexe heraufbeschwören würde[2]). Ausschlaggebend ist das Übergwicht Preußens. Ihm deshalb die Führung im Bundesstaat zu übertragen, erscheint ihm im Gegensatz zu Waitz unmöglich, einmal, weil die rechtliche Gleichheit der Glieder dadurch aufgehoben und dann, weil die Zentralgewalt zur Konkurrentin der Einzelstaaten würde. In diesem letzten Punkt lehnt Treitschke sich stärker als Waitz an die amerikanische Verfassung an[3]).

Auch in diesem Zusammenhang fehlt das ethisch-idealistische Moment nicht. Treitschke glaubt, daß nur die Monarchie den kulturellen Aufgaben gerecht werden kann, wie die moderne Zeit sie vom Staat verlangt. Die Notwendigkeit monarchischer Einrichtungen wird durch die Gesinnung des Volkes unterstützt. Alles das weist auf den monarchischen Einheitsstaat hin. Erst eine allgemeine Demokratisierung in Deutschland würde dem Bundesstaat die Tore öffnen.

Seine Schlußfolgerung ist nicht ohne Gewaltsamkeit: Ist die Lebenskraft der Einzelstaaten so stark, um den Bundesstaat zu sprengen, wie soll man hoffen, sie im Einheitsstaat nivellieren zu können? Die Gewalt, die schon dem Bundesstaat verhängnisvoll werden sollte, mußte dann doch noch ganz andere Gefahren auslösen können, weil der Gegensatz dann nicht mehr auf dem ehrlichen Wege von Staat zu Staat ausgetragen werden kann, sondern der Gegendruck sich nur durch Auflehnung Luft zu machen vermag. Gewiß, 1866 gelang es, Hannover und Hessen zu annektieren, aber auch Sachsen und Süddeutschland waren besiegt und wahrten doch ihr

[1]) Vgl. Schiemann, S. 215.

[2]) a. a. O., S. 513.

[3]) S. 516.

Dasein. Treitschke sollte erfahren, daß sein Grundsatz Staat ist Macht[1]) in Deutschland auch außerhalb Preußens Geltung hatte.

Indem Treitschke dann zu der historischen Betrachtung überlenkt, befindet er sich in höherem Grade als bisher auf seinem eigensten Gebiet. Der historische Beweis, anscheinend jedem leicht zugänglich, vermag in unvorsichtigen Händen eine gefährliche Waffe zu werden. Aus der Betrachtung der historischen Föderationen hatten die Anhänger des Bundesstaates sich ihr Rüstzeug geholt. Hier galt es, Klarheit zu schaffen[2]), ohne daß Treitschke für sich selbst die Schwierigkeiten und Gefahren übersieht, die aus der »Betrachtung historischer Zeitträume in Bausch und Bogen« erwachsen[3]). Das Vergleichsmaterial, um das es sich ihm handelt, schöpft er aus der Geschichte der Schweiz, der Niederlande, der Vereinigten Staaten und Italiens.

Er findet, daß eine föderative Einigung in den Ländern zustande gekommen ist, deren Aufgabe es war, eine Fülle von Gegensätzen, die je nach dem mehr geographisch, national, kulturell, sozial oder politisch gefärbt waren, in einem Staate zu vereinigen. Sie mußten die stark ausgebildete Eigenart der Einzelstaaten berücksichtigen, während sie von ihrer Zentralgewalt weder nach Außen noch nach Innen ein hohes Maß politischer oder kultureller Arbeit verlangten. Für Amerika kommt noch hinzu, daß die Union bei ihrer Gründung mit einer steten Erweiterung ihres Staatsgebietes rechnen mußte. Als charakteristisches Merkmal bündischer Gesinnung erscheint ihm ein partikularistischer Geist, der stärker ist als das Nationalgefühl, verbunden mit der Achtung vor den Rechten des Nachbarstaates, dem »eidgenössischen Rechtssinn«. Wo das Nationalgefühl sich über den Ein-

---

[1]) B. u. E., S. 513.

[2]) An Haym, 13. Nov. 1864, Briefe II, S. 348.

[3]) An Waitz, 23. Nov. 1864, Briefe II, S. 361.

zelstaat zu erheben vermag oder ein Einzelstaat, der Gleichberechtigung spottend, noch Hegemonie strebt — wie in den Niederlanden und in Italien — da führt die Entwicklung notwendig zum Einheitsstaat.

Die Entstehung des jüngsten Nationalstaates interessiert ihn — wie sich schon aus den früheren Aufzeichnungen zeigen ließ[1]) — in besonders hohem Maße: Nicht ohne tiefe Bewegung der Seele vermag der deutsche Patriot bei jenen Kämpfen zu verweilen[2]). Mit liebevoller Sorgfalt zieht er die Parallelen zwischen der deutschen und italienischen Geschichte[3]), ohne die Unterschiede zu übersehen: der Tiefstand der Kleinstaaterei und die Fremdherrschaft[4]) raubten dem italienischen Partikularismus die innere Berechtigung, während Piemont, durch seine Lage weniger auf sich selbst ruhend als Preußen, sich selbst für die Einheit Italiens opfern konnte.

Treitschke findet immerhin in keiner der untersuchten Entwicklungen so viele Vergleichspunkte mit der deutschen Geschichte wie in der italienischen. Von den auf dem Selvgovernment ruhenden Föderationen der Schweiz und Nordamerikas ist Deutschland durch die dynastischen Grundlagen des Bundes weit getrennt[5]). Das theoretisch-formalistische Element spielt also in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Als wichtigsten Teil seiner Aufgabe galt es nun, aus der deutschen Geschichte die herrschenden Tendenzen abzulesen. Das ausgehende Mittelalter und die folgenden Jahrhunderte kannten neben den monarchischen Bestrebungen der Habsburger mancherlei föderative Versuche[6]), die immer

---

[1]) S. o., S. 49f.

[2]) B. u. E., S. 573.

[3]) a. a. O., S. 574—577.

[4]) S. 578—580.

[5]) B. u. E., S. 539.

[6]) a. a. O., S. 539—543; vgl. Schiemann, S. 215; aus dem Vergleich ergibt sich, daß bei Schiemann, S. 215, Z. 22, statt »feudalen« zu lesen ist »föderalen«.

wieder von rein partikularistischen Tendenzen durchkreuzt werden[1]). Sie triumphieren 1815 bei der Gründung des deutschen Bundes[2]). Seitdem hat der Föderalismus von zwei verschiedenen Seiten neue Antriebe empfangen. Österreich sucht ihn für seine absolutistischen Zwecke auszubeuten, während andererseits die konstitutionelle Partei ihn in ihr Programm aufgenommen hat[3]). Drei dauernde und entscheidende Richtungen löst er aus diesen verworrenen und sich kreuzenden Richtungen ab[4]). Die schärfere Abgrenzung Deutschlands gegen das Ausland, die wachsende Selbständigkeit der Einzelstaaten und die stete Verminderung ihrer Zahl. So richtig diese Beobachtung ist, so schwierig war die Aufgabe, aus ihr Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Der erste Punkt bedeutet nichts anderes als die allmähliche Nationalisierung, die der Verstaatlichung vorausgehen mußte und erst ein Anrecht auf sie verleiht. Aber Punkt zwei und drei weisen durchaus nicht in einer Richtung, sie enthalten einen klaren Gegensatz: der Vorteil durch die geringere Zahl der Einzelstaaten wird durch den Nachteil ihrer größeren Selbständigkeit aufgehoben. Diesen Gegensatz übersah Treitschke, obwohl er verschiedentlich betont und anerkennt, daß Leben und Leistungsfähigkeit nur in den Einzelstaaten gesucht werden könne[5]). In der Herausarbeitung einzelner kraftvoller Gebilde erblickt er nicht eine Stärkung des partikularistischen Elements, sondern gerade die entscheidende unitarische Tendenz der deutschen Geschichte[6]). Diese Beurteilung nimmt nach allem, was er bisher über diesen Punkt gesagt hat[7]), nicht wunder. Die Förderung

---

[1]) S. 544.

[2]) S. 545.

[3]) u. [4]) S. 546.

[5]) S. 454 und S. 546f.

[6]) S. 549.

[7]) S. o., S. 34ff.

einer unsittlichen Politik, die dem Heile Deutschlands entgegenarbeitete, konnte unmöglich das Ziel der deutschen Geschichte sein: darin liegt die eigentliche Erklärung für seine überraschende Schlußfolgerung. Er sei in der Nähe des sächsischen Hofes zum Unitarier geworden, bekennt er an Mommsen[1]. Die seit 1803 legalisierten Annexionsbestrebungen sind im Grunde der Ausfluß einer monarchischen Eroberungslust[2]. Treitschke muß allerdings zugeben, daß sie im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts wieder abgenommen haben. Doch entkräftet er diesen Einwurf durch das offensichtliche Mißtrauen der Dynastien in ihren eigentlichen Bestand[3]. »Unsere Geschichte wird nur ihrem Charakter treu bleiben, wenn sie . . . auf irgendeinem Wege die Revolution des Jahres 1803 erneuert«[4].

So schließt sich ihm die Kette der Beweise auch von der historischen Seite her. Der Einheitsstaat ist das Ziel, für das er sich nun mit aller Wärme und Leidenschaft einsetzt[5]. Wie sehr der Unitarismus seine eigene Überzeugung war, braucht nach allem früher Gesagten kaum noch hervorgehoben zu werden. Die Begleitbriefe zur ersten Auflage der Aufsätze unterstreichen zudem sein unitarisches Bekenntnis in unzweideutiger Weise[6]. Man muß diese starke Hingabe an den unitarischen Gedanken hervorheben, um den hohen Grad realpolitischer Einstellung zu erkennen, wenn Treitschke selbst auf die Möglichkeit einer bundesstaatlichen Lösung hinweist. Der Einheitsstaat bleibt durchaus sein Ideal, aber er verkennt nicht, daß eine Änderung der deutschen Verfassung

---

[1]) 24. Nov. 1864, Briefe II, S. 365.

[2]) B. u. E., S. 549.

[3]) a. a. O., S. 550.

[4]) S. 551.

[5]) S. 594.

[6]) An Hirzel, 5. Dez. 1863, Briefe II, S. 309, und 5. Juli 1864, Briefe II, S. 336; an Freytag, 13. Nov. 1864, Briefe II, S. 345; an Waitz, 23. Nov. 1864, Briefe II, S. 361.

nur im Kampf mit der Wirklichkeit heraufgeführt werden kann. »Ob die kleinen Kronen mit geminderter Souveränität erhalten bleiben: das wird abhängen von der Haltung der Dynastien und von dem Gange der Ereignisse, den keines Sterblichen Auge voraussehen kann«[1]. Er beutet diesen Gedanken lebhaft aus: »Die unerschöpfliche Fruchtbarkeit der Geschichte spottet jeder Voraussicht. Nicht die Logik ist das höchste Gesetz im Leben der Völker«[2]. Wie Deutschland den sozialen Gegensatz zwischen Adel und Bürgertum, den konfessionellen zwischen Protestantismus und Katholizismus hat ertragen können, so würde sich auch sein Staatsleben vielleicht in Widersprüchen weiter entwickeln können[3]. Die Form eines solchen Staates vermag er sich allerdings nicht vorzustellen[4]. Aber er geht in der realpolitischen Richtung sogar so weit, seine staatsrechtlich-theoretischen Erörterungen[5] umzustoßen. Vielleicht gelingt der Monarchie als dem Proteus unter den Staatsformen sogar die Einführung in bündisches Wesen, obgleich es ihrem Wesen zu widersprechen scheint[6]. Aus den gleichzeitigen Briefstellen geht allerdings hervor, daß Treitschke die bundesstaatliche Lösung nicht nur für schwierig, sondern auch für »gebrechlich« hielt[7]. Er will also eine Art Zwischenstufe ansetzen, die schließlich doch zum Einheitsstaat führen soll. Er schwächt damit den Sinn der entsprechen-

---

[1]) B. u. E., S. 589.

[2]) a. a. O., S. 589; vgl. an Mohl, 22. Nov. 1864, Briefe II, S. 357.

[3]) B. u. E., S. 589.

[4]) B. u. E., S. 589.

[5]) S. o., S. 82f.

[6]) B. u. E., S. 589f.; vgl. Waitz, S. 209, der ähnlich äußert, daß der Bundesstaat als Staatsform nicht der Ausdruck für eine einzelne historische Erscheinung, sondern mannigfacher Ausgestaltung fähig ist.

[7]) An Häusser, 23. Nov. 1864, Briefe II, S. 362; vgl. an Sybel, 24. Nov. 1864, Briefe II, S. 361, Anm. 1.

den Stelle in Bundesstaat und Einheitsstaat unverkennbar ab, obwohl er ausdrücklich betont, daß er keine Winkelzüge habe machen wollen [1]). Die Heranziehung der Briefstellen ist noch in anderer Hinsicht lehrreich. Nur Mohl, Häusser und Sybel gegenüber unterstreicht er noch einmal die bundesstaatliche Lösung. Den Freunden — Hirzel, Freytag und Haym — gegenüber erwähnt er davon kein Wort. Im Gegenteil, er betont in diesen vertraulichen Schreiben die Unmöglichkeit einer monarchischen Föderation [2]), sieht im Einheitsstaat das Ziel der deutschen Entwicklung [3]) und nennt sich einen »radikalen Unitarier« [4]). Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß hier ein Spalt klafft zwischen Treitschkes Denken und Hoffen, man möchte sagen, zwischen Denken und Glauben. Die Ehrlichkeit seines Denkens und die Abneigung gegen Doktrinarismus zwangen ihn, an der bundesstaatlichen Lösung nicht vorbeizugehen. Aber Temperament und Empfinden trieben ihn weit darüber hinaus und ließen ihn rücksichtslos allem entgegentreten, was sich dem erhofften unitarischen Deutschland entgegenstellte.

Der Auseinandersetzung mit den fables convenues des Partikularismus gilt das erste seiner einleitenden Kapitel. Er leuchtet in alle Schlupfwinkel hinein, aus denen der Partikularismus sich Stützen für die Rechtfertigung seines Daseins hervorsuchte. Er brandmarkt nicht ohne Hohn die großartige Geste, mit der der Partikularismus sich als Erhalter des europäischen Gleichgewichts aufspielt [5]), und fügt gerade in diesem Punkt den Anhängern des Bundes das größte Unrecht zu. Denn wirklich hat die neue Großmacht die alte Mächtegruppierung auseinandergesprengt, wie unsere Tage es erfahren

---

1) An Mohl, 22. Nov. 1864, Briefe II, S. 357.
2) An Hirzel, 5. Juli 1864, Briefe II, S. 336.
3) An Freytag, 13. Nov. 1864, Briefe II, S. 345.
4) An Haym, 13. Nov. 1864, Briefe II, S. 348.
5) B. u. E., S. 448.

mußten. Die fieberhaft gewaltige Entwicklung Deutschlands konnte Treitschke allerdings nicht voraussehen[1]. — Die deutsche Gesinnung des Partikularismus ist durch eine Genügsamkeit gekennzeichnet, die sich in den Schlagwörtern »organische Entwicklung« und »Einigkeit statt Einheit«[2] spiegelt. Sie dienen nur den Dynastien als Schutzwehr, die sich unter dem Schilde der Legitimität gegen jede Neuerung verwahren möchten. Drohend erhebt er gegen sie den Satz, daß der Glaube an das Gottesgnadentum der Fürsten schwinde[3]. Das bedeutet keinen Abfall von dem monarchischen Gedanken, den er bisher hochgehalten hatte, sondern nur ein Bekenntnis zu einem moderneren Staatsrecht. Denn an anderer Stelle leitet er aus den Forderungen des Kulturstaates noch einen langen Fortbestand der Monarchie ab[4].

Wollte der Partikularismus in der Dezentralisation nur den Vorteil der Mannigfaltigkeit des politischen Lebens erblicken[5], so hält Treitschke ihm ihre Schäden entgegen. Von den »entsittlichenden« Wirkungen des Partikularismus handelt er in einem besonderen Kapitel[6]. Die Briefe betonen noch besonders die Gefahren des liberalen Partikularismus[7], der die landschaftlichen Vorurteile und jene Selbstzufriedenheit nährt, welche die großen politischen Leiden des Volkes nicht erkennen will[8]. Daher die schwache nationale Gesinnung der Massen[9], denen er die Glut der patriotischen Hingabe

---

[1]) S. u., S. 98.

[2]) B. u. E., S. 449.

[3]) a. a. O., S. 447.

[4]) S. o., S. 84.

[5]) B. u. E., S. 452.

[6]) S. o., S. 77.

[7]) An Mohl, 22. Nov. 1864, Briefe II, S. 356; an Klee, 23. Nov. 1864, Briefe II, S. 360; an Häusser, 23. Nov. 1864, Briefe II, S. 362.

[8]) B. u. E., S. 460.

[9]) a. a. O., S. 586; vgl. an Overbeck, 7. Mai 1864, Briefe II, S. 324; und an Hirzel, 11. Mai 1864, Briefe II, S. 326.

der Italiener einhauchen möchte. Die reale Macht der Einzelstaaten wird nicht verkannt. Heer und Staatsgewalt schützen das verhängnisvolle Werk der Höfe[1]). Deshalb werden sie Gegenstand nicht nur des geistigen, sondern auch des realen Kampfes sein. Treitschke nimmt hier all die Motive wieder auf, die verstreut in den früheren Äußerungen begegneten[2]). Nie wird der Einzelstaat die größten Schäden, die aus der Vergangenheit herrühren, austilgen können: Junkertum und konfessionellen Hader[3]). Nicht die Berufung auf Stammesunterschiede vermag den Einzelstaat zu retten[4]). Preußen hat die Möglichkeit friedlicher Verschmelzung und Durchdringung verschiedener Volksteile erwiesen. Nur aus der partikularistischen Gesinnung heraus ist es zu erklären, daß weite Kreise sich mit dem wirtschaftlichen Band des Zollvereins oder mit dem des deutschen Geisteslebens begnügen wollen[5]). Treitschke will in beiden nichts als grade eine Mahnung zu staatlicher Einheit sehen.

Das war die Märchenwelt des Partikularismus. Schärfer und rücksichtsloser geht er mit dem außerdeutschen Gegner ins Gericht. Die Trennung von Österreich wird als erste Bedingung zur deutschen Einheit gefordert. Gefühlspolitische Einwände schiebt er einfach beiseite. Scharf zeichnet er die Trennungslinie, die das halb slawische Österreich in kultureller, nationaler und politischer Hinsicht von Deutschland trennt[7]). Treitschke führt auch hier seine Begründung bis auf die letzten sittlichen Wurzeln zurück. Der Kaiserstaat strebte in Deutschland nach

---

[1]) B. u. E., S. 459.
[2]) S. o., S. 34ff.
[3]) B. u. E., S. 470.
[4]) a. a. O., S. 458f.
[5]) a. a. O., S. 450f.
[6]) S. 491.
[7]) S. 482ff.; vgl. an Haselberg, 19. Nov. 1863, Briefe II, S. 291.

Rechten, ohne Pflichten auf sich nehmen zu wollen[1]). Österreich vermag das Eingeständnis nicht über seine Lippen zu bringen, daß es um einen verlorenen Posten ringt[2]). Denn seine geographische Entwicklung wie seine historische Konsolidierung führen es auf den Weg nach Osten. Treitschke zeigt der österreichischen Politik den Weg, den Bismarck ihr ebenfalls gewiesen hat[3]): in politischer Hinsicht schiebt er ihr die Balkanfrage zu, in kultureller die Versöhnung des Deutschtums mit der halb orientalischen Bildung[4]). Treitschke versucht auf diese Weise, den Großdeutschen seine Forderung als im Vorteile Österreichs liegend annehmbar zu machen. Für die innerpolitischen Schwierigkeiten des Donaustaates zeigt er viel Verständnis und ein treffendes Urteil[5]). Aber ein Fehler steckt doch in seiner Gedankenreihe. Wenn er es dem zahlenmäßig schwachen Deutschtum in Österreich zum Vorwurf macht, daß »es die hochgesitteten Länder des Westens« nicht zu halten vermochte[6]), wie sollte es sich dann, des reichsdeutschen Rückhalts beraubt, der slawischen Flut erwehren können? Die Tragik dieser Trennung entging ihm.

Soweit die Widerstände in gefühlspolitischen Momenten oder in Schlagworten sich erschöpften, wollte Treitschke ihnen durch die Offensive des Wortes begegnen. Soweit eine reale Macht dahinterstand, mußte der Kampf, das war ihm schon immer klar gewesen[7]), auch auf dem Boden der Wirklichkeit ausgefochten werden. Die Initiative kann nur bei Preußen liegen, nicht beim Bundestag[8]). Preußens eigene Interessen, zumal

[1]) B. u. E., S. 488f.
[2]) B. u. E., S. 487.
[3]) Sybel II, S. 449f.; Lenz, S. 156f.
[4]) B. u. E., S. 482f.
[5]) a. a. O., S. 480f.
[6]) S. 482.
[7]) S. o., S. 48.
[8]) B. u. E., S. 572.

sein provisorischer Besitzstand, weisen es nach Deutschland hinüber. Drei Wege stehen ihm dafür offen, die Treitschke aus den Grundsätzen der friedrizianischen Politik ableitet und also für Preußen legitimiert. Das ist einmal die Forderung, eine kühne auswärtige Politik auf die jeweils beste Verfassung des Landes zu stützen. Damit stempelt er die preußische Verfassungsfrage zu einer Machtfrage, nicht in dem Sinne, daß Krone und Volksvertretung um die Gewalt im Staate ringen, sondern als Machtfrage in der Rückwirkung auf die äußere Politik. Das war der Gesichtswinkel, unter dem er den Konflikt von Anfang an betrachtet hatte [1]). Als Ziel eines allerdings noch langen Weges schwebt ihm auch hier der Parlamentarismus vor [2]), doch nimmt er der parteipolitischen Forderung ihr doktrinäres Gepräge. Erhaltung von Zucht, Frieden und Eintracht schiebt er in den Vordergrund, während er von den extremen Fortschrittlern abrückt [3]). — Die Herstellung der Verfassung ist also ein Mittel für moralische Eroberungen, auf die er auch jetzt nicht verzichten will. Wie schon in dem ersten Bericht aus München [4]), begründet er ihre Notwendigkeit in dem deutschen Idealismus, der sich vor der Macht als solcher nicht beugt [5]). Durch Fürsorge für Handel, Schiffahrt und Heerwesen, durch die Vertretung der deutschen Interessen in Europa soll Preußen seine Berufung zur nationalen Führung erweisen.

Doch kann dies alles nur ein werbendes Vorbereiten sein für die Hauptarbeit, die der dritte der friedrizianischen Grundsätze verlangt: völlige Selbständigkeit der auswärtigen Politik. Eine Auseinandersetzung auf dem Wege der Macht ist unvermeidlich. Nicht umsonst

---

[1]) S. o., S. 10.
[2]) B. u. E., S. 564.
[3]) a. a. O., S. 564.
[4]) S. o., S. 46.
[5]) B. u. E., S. 568.

beschwört er das Vorbild Italiens [1]). Er wendet die Grundlinien seines Befreiungskampfes auf die veränderten Verhältnisse in Deutschland an. Aber einen großen Unterschied stellt er von vornherein fest. Nicht mit Hilfe des Auslands darf sich die deutsche Einheit vollziehen. Er wendet sich mit dieser Abwehr gegen denselben Gegner, den Bismarcks geschmeidige Kunst immer wieder zurückzudrängen verstand. Auch Treitschke wollte die Einheit nicht auf Kosten des linken Rheinufers gewinnen. Wohl aber ist es wahrscheinlich, daß Preußen die nächste europäische Krisis benutzen wird, um die große Schicksalsfrage zu stellen: Preußen oder Österreich? [3]) Er rechnet damit, daß eine deutsche Volksbewegung die preußischen Waffen unterstützen wird, um den Widerstand der Dynastien zu brechen [4]). Ohne das deutsche Volk oder gar gegen das deutsche Volk kann er sich den Einigungsprozeß nicht vorstellen. Deshalb betont er dieses Moment, obwohl er einsieht, daß einstweilen mit dem Nationalbewußtsein noch wenig zu rechnen ist [5]). Darum erwartet er die Erfüllung seines Wunsches noch nicht in absehbarer Zeit. Für die Auseinandersetzung mit Österreich scheut er nicht zurück vor Plänen kühnster Realpolitik, wie Bismarck sie 1866 wahrmachen sollte. Kommt es zum Kampfe, so täte Preußen gut, sich mit den inneren Feinden Österreichs zu verbünden [6]). — So wenig Treitschke in der staatsrechtlichen Frage doktrinär sein wollte, so wenig will er für die Einigung nur einen Weg sehen. Die Erhaltung der Kronen, also die bundesstaatliche Lösung, würde durch den großherzigen Entschluß der Dynastien, sich freiwillig Preußen unterzu-

---

[1]) a. a. O., S. 448, 504, 573, 583, 586.

[2]) a. a. O., S. 447 und 583.

[3]) B. u. E., S. 564 u. 572.

[4]) a. a. O., S. 504, 565, 572, 589.

[5]) S. 566.

[6]) S. 494f. Vgl. o. S. 48.

ordnen, möglich sein[1]). Er geht sogar so weit, daß eine freiwillige Angliederung wünschenswerter sei als die Annexion[2]). Aber er meint, daß auch sie nur unter dem Zwang der Not erfolgen kann und deshalb in ihrem Ergebnis einen Stachel zurücklassen würde, der dem neuen staatlichen Gebilde verhängnisvoll werden könnte[3]). So bleibt seine letzte Losung, die seiner Überzeugung am meisten entspricht, daß Eroberung dem Geist der deutschen Geschichte am meisten entsprechen würde[4]).

In diesem Zusammenhang muß Treitschkes Stellungnahme zur schleswig-holsteinschen Frage in Bundesstaat und Einheitsstaat überraschen. Dem Gedanken, der ihn seit den ersten preußischen Waffenerfolgen beherrscht hatte, daß durch Preußen »ein seit Jahrhunderten erstrebtes Ziel unserer nationalen Politik glücklich erreicht[5]«) sei, gibt er allerdings auch hier Ausdruck. Er hält ebenfalls der augustenburgischen Partei entgegen, daß ein kleines, selbständiges Herzogtum die nationalen, wirtschaftlichen und militärischen Aufgaben an so gefährdeter Stelle unmöglich erfüllen kann[6]). Aber so unnatürlich es ihm selbst scheint, nachdem er eben noch die Annexionspolitik verfochten hat, er findet, daß die Nation jetzt mit aller Kraft ringen muß, um einen neuen Thron zu allen andern zu schaffen[7]). Warum hält er vor dem Forum der öffentlichen Meinung mit der Annexionsforderung zurück? Er habe den Partikularismus nicht ohne Not reizen wollen, erläutert er im Dezember zu Wehrenpfennig[8]), weil er die Ausführung der Anglie-

---

[1]) S. 504.
[2]) S. 587.
[3]) S. 504.
[4]) S. 589.
[5]) B. u. E., S. 569.
[6]) a. a. O., S. 514.
[7]) S. 571.
[8]) 14. Dez. 1864, Briefe II, S. 370.

derung noch für unmöglich gehalten habe. Die Gründe dafür lassen sich aus Bundesstaat und Einheitsstaat entnehmen. Er fürchtet die Unsicherheit der preußischen Politik bei den unklaren inneren Verhältnissen. Wird Preußen unter solchen Umständen seine Eroberung behaupten können?[1]) Das ist das alte Mißtrauen gegen den Reaktionsminister. Daneben tritt noch ein Bedenken von der nationalen Seite her. Nicht schrittweise, sondern mit einem Schlage soll Preußen die deutsche Frage lösen. Erst die zweite Auflage orientiert näher über dieses Bedenken[2]). Hinter einer langsamen Arrondierungspolitik lauert das Gespenst der »Mainlinie«. Eine Vergrößerung Preußens im Norden würde den Süden unrettbar an Österreich und Frankreich ausliefern[3]). Das ist noch Achtundvierziger Politik, der »kühnen Griffe«. Man fühlt, wie gerade an dieser Frage sich entscheiden mußte, ob Treitschke das reale Preußen dem imaginären Deutschland opfern wollte. Bundesstaat und Einheitsstaat ist ein letzter Haltepunkt, ein retardierendes Moment, ehe die Ereignisse den Zwiespalt in ihm lösen.

Die Aufgaben des neuen Staatswesens leitet er von der sittlichen Grundforderung ab, die er gleich zu Beginn aufgestellt hatte[4]). Er faßt die Kulturaufgaben des Staates sehr weit. Fürsorge für das Bildungswesen, Gründung einer deutschen Akademie, einer deutschen Nationalkirche, Neuordnung des rechtlichen Verhältnisses der römischen Katholiken zur Kurie, Vereinheitlichung des Rechts, alles dies weist er der zukünftigen Staatsgewalt als unerläßliche Maßnahme zu. — Die wirtschaftlichen Aufgaben sind ihr durch den Zollverein vorgezeichnet; sie wird seine Arbeit durch die Vereinheitlichung des Beamtentums vereinfachen und fördern. — Eine

---

1) B. u. E., S. 564 und 570.

2) Hist.-pol. Aufs., 2. Aufl., 1865, S. 581ff.

3) B. u. E., S. 571f.

4) S. o., S. 77.

tatkräftige auswärtige Politik muß sich auf ein straff zentralisiertes Heerwesen stützen können. Im europäischen oder gar weltpolitischen Rahmen gesehen, erwartet er zunächst von Deutschlands Zukunft nicht viel. Das Ziel, Deutschland zu einer »angesehenen deutschen Macht, welche, geachtet aber nicht herrschend, Anteil nimmt an dem Weltverkehr«[1]), zu erheben, ist ihm genug. »Eine Großmacht im stolzesten Sinne kann dies Deutschland in jener Spanne Zeit, die das gegenwärtige Geschlecht zu überblicken vermag, nicht werden«. Den ehrgeizigen Machtgedanken, wie er ihn für Preußen aufgestellt hatte, will er für Deutschland anscheinend nicht in Anspruch nehmen.

Einen Verfassungsentwurf stellt Treitschke leider nicht auf, ein Beweis mehr, wie wenig er dem Problem von der theoretisierenden Seite her nahte[2]). Lag es schon in der Richtung seines unitarischen Zieles, daß er über das Gagern-Dahlmannsche Programm von 1848 hinausstrebte, so spricht er dies jetzt offen aus[3]). Er benutzt den Frankfurter Entwurf geradezu, um die Unmöglichkeit des monarchischen Bundesstaats darzutun[4]). Trotzdem erscheint ihm diese Verfassung, wenn sie folgerichtig sein will, noch ein Glied zu entbehren. Kommt es zu einer bundesstaatlichen Lösung, so wird man die Dynastien bei der Zentralgewalt nicht übergehen können. Treitschke führt Jahn und Bunsen als Kronzeugen von Achtundvierzig für seinen Vorschlag an. Er verwirft eine derartige Fürstenvertretung als den Gipfel der Verwirrung für Deutschlands Gestaltung,[5]) aber der Vorschlag zeigt uns doch, wie viel psychologischer Scharfblick und realpolitische Berechnung in ihm steckten, daß er die Notwendigkeit, die Dynastien, denen er so heftige Fehde angesagt hatte,

---

[1]) B. u. E., S. 466.
[2]) Vgl. Schiemann, S. 216.
[3]) S. 505ff.
[4]) S. 507.
[5]) S. 507.

zu Mitträgern der Einheit zu machen, bis zu einem gewissen Grade einsah. Indem er eine solche Möglichkeit als notwendig bezeichnete, baute er sich selbst eine Brücke, die von seiner unitarischen Idealwelt in die Wirklichkeit hinüberführte. — Das Reichsministerium möchte er — den Aufgaben des Kulturstaates entsprechend — durch ein Kulturministerium ergänzt sehen[1]). Wichtiger ist eine Einschränkung auf einem anderen Gebiet des Gagernschen Programms: es soll von den ultrademokratischen Bestimmungen gereinigt werden[2]). Also eine deutlichere Absage an das allgemeine Stimmrecht noch als 1861[3]). An das Bild von der Verfassung des Einheitsstaates, wie er es in jenem Jahre in flüchtigen Strichen entworfen hatte, muß hier noch einmal erinnert werden, um das Ganze vollständig zu machen. Treitschke hat es klug vermieden, in seiner Werbeschrift den Streit um die Form neu zu entfachen. Er stellt das Wesentliche voran: den Willen zum Neubau. Diesen galt es zu wecken. Wessen es bedurfte, das war Einmütigkeit. In dieser Tendenz liegt der sittliche Kern von Treitschkes Natur, die Stärke seines Pathos und die werbende Kraft seiner Schrift.

---

[1]) a. a. O., S. 510.
[2]) S. 505.
[3]) S. o., S. 52f.

Fünfter Abschnitt.

Die Wendung zu Bismarck.

Der Wiener Friede hatte nur einen Zwischenzustand geschaffen. Der Gemeinbesitz der beiden siegreichen Großmächte an den Herzogtümern konnte nicht von Dauer sein. Wie aber sollte man teilen? Oder sollte man verzichten zugunsten eines Dritten? Oder sollte einer allein die Beute erhalten? Treitschke hatte sich für die letzte Möglichkeit entschieden, und er hielt daran fest. Ist aber die Annexion möglich? Zunächst zweifelt er noch daran. Der Herzog und die öffentliche Meinung in Schleswig und vor allem Österreich scheinen unüberwindliche Schwierigkeiten aufzutürmen [1]). Erst nach dem Abzug der Bundestruppen aus Holstein [2]), der den beiden Mächten die volle Bewegungsfreiheit gibt, schöpft er neuen Mut [3]). Bisher war die Treitschkesche Annexionsforderung noch auf den deutsch-nationalen Ton gestimmt; jetzt klingt zum erstenmal das reine preußische Machtinteresse an. »Preußen hat genug getan für die Lande, es soll endlich an sich selber denken, die verbissene, verbitterte, unklare öffentliche Meinung getrost vor den

---

[1]) An Weech, 3. Dez. 1864, Briefe II, S. 368; und an Wehrenpfennig, 14. Dez. 1864, Briefe II, S. 370.

[2]) Am 5. Dez. 1864; Sybel IV, S. 32—43.

[3]) An Wehrenpfennig, a. a. O.

Kopf stoßen und mit dem Eroberten so verfahren, daß es für Deutschland nicht wieder verloren geht«[1]).

Es bedurfte nur eines kleinen Anstoßes, um Treitschke in den öffentlichen Kampf der Meinungen hineinzureißen. Er verließ die hohe Warte des Gelehrten, um sich in das Getümmel der Tagespolitik zu stürzen. Seine schriftstellerische Tätigkeit trat damit in einen neuen Abschnitt. Die rasche Äußerung zu den brennenden Fragen des Augenblicks lag seinem Temperament entschieden mehr als die mühseligere Arbeit des sammelnden und betrachtenden Historikers.

Der Heidelberger Historiker Ludwig Häusser hatte in einer trotz der Waffenerfolge angesichts der unklaren politischen Lage etwas pessimistisch gestimmten Silvesterbetrachtung für die Herzogtümer die Einsetzung des Augustenburgers gefordert und vor preußischen Annexionen durch Hinweis auf die Mainlinie gewarnt. Er führte als Kronzeugen seiner Ansicht Treitschkes Äußerungen in Bundesstaat und Einheitsstaat an[2]), obwohl er wußte, daß Treitschke bereits in das Lager der Annexionisten übergegangen war[3]). Es entsprach Treitschkes impulsiver Natur, einen Versuch, ihn auf einer preisgegebenen Ansicht festzunageln, sofort zurückzuweisen. Die Herausforderung bewirkte genau das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigte. Das anfängliche Schwanken Treitschkes in der Annexionsfrage, wie es aus dem Vergleich zwischen den Briefen und Bundesstaat und Einheitsstaat erhellt, ist nun zu Ende. Mit jener schönen Ehrlichkeit, der man bei Treitschke immer wieder begegnet, gesteht er ein, daß Häusser ihn auf einem inzwischen erkannten Irrtume ertappt habe. Die Klärung der eignen Ansichten — deutlich vorbereitet, wie die Briefe erweisen — tritt nun auch öffentlich

---

[1]) An Freytag, 27. Dez. 1864, Briefe II, S. 375.

[2]) Preuß. Jahrb. 1865, XV, S. 101.

[3]) An Hirzel, 11. Febr. 1865, Briefe II, S. 380.

hervor. Zugleich bedeutet das Bekenntnis zu einer preußischen Interessenpolitik die beginnende Abkehr von der liberalen Partei — zunächst allerdings nur auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Die Entgegnung an Häusser, am 15. Januar 1865 niedergeschrieben, wurde in den Preußischen Jahrbüchern veröffentlicht[1]), mit deren Herausgeber Haym er im November des vergangenen Jahres die alten Beziehungen wieder angeknüpft hatte[2]). Die Preußischen Jahrbücher hatten bisher das Selbstbestimmungsrecht der Herzogtümer verfochten[3]). Treitschke lenkte sie nun aus dem liberalen in das preußische Fahrwasser hinüber[4]). Er selbst tritt jetzt an die Spitze des Kampfes für eine preußisch-Bismarcksche Politik. Der Abstand gegen Bundesstaat und Einheitsstaat ist gewaltig. Aber zwischen der Niederschrift des großen unitarischen Bekenntnisses und der »Lösung der schleswig-holsteinschen Frage« lag der Friede, der mit dem Londoner Protokoll endgültig aufgeräumt und die Annexion aus dem Gebiet idealer Wünsche in den Bereich der praktischen Erfüllbarkeit gezogen hatte. Die in jenem Briefe an Freytag[5]) angeführten Gründe, die ihn zum Annexionisten gemacht hatten, führt er nun weiter aus.

Die Rechtsfrage des Augustenburgers gilt ihm zwar noch als unbestreitbar, aber das positive Recht hat vor dem Wohl Deutschlands zu weichen. Ein Kleinstaat ist den inneren und äußeren Aufgaben des Landes nicht gewachsen. Die partikularistisch-dänenfreundliche Haltung des Herzogs kommt hinzu. Zwischen den zwei übrigen Lösungsmöglichkeiten wählt er unbedingt die Annexion. Denn die bundesstaatliche Unterordnung,

---

[1]) Die Lösung der schleswig-holsteinschen Frage, 1865, XV, S. 169—187; jetzt Deutsche Kämpfe, II. Aufl., S. 8—26.

[2]) 13. Nov. 1864, Briefe II, S. 347ff.

[3]) Preuß. Jahrb. 1865, XV, S. 84, Anm.

[4]) Bandmann, S. 25.

[5]) S. o., S. 100f.

indem sie das Bundesrecht verletzt, ist ebenso revolutionär wie die Annexion, die das Prinzip der Legitimität durchbricht. Allerdings, die Annexion darf nicht durch Abtretungen an Österreich erkauft werden. Die Schwierigkeiten der Lage werden auf jeden Fall von Preußen die volle Entwicklung seiner Kraft verlangen. Eine solche Anstrengung wagt ein Staat aber nur, wenn er reale Vorteile in Aussicht hat[1]). Treitschke warnt vor Doktrinarismus nach drei Seiten hin: weder darf das Legitimitätsprinzip, noch das Selbstbestimmungsrecht der Herzogtümer[2]), noch schließlich der deutsche Bundesstaat ein Dogma der nationalen Partei sein. Auf die deutsche Frage hinüberlenkend, zieht er die Konsequenz aus der Annexionsforderung, indem er auch die schrittweise Vergrößerung Preußens ins Auge gefaßt sehen will. Sie wird Preußen durch das Gebot der Selbsterhaltung aufgezwungen[3]). Das ist ein bedeutsamer Fortschritt gegen den Standpunkt, den er noch in Bundesstaat und Einheitsstaat vertreten hatte[4]), als er voll kühnem Idealismus die deutsche Einheit wie durch einen Zauberschlag im Märchen herbeigeführt zu sehen wünschte. Nicht ohne Bewegung liest man seine Abschiedsworte an die romantischen Ideale seiner Jugend[5]). Er lernte in jenen Tagen, daß das Wunder im politischen Leben keinen Platz hat, sondern daß jeder Fortschritt durch Arbeit und Mühe langsam erkauft werden muß. Soweit vertritt er ganz den realistischen preußischen Standpunkt, aber die Furcht vor dem Gespenst der Mainlinie hat er noch nicht ganz überwunden: es wird Aufgabe der Patrioten

---

[1]) Deutsche Kämpfe, S. 23.

[2]) Damit wendet er sich gegen die gesamte liberale Presse; s. Bandmann, S. 24—29; vgl. an Zarncke, 20. März 1865, Briefe II, S. 388.

[3]) Deutsche Kämpfe, S. 25.

[4]) S. o., S. 96f.

[5]) Deutsche Kämpfe, S. 24.

sein, zu sorgen, daß Preußen dereinst nicht am Main stehen bleibt. Das klingt anders als die harte Ablehnung in Bundesstaat und Einheitsstaat[1]). Es ist bei aller Folgerichtigkeit der Entwicklung nicht ganz ohne Ironie, daß Treitschke sich mit dieser weitherzigeren Auffassung offenbar auch gegen Häusser wendet, der mit denselben Gründen gegen die Mainlinie geeifert hatte, wie Treitschke sie in Bundesstaat und Einheitsstaat anführte[2]). Das Schicksal der Herzogtümer liegt jetzt allein in der Hand der Großmächte, denen sie die Befreiung von fremdem Joch verdanken. Noch ist sein Vertrauen in die Energie des Berliner Kabinetts nicht groß[3]). Immerhin, er bekennt sich hier zum erstenmal namentlich zu Bismarcks auswärtiger Politik[4]), wenn auch diese Anerkennung durch eine Randbemerkung über die innere Lage noch bedingt und abwartend gefärbt ist.

Das wichtigste Ergebnis liegt darin, daß Treitschke die schleswig-holsteinsche Frage immer klarer als reine Machtfrage betrachten lernt. Die Briefe, die sich mit der Entgegnung an Häusser befassen, lassen die Abwendung von Doktrinarismus und die schon angedeutete Loslösung vom nationalen Liberalismus[5]) noch deutlicher erkennen. In richtiger Erkenntnis der Lage urteilt er, daß die schleswig-holsteinsche Frage ein rechter Prüfstein für die guten Preußen und die »Kyffhäuser-Phrasenhelden« wird[6]). In seinen temperamentvollen Optimismus verfallend meint er zwar, daß mindestens

---

[1]) S. o., S. 97.

[2]) Preuß. Jahrb. 1865, XV, S. 100f.

[3]) Deutsche Kämpfe, S. 26.

[4]) Die »durch rasches Handeln jene ratlose Zagheit verscheucht hat, die wie ein Alp auf Preußen lastete«. Deutsche Kämpfe, S. 25.

[5]) S. o., S. 67.

[6]) An Reimer, 14. Febr. 1865, Briefe II, S. 383f.; vgl. an Hirzel, 11. Febr. 1865, Briefe II, S. 380: »Eine Puppe der Partei zur rechten Zeit mit einem Fußtritt zu beseitigen — zu diesem heilsamen Jesuitismus können sich die Liberalen nicht entschließen.«

die Hälfte der denkenden Deutschen für die Annexion sei, es aber nur nicht auszusprechen wage, da die entgegengesetzte Parole einmal ausgegeben sei[1]). Er verlangt staatsmännische Erkenntnis der Konjunkturen und kühnes Zugreifen. »So sind die Deutschen! Mit schönen Worten schwärmen sie wohl für Deutschlands Einheit. Gilt es aber, das Glück bei der Locke zu fassen und ein schönes Grenzland für Preußen zu gewinnen, dann schrecken sie zurück«[2]). Deshalb fordert er, daß die einsichtige liberale Presse für die Annexion eintritt[3]). Er verfolgt dabei offenbar den Zweck, der Berliner Regierung den Rücken zu stärken[4]). Denn er fürchtet, daß die Haltung des Abgeordnetenhauses eine energische Politik nicht fördern wird.

Der Aufsatz über die Lösung der schleswig-holsteinschen Frage hatte in der Presse großes Aufsehen erregt[5]). Treitschke antwortet auf die Entgegnungen summarisch, indem er einen Aufsatz des Leipziger Professors Biedermann in der Allgemeinen Deutschen Zeitung zum Anlaß nimmt[6]). Die Verquickung der schleswig-holsteinschen Frage mit einem gefühlspolitisch-nationalen Element lehnt er jetzt ausdrücklich ab[7]). Zugleich schüttelt er den Rest von doktrinärer Betrachtungsweise ab, der ihn in Bundesstaat und Einheitsstaat noch gefangen gehalten

---

1) An Overbeck, 21. Febr. 1865, Briefe II, S. 385; vgl. an Weech, 13. Febr. 1865, Briefe II, S. 383, Anm. 3, und an Hirzel, 11. Febr. 1865, Briefe II, S. 380.

2) An Frau Asverus, 11. Febr. 1865, Briefe II, S. 381.

3) An Freytag, 13. Febr. 1865, Briefe II, S. 382.

4) An Hirzel, 11. Febr. 1865, Briefe II, S. 380.

5) An Hirzel, 11. Febr. 1865, Briefe II, S. 379; und an Weech, 13. Febr. 1865; a. a. O., S. 383, Anm. 3.

6) Herr Biedermann und die Annexion; datiert vom 22. Febr. 1865. Grenzboten 1865, I, S. 394—398. Jetzt: Deutsche Kämpfe, II. Aufl., S. 27—32; vgl. an Overbeck, 21. Febr. 1865, Briefe II, S. 386.

7) Deutsche Kämpfe, S. 30.

hatte. Er will durchaus nicht nur als radikaler Unitarier gelten — wie oft hatte er sich selbst so bezeichnet! — und weist deshalb noch einmal mit Nachdruck darauf hin, daß er selbst schon die Möglichkeit einer bundesstaatlichen Ordnung angedeutet hatte[1]). »Ich weiß, daß viele Wege nach Rom führen; ich weiß, daß nicht die Logik das höchste Gesetz im Leben der Völker bildet«[2]). Das ist realpolitische Bescheidung und realpolitische Klugheit. Diese Erkenntnis der nationalen Partei einzuhämmern, diesem Zwecke gilt seine aufklärende Arbeit. Man zieht unwillkürlich die Parallele zu dem berühmten Briefwechsel zwischen Bismarck und Gerlach.

Die ungeklärte und unhaltbare politische Lage war zunächst nicht dazu angetan, ihn rascher und fester an die Seite Bismarcks zu ketten. Im Gegenteil, die Folgezeit beleuchtet erst, wie unsicher und welchen Schwankungen unterworfen die Position noch war, die er soeben vor der Öffentlichkeit eingenommen hatte. Er hält zwar an der Annexion als einer Notwendigkeit fest, aber sein Urteil über sie erfährt doch noch einmal eine leise Umbiegung. Diese läßt sich zurückführen auf den Einfluß der Mommsenschen Annexionsschrift[3]), deren Empfang Treitschke am 16. April[4]) bestätigt. Mommsen ist durchaus Gegner der gewaltsamen Angliederung, die nach der Art, wie diese Maßnahme eingeleitet wurde, nicht nur den Charakter der Brutalität, sondern auch der Perfidie in sich tragen würde[5]). Auch möchte er in einer solchen Lösung durchaus keinen Präzedenzfall für die deutsche Einigung erblicken[6]). Die Frage des Selbstbestimmungsrechtes rückt er in ein besonderes günstiges Licht, wenn

---

[1]) S. o., S. 88ff.

[2]) Deutsche Kämpfe, S. 30.

[3]) Die Annexion Schleswig-Holsteins, Berlin 1865.

[4]) Briefe II, S. 390.

[5]) Die Annexion, S. 13.

[6]) a. a. O., S. 12.

er meint, es sei für ein Land eine Zumutung, unter den herrschenden Verhältnissen preußisch zu werden [1]). Er erhofft dagegen den freiwilligen Anschluß der Herzogtümer an den preußischen Staat. Im Ziel stimmt er also mit Treitschke genau überein, in den Mitteln gehen ihre Ansichten auseinander. Die Schrift berührte in Treitschke den Ethiker und Liberalen zugleich. Es ist klar, daß das Werk eines geborenen Schleswig-Holsteiners und eines ihm so hochstehenden Fachgenossen seinen Eindruck nicht verfehlen konnte. Die Nachwirkung ist unverkennbar, weniger darin, daß Treitschke jetzt seine eigene Annexionsschrift »unverschämt« im Ton nennt [2]), als darin, daß er den Charakter der Annexion selbst anders bewertet. »Sie wäre ein schweres Unglück, niemand darf sie wünschen«, heißt es in dem Antwortbrief an Mommsen [3]). Das klingt anders, als der begeisterte Ausruf über »die schönste und gerechteste Tat der deutschen Politik seit der Gründung des Zollvereins« [4]) vom Dezember. Noch im September spricht er Mohl gegenüber von dem »Jammer der Annexionspolitik« [5]). Bis in die Schrift, die er in denselben Tagen abschloß [6]), lassen sich diese Spuren verfolgen. Trotzdem läßt er sich nicht eigentlich aus seiner Bahn herausdrängen. In ausdrücklichem Gegensatz zu Mommsen hält er auch die gewaltsame Annexion für eine glückliche Befreiung des Landes aus einer unerträglichen Zwitterstellung. Auch die verhängnisvolle Wirkung auf die deutsche Frage schiebt er zurück, indem er noch einmal auf die schrittweise Vergrößerung Preußens hinweist [7]).

---

[1]) a. a. O., S. 27.

[2]) An Hirzel, 18. April 1865, Briefe II, S. 391, Anm.

[3]) Am 16. April, Briefe II, S. 392; vgl. o., S. 96.

[4]) An Wehrenpfennig, 14. Dez. 1864, Briefe II, S. 370.

[5]) Am 27. Nov. 1865, Briefe II, S. 416.

[6]) Die Parteien und die Herzogtümer, 23. Sept. 1865; s. u., S. 111 ff.

[7]) Er führt hier das auch in Bundesstaat und Einheitsstaat, 2. Aufl., S. 583, erwähnte Beispiel Kurhessens an, das möglicher-

Sein Verhältnis zu Bismarck wurde durch diese Frage nur insoweit berührt, als seine einmal gewonnene realpolitische Einstellung hätte gefährdet werden können. Es wurde schwerer bedroht durch die innere Politik Preußens während der Landtagssession von 1865. Die Verhandlungen über den Haushaltsvoranschlag von 1865 hatten zu lebhaften Auseinandersetzungen über den Militäretat geführt[1]). Die Gegensätze platzten wieder scharf aufeinander; die Konservativen forderten eine Oktroyierung des Etats[2]), und der Finanzminister wiederholte die Lückentheorie. Es ist auffallend, wie diese Debatten den Liberalen in Treitschke sofort in den Vordergrund schieben. Er beeilt sich, der Regierung ein Mißtrauensvotum auszusprechen[3]); vollends der Fall Virchow war eine starke Belastungsprobe für jemand, der begann, die auswärtige Politik Bismarcks zu verteidigen[4]). »In Berlin sündigen die Könige und die Achäer um die Wette«[5]). Aber das Abgeordnetenhaus erfährt doch noch schärfere Kritik als die Regierung; es richtet sich moralisch selbst zugrunde[6]). »Die Herren auf der Linken sind zuerst Parteimänner, dann erst Preußen«[7]). Damit zeichnet er

---

weise einmal Preußen als Befreier von seiner »unverbesserlichen« Dynastie ins Land rufen wird, um sich dann annektieren zu lassen. In einem Nachsatz deutet er dann aber darauf hin, daß die endgültige Lösung der deutschen Frage auf weniger friedlichem Wege zustande kommen wird. An Mommsen, 16. April 1865, Briefe II, S. 391 f.

[1]) Löwenthal, S. 236—241.

[2]) Löwenthal, S. 240.

[3]) An Overbeck, 21. Febr. 1865, Briefe II, S. 386.

[4]) Bismarck forderte Virchow wegen einer angeblich seine Wahrhaftigkeit verletztenden Äußerung zum Zweikampf. Löwenthal, S. 252 ff.

[5]) An Hirzel, 24. Juni 1865, Briefe II, S. 403.

[6]) An Busch, 13. Juni 1865, Briefe II, S. 401; vgl. an Nokk, 21. Juni 1865, Briefe II, S. 402.

[7]) An Reimer, 14. Febr. 1865, Briefe II, S. 383.

zugleich den Weg, den seine eigene Entwicklung gegangen war. Er sieht noch einmal die Möglichkeit einer Revolution drohend aufsteigen [1]); aber sie ist für ihn jetzt nicht mehr eine heilsame und erwünschte Lösung. »Gott erhalte den König!« heißt es einen Monat früher [2]). »Mit der Thronbesteigung des Kronprinzen erleben wir gewiß ein Zurückweichen des Starken, während jetzt das Standhalten mindestens möglich bleibt.« Die Festigkeit der Regierung ist also für ihn der ausschlaggebende Faktor geworden. — Wie hatte sich ihm die Lage seit dem Sommer 1863 verschoben! [3]) Revolution und eine schmachvolle Abdankung des lückenbüßenden Königs schienen damals allein Preußen für Deutschland retten zu können. Inzwischen hatte Schleswig-Holstein in der Tat als Prüfstein gedient zwischen Worten und Taten: jetzt war Treitschke schon so weit, um den Konfliktskönig dem liberalen Kronprinzen vorzuziehen. Fast mit höhnischer Schadenfreude sieht er zu, wie das Abgeordnetenhaus sich jeden Einfluß entwinden läßt. Als hemmender Faktor für Bismarcks auswärtige Politik schaltet es aus [4]). Denn in seiner realistischen Auffassung bleibt er unbeirrt, was in diesem Zusammenhang besonders hervorgehoben zu werden verdient. »Indessen wollen wir unsere Schuldigkeit tun und auf die Gefahr hin, für Söldlinge Bismarcks zu gelten — diesen phrasendreschenden Kyffhäuserdeutschen immer wieder zeigen, daß wir die Einheit über alles setzen müssen, wenn anders aus dem Vaterland noch etwas werden soll« [5]).

Bismarcks Plan, den schleswig-holsteinschen Landtag als Mittel zu einer friedlichen Verständigung zu berufen, erfüllt Treitschke allerdings mit lebhaftem Miß-

[1]) An Hirzel, 24. Juni 1865, Briefe II, S. 403.
[2]) An Weech, 15. Mai 1865, Briefe II, S. 397.
[3]) S. o., S. 28f.
[4]) An Busch, 13. Juni 1865, Briefe II, S. 401.
[5]) An Overbeck, 21. Febr. 1865, Briefe II,S. 386.

trauen[1]). Seine Befürchtungen über eine halbe Lösung der Annexionsfrage steigen wieder[2]). Dann jedoch kommt ein Ereignis, das ihn in seinen Ansichten wesentlich befestigte. Das Urteil der preußischen Kronjuristen über das Erbrecht des Augustenburgers gelangte zu einem durchaus negativen Ergebnis. Damit hatte der Herzog jeden Anspruch auf Unterstützung durch die liberale Presse verwirkt[3]). Als selbstverständliche Folge steigen Treitschkes Annexionshoffnungen sofort wieder, trotz der Aussicht auf »manchen Wechsel von Furcht und Hoffnung«[4]). In dem immer heftiger werdenden Notenduell zwischen Berlin und Wien gab es, so schien es, jetzt nur noch zwei Möglichkeiten; Annexion oder für Preußen ein neues Olmütz. So sieht Treitschke voll Spannung der Gasteiner Zusammenkunft entgegen. Er erwartet von ihr eine endgültige Lösung, die er sehr charakteristisch begründet: »Wir brauchen eine vollendete Tatsache, denn die Nation ist krank bis ins Mark«[5]). Der Gasteiner Vertrag schuf statt dessen ein neues Kompromiß: Preußen und Österreich teilten die Beute. Trotzdem findet er bei Treitschke sofort vollste Billigung. Er greift also das Wesentlichste heraus: Preußen war nicht zurückgewichen, sondern fest geblieben. Schreitet es auf diesem Wege weiter, so wird auch die Annexion noch möglich[6]). Das mußte seinem »verbismarckten Herzen« — wie er schon im Mai geschrieben hatte[7]) — erhöhtes Zutrauen zu dem preußischen Staatsmann geben, der Preußen einen neuen Erfolg gegen den gewichtigsten Gegner einer nationalen Politik errungen hatte. »Der große Sieg

[1]) An Busch, 1. Mai 1865, Briefe II, S. 394; vgl. Sybel IV, S. 108 ff.

[2]) An Hirzel, 7. Mai 1865, Briefe II, S. 396.

[3]) An Blum, 20. Mai 1865, Briefe II, S. 397 f.

[4]) An Nokk, 20. Mai 1865, Briefe II, S. 398, Anm. 1.

[5]) An Hirzel, 30. Juli 1865, Briefe II, S. 407.

[6]) An Hirzel, 30. Aug. 1865, Briefe II, S. 410.

[7]) An Hirzel, 7. Mai 1865, Briefe II, S. 395.

Bismarcks«[1]) rechtfertigte sein bisheriges Durchhalten trotz aller Schwankungen in überzeugendster Weise und konnte ihn in der eingeschlagenen Richtung nur wesentlich bestärken.

In dieser Lage mußten ihn die maßlosen Angriffe, die Freytag in den Grenzboten[2]) gegen die Bismarcksche Politik richtete, besonders treffen. Freytag hatte die Politik Bismarcks in Bausch und Bogen verurteilt. Er bedauerte, durch die gewaltsame Entfernung des Herzogs besonders gereizt, daß Preußen seine günstige Position nach dem Friedensschluß nicht besser zur Überbrückung der inneren Schwierigkeit benutzt habe. Freytags persönliche Rechtfertigung gegenüber Treitschke[3]) hielt daran fest, daß nur mit Hilfe des Liberalismus die deutsche Einheit erreicht werden könne. Er nennt Bismarcks Politik leichtfertig und glaubt, daß sie nur durch das Militärkabinett in Schranken gehalten wird. Treitschke fühlt sich veranlaßt, gegen Freytag auch öffentlich Stellung zu nehmen[4]). Die Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und dem ihm so nahe und so hoch stehenden Freunde brachte ihn dazu, den Gegensatz zwischen der Bismarckschen Politik und der seiner Gegenspieler für sich selbst klar zu formulieren: »Die Parteien und die Herzogtümer«[5]) sind eine glänzende Rechtfertigung der Bismarckschen Leistungen des verflossenen Halbjahres. Die Februarbedingungen[6]), gegen deren Anerkennung Bismarck einen selbständigen Staat unter dem Augustenburger zulassen wollte, waren ein durchaus loyales Programm; Treitschke hätte sie nur noch schärfer gewünscht[7]). Daß der Herzog

[1]) An Hirzel, 30. Aug. 1865, Briefe II, S. 410.

[2]) 1865, III, S. 193—199.

[3]) Dove, Freytag und Treitschke, S. 54ff.

[4]) An Busch, 1. Aug. 1865, Briefe II, S. 407.

[5]) Vom 23. Sept. 1865, Preuß. Jahrb. 1865, XVI, S. 375—401; jetzt: Deutsche Kämpfe, II. Aufl., S. 33—59.

[6]) Sybel IV, S. 49ff.

[7]) Deutsche Kämpfe, S. 36.

sie ablehnte, beweist einen solchen Grad von Unklugheit, daß ihm füglich alle moralische Unterstützung der Nation entzogen werden sollte. Zudem ist er der letzten Stütze, die ihn noch halten konnte, beraubt worden. Treitschke hatte wenigstens das formale Recht des Augustenburgers bisher noch anerkannt, wenngleich bereit, nötigenfalls darüber hinwegzuschreiten. Nach dem Gutachten der preußischen Kronjuristen, wir sahen es schon [1]), kommt der Herzog nun für ihn nicht mehr in Frage. — Den Vorwurf, daß Preußen der Entscheidung der Nation vorgegriffen habe, weist er zurück. »Wo ist Deutschland?« fragt er dagegen. Der Staat, der »im jüngsten Kriege unser Arm und unser Haupt zugleich war«, ist der berufene Vertreter der nationalen Interessen [2]). Es blieb Preußen kein anderer Weg, als zu versuchen, den ungeklärten Verhältnissen durch Verhandlungen mit Österreich ein Ende zu machen. Der Gasteiner Vertrag, so wiederholt er auch hier [3]), ist ihm ein voller Erfolg [4]), weniger, weil er, wie er es für Bismarck war, eine diplomatische Niederlage Österreichs ist, als weil er Preußen in Schleswig freie Hand läßt für nationale Arbeit. Das ist ihm wichtiger als der Bruch der alten verfassungsrechtlichen Bestimmung, die beiden Lande auf ewig ungeteilt zu lassen, die er selbst erst so hoch gehalten hatte [5]). Also auch auf dem Gebiete der Verfassungsfrage strebt er über den Rechtsformalismus hinaus, allerdings erblickt er die nächste Aufgabe darin, daß der alte »Stolz des Landes, das up ewig ungedeelt« [6]), wieder hergestellt werde, also im Sinne einer späteren Vereinigung der beiden Lande unter Preußen. Er weicht

---

1) S. o., S. 110.
2) Deutsche Kämpfe, S. 37 f.
3) Vgl. o., S. 110.
4) Deutsche Kämpfe, S. 54.
5) S. o., S. 58.
6) Deutsche Kämpfe, S. 55.

gegen seine Stellung vom Januar unter dem Einfluß der Mommsenschen Annexionsschrift[1]) in einem Punkte zurück, wenn er hofft, daß ein hochherziger Entschluß der Stände sie vor gewaltsamer Einverleibung bewahren möge. Mehr Realität aber und für ihn selbst doch wohl auch mehr innere Wahrscheinlichkeit hat eine Auseinandersetzung mit Österreich auf dem Wege der Macht. Preußen täte am besten, die in Österreich nach dem Sturze Schmerlings und dem Aufleben der nationalen Kämpfe infolge der Aufhebung der unionistischen Verfassung von 1861 herrschende innere Krise[2]) für seine guten Zwecke auszubeuten. Allzu optimistisch glaubt er, daß die österreichische Politik der Mittelstaaten im Ernstfall der Furcht vor Preußen unterliegen wird. Auch die Schwierigkeiten in der auswärtigen Politik schlägt er nicht sehr hoch an. Von Italien erwartet er zum mindesten moralische Unterstützung, wodurch eine französisch-österreichische Koalition verhindert werden soll. Er hofft auf Rußlands Dank für die verständige preußische Haltung während des polnischen Aufstandes. Das bedeutet eine nachträgliche Billigung der erst so verkannten Politik Bismarcks Rußland gegenüber[3]). Schon damals hatte er allerdings nicht als Liberaler sich für die Polen erwärmt, aber aus dem Mißtrauen, das die Konfliktszeit erzeugt hatte, hielt er eine leichtfertige kriegerische Lösung der inneren Schwierigkeiten für möglich. Jetzt beginnt er, die groß angelegten Pläne Bismarcks zu durchschauen; er beschränkt sich also nicht darauf, die letzten Leistungen Bismarcks anzuerkennen, sondern auch seiner Politik in der Vergangenheit gerecht zu werden.

So ist sein Bekenntnis zu Bismarck jetzt durchaus positiv. »Graf Bismarck ist der frivole Abenteurer nicht, wofür man ihn einst ausgab. Seine auswärtige Politik

---

[1]) S. o., S. 106f.

[2]) 30. Juli 1865. Friedjung I, S. 133; vgl. o., S. 95.

[3]) Vgl. o., S. 54.

verfolgt ein ernstes Ziel, sie darf schon jetzt einiger Erfolge sich rühmen, sie hat gerechten Anspruch auf unbefangene Würdigung«[1]). Die Formulierung ist vorsichtig abgestimmt auf seine Leser, aber der Inhalt ist doch deutlich genug. Voller und wärmer ist der Ton in der persönlichen Erwiderung an Freytag[2]), wo man schon geneigt ist, die Einschränkung mit einem Fragezeichen zu versehen: . . . »so wähle ich Bismarcks Seite; denn er kämpft für Preußens Macht . . . Ich würde eher mit einem Ministerium Gerlach gehen, als daß ich wie Herr Frese zum Landesverräter würde[3]) . . . Ein Bewunderer Bismarcks bin und werde ich nicht, obwohl ich . . . ihn und seinen Keudell höher achte, als Sie zu tun scheinen. Seine auswärtige Politik halte ich für Pflicht zu unterstützen.« Wenn er Freytag zunächst noch darin beistimmt, daß er die Mittel der Bismarckschen Politik als »unsittlich« verwirft[4]), — sobald er sie an ihren Zielen mißt, und mit denen der Opposition vergleicht, wirft er auch dieses Vorurteil ab: »Neben solchen Feinden erscheint mir die Bismarcksche Politik nicht bloß verständig, sondern auch sittlich. Sie will, was uns nottut«[5]). Mehr als diese direkten Zugeständnisse besagt seine eigene politische Einstellung.

Er hatte die erste Kunst aller Politik gelernt, das Ziel von den Mitteln zu trennen. Man kann das Ziel fest im Auge behalten, aber über die Frage der Mittel »muß es erlaubt sein, bei veränderten Umständen anders zu denken«[6]). Darin liegt durchaus keine Inkonsequenz. denn: »Die Konsequenz besteht nicht darin, daß in alle Ewigkeit A sagen muß, wer einmal A gesagt hat: man

---

[1]) Deutsche Kämpfe, S. 52.
[2]) 1. Okt. 1865, Briefe II, S. 418.
[3]) Löwenthal, S. 262.
[4]) An Hirzel, 30. Sept. 1865, Briefe II, S. 416.
[5]) An Frau Brockhaus, 1. Okt. 1865, Briefe II, S. 421.
[6]) Deutsche Kämpfe, S. 49.

soll sich das Herz fassen, zur rechten Stunde B zu sagen«[1]). Damit hatte er für sich einen festen und sicheren Schritt voran gewonnen — aus der Verteidigung heraus. Wie der Aufsatz ihm während der Arbeit wuchs[2]), so steigerte sich auch die Klarheit seines Bekenntnisses, als er zwischen dem Liberalismus und Bismarck zu wählen hatte.

Der Nationalverein erfährt die schärfste Kritik. Er hat sich selbst zugrunde gerichtet, als er den einzigen positiven Satz seines Programms, die preußische Spitze, fallen ließ[3]). Dem Frankfurter Abgeordnetentag[4]) stellt Treitschke eine vernichtende Prognose. Denkt jener mit nichts als Worten Eindruck zu machen auf zwei Großmächte?[5]) — Kann Treitschke das Verhalten des Nationalvereins noch mit der »entsittlichenden Wirkung des Partikularismus« entschuldigen, das Verhalten des preußischen Abgeordnetenhauses ist dagegen rein unverzeihlich. Der preußische Liberalismus ist in die schlimmste politische Kinderkrankheit zurückgefallen, die den Mann über die Sache stellt[6]). Er hat seine nationalen Aufgaben ganz und gar vergessen, als er über die Frage der Februarbedingungen überhaupt zu keinem Entschluß kam[7]). Er sieht aus dieser Verwirrung vorerst noch keinen Ausweg. Von einer Demütigung der Krone ist jedoch keine Rede mehr[8]). So strebt er wohl einen ehrlichen Kompromiß an. Der Erwerb der Herzogtümer soll »den ersten Keim bilden für die Versöhnung des Volkes und der Krone«[9]). Die Schuldfrage, wenn man von einer solchen

[1]) Deutsche Kämpfe, S. 53.
[2]) An Busch, 1. Okt. 1865, S. 407, und daselbst Anm. 2.
[3]) Oncken, Bennigsen I, S. 651 f.
[4]) Am 1. Okt. 1865; s. Sybel IV, S. 194—196.
[5]) Deutsche Kämpfe, S. 47.
[6]) Deutsche Kämpfe, S. 51.
[7]) Löwenthal, S. 257.
[8]) S. o., S. 109.
[9]) Deutsche Kämpfe, S. 59.

sprechen darf, hatte sich für ihn verschoben. Die Verfehlungen des Abgeordnetenhauses wogen die früheren der Regierung auf. Ja, eigentlich mehr: Das Schuldkonto des Abgeordnetenhauses war größer, denn es hatte versagt in dem Augenblick, wo es das Wohl des Ganzen galt. Ihm war es immer deutlicher geworden, daß das Vaterland über der Partei zu stehen habe. Die Erfahrungen des Tages belehrten ihn deutlich, daß der Liberalismus um seiner Doktrinen willen reale Vorteile sich entgehen ließ, daß er tatsächliche Gewinne verschmähte, weil die Hand des Gebers ihm nicht genehm war. Der Zusammenbruch der bundesstaatlich-partikularistischen Politik, das Versagen des Nationalvereins-Patriotismus der Volksfeste gegenüber praktischen Aufgaben, die verbissene Negation der liberalen Opposition in Preußen huben sich wahrlich scharf genug ab von den positiven Leistungen und Erfolgen Bismarcks. Es ist freilich wahr: Treitschke ist Bismarck auf seinem Wege nicht vorangeschritten. Er folgt dem kühnen Lauf des preußischen Staatsmannes — er folgt ihm in immer kürzerer Entfernung und als einer der ersten unter den Parteifreunden überhaupt. Es braucht nur noch einmal an seine verzweifelt revolutionäre Stimmung von 1863 erinnert zu werden, um klarzumachen, welche Leistung in dieser Umkehr liegt. Hat er sie aus sich selbst heraus vollbracht? Hat ein Anstoß von außen mitgewirkt?

Sucht man nach persönlichen Einwirkungen, so scheinen mir jetzt die Voraussetzungen für einen Einfluß Mathys eher gegeben als früher[1]). Treitschke brachte die großen Ferien 1865 in Karlsruhe mit Archivstudien zu; in dieser Zeit werden die Beziehungen zu Mathy wieder lebhafter. Seit dem 7. September[2]) ist er häufiger mit ihm zusammen: am 30. September rühmt er zu Hirzel[3])

[1]) S. o., S. 66.

[2]) An Hirzel, 9. Sept. 1865, Briefe II, S. 412, Anm. 1.

[3]) Briefe II, S. 417.

die Freundlichkeit, mit der Mathy ihn aufgenommen hat; im November bezeichnet er Busch gegenüber die Gespräche mit Mathy als Ruhepunkte[1]). Über Mathys damalige Stellung erfahren wir aus demselben Briefe, daß er durch und durch Annexionist ist[2]). Bedeutungsvoller aber ist ein Wort Mathys, das Treitschke nach dem ersten Wiedersehen anführt[3]): »Bismarck gefällt mir täglich besser«[4]). Dabei sind von Wichtigkeit die Worte, mit denen Treitschke dieses Zitat einleitet: er fand Mathy »heiter und gutgesinnt«. Das klingt doch so, als ob Treitschke in dem Mathyschen Urteil über Bismarck nur eine Bestätigung seiner eigenen Denkweise erblickte; ohne diese Annahme stände das Zitat beziehungslos in der Luft. Dann könnte jedoch von einem Einfluß entscheidender Art nicht mehr die Rede sein. Immerhin ist es auffallend, daß seit der Karlsruher Zeit Treitschkes Bekenntnis zu Bismarck immer positiver wird[5]), so daß man annehmen möchte, Mathy habe ihn zum mindesten in der eingeschlagenen Richtung befestigt. Es wurde oben darauf hingewiesen, welchem Anlaß das öffentliche Eintreten für die Bismarcksche Politik seine Entstehung verdankt[6]). Ob und inwieweit Mathy seine Entscheidung bei der Auseinandersetzung mit Freytag beeinflußt hat, bleibt eine Frage, die nicht zu beantworten ist. Ihr Ergebnis lag jedenfalls auf dem bisherigen Wege der Treitschkeschen Entwicklung und war doch wohl mehr, »als nur das kleinere von zwei Übeln wählen«[7]). Der ausschlaggebende Impuls lag schon in der Abwendung

---

1) Am 5. Nov. 1865, Briefe II, S. 426.

2) Vgl. Freytag, Mathy, S. 399.

3) An Hirzel, 9. Sept. 1865, Briefe II, S. 412, Anm. 1.

4) Vgl. Treitschke, Mathy, Preuß. Jahrbücher 1868, XXI, S. 337.

5) Vgl. Briefe II, S. 415, 416, 418, 419, 421, 423.

6) S. o., S. 111.

7) An Hirzel, 30. Sept. 1865, Briefe II, S. 416.

vom Augustenburger von 1864. Was ihn mindestens so stark wie persönliche Einflüsse bestimmte, war die eigene Erfahrung.

So betont er selbst Freytag gegenüber[1]). Im ganzen steht er noch zu sehr inmitten der Entwicklung, um sie selbst zum Gegenstand seines Nachdenkens zu machen. Erst im Laufe des Jahres 1866 mehren sich die Selbstbekenntnisse dieser Art[2]), als sich seine Stellung weiter geklärt hatte. Zwei Punkte, auf die er später wieder zurückkommt, deutet er auch jetzt schon an. Das sind einmal seine Studien über Cavour. Wir sahen schon[3]), daß die italienische Einheitsbewegung Treitschke sehr ergriffen und nachhaltig beeinflußt hatte. Aus diesem Gedankenkreis heraus mußte der Plan, an dem Helden des italienischen Nationalstaates zu zeigen, »was geniale Realpolitik ist«[4]), nahe liegen. Wir hören, daß Mathy ihn darin eifrig unterstützt hat[5]). Der zweite Punkt liegt in einer ganz anderen Richtung; er findet sich in dem ersten Brief an Bismarck[6]). Dort erwähnt er den mäßigenden Einfluß, den die Archivstudien auf sein politisches Urteil ausgeübt haben. Das ist einmal als Tatsache neu, weil es einen weiteren Faktor für die politische Entwicklung Treitschkes liefert, der schon in der Richtung seiner späteren konservativen Schwenkung liegt, dann auch deshalb, weil dadurch, wie mir scheint, die Möglichkeit eines entscheidenden Einflusses von Mathy auf Treitschke weiter entkräftet wird. Denn die Arbeiten im Karlsruher Archiv fallen ja zeitlich mit dem lebhafteren Verkehr mit Mathy zusammen.

---

1) 13. Nov. 1865, Briefe II, S. 431.
2) S. u., S. 152f.
3) S. o., S. 49f und 86.
4) An Hirzel, 28. Nov. 1865, Briefe II, S. 437f.
5) a. a. O., S. 438.
6) 10. Dez. 1865, Briefe II, S. 447.

Das Wesentliche war, daß Treitschke mitten in der Verworrenheit des Jahres 1865 das wirklich zur Wahrheit gemacht hatte, was er immer gefordert hatte: die Realität des preußischen Staates zum obersten Gesichtspunkt einer nationalen Politik zu machen. Das war der Boden, auf dem er mit Bismarck zusammentraf. Das war zugleich ein Standpunkt, von dem aus er den Ereignissen von 1866 gesichert entgegensehen konnte.

Sechster Abschnitt.

Der Beginn des Kampfes für Bismarck.

Der Vertrag von Gastein hatte die schleswig-holsteinsche Frage auf das Gebiet der deutschen Frage hinübergeschoben. Die Stellung Preußens und Österreichs in den Herzogtümern war ein Abbild ihrer Gegnerschaft in Deutschland. Österreich kämpfte um einen verlorenen Posten, Preußen ließ indes im Gefühl seiner überlegenen Sicherheit die für seine eigenen Interessen günstige Stunde der Abrechnung heranreifen. Den Annexionisten und den Anhängern Augustenburgs war einstweilen der Wind aus den Segeln genommen, ohne daß jedoch die einen wie die andern sich von der vereinbarten Teilung der Verwaltung befriedigt erklärten.

Auch Treitschke will den Gedanken an die Einverleibung, wir sahen es schon, nicht aufgeben [1]. Jedoch denkt er, daß der Weg jetzt nur langsam und schrittweise zurückgelegt werden kann durch weitere Verträge mit Österreich, die den Kaiserstaat allmählich aus dieser verlorenen Stellung herausdrängen werden [2]. Das ist wieder eine wichtige Erkenntnis. Man sieht, wie Treitschkes temperamentvoller Radikalismus mehr

---

[1]) Vgl. an Hirzel, 30. Aug. 1865, Briefe II, S. 410, und an Mohl, 27. Sept. 1865, Briefe II, S. 415.

[2]) An Nokk, 12. Nov. 1865, Briefe II, S. 429, und an Reyscher, 9. Dez. 1865, Briefe II, S. 444f.

und mehr einer ruhigen, staatsmännischen Beurteilung weicht. War seine Anerkennung des Gasteiner Vertrages ein Fortschritt auf dem Wege zu realpolitischem Denken, so zieht er jetzt die Folgerungen aus diesem Urteil. Es ist ein Verzicht auf die Politik der revolutionären Sprünge zugunsten einer klugen und vorsichtigen Taktik, die von einer feindlichen Stellung zur andern erst dann fortschreitet, wenn sie die erste in vollem Besitz ihrer Gewalt weiß.

Es ist dieselbe Mäßigung, die in seinen Ansichten über das Verhältnis der Annexion Schleswig-Holsteins zur Frage der deutschen Einheit zum Ausdruck kommt. Die Hoffnung auf baldige Erfüllung seiner nationalen Wünsche schraubt er weiter zurück. Nicht etwa, weil das Preußen des ungelösten Konfliktes zur Führung nicht würdig ist, obwohl wir noch sehen werden, daß sein liberales Interesse an der Herstellung des preußischen Verfassungsrechtes keineswegs erloschen ist. Vielmehr liegt der größte Widerstand gegen die Einigung im Süden. Das hat ihn eine sechsjährige Erfahrung gelehrt [1]. Der lange Aufenthalt in Freiburg läßt ihn die Dinge jetzt anders sehen als 1861 in München. Da hatte er in der ersten Überraschung über den Partikularismus und den Preußenhaß jene energische Ermahnung zum Liberalismus an die preußische Regierung gerichtet [2]. Auf die Mittel der moralischen Eroberungen sieht er jetzt geringschätzig und doch nicht ohne Resignation und Bitterkeit herab [3]. Sein jugendlicher Optimismus, der, wie wir öfter sahen, die Schwierigkeiten in kühnem Anlauf überrennen wollte, weicht der ernsten Auffassung des Mannes, der weiß, daß es keinen Fortschritt ohne Opfer gibt. Deshalb liegt in dieser Entwicklung doch ein schmerzlicher Zug; denn die Einigung mußte sich dann in sehr viel

[1]) An Freytag, 1. Okt. 1865, Briefe II, S. 418.
[2]) S. o., S. 46.
[3]) An Freytag, a. a. O.

härteren Formen vollziehen, als er ursprünglich gedacht hatte. Es war im Grund ein Aufgeben seines noch von dem achtundvierziger Hauche beschwingten Idealismus. Politische Besinnung und persönliche Reife fallen in diesem Moment zusammen.

Je klarer ihm diese Einsicht wurde, um so mehr fühlte er die kühle Luft der Höhe, auf die sie ihn, über das Parteileben der Tage hinaus, getragen hatte. Zugleich wuchs damit sein Verantwortungsgefühl. »Ernsthaftes Arbeiten für die politische Reform ist wirklich ein sittliches Apostelamt«[1]). In dieser Zeit nimmt er die Arbeit über Cavour in Angriff[2]) und läßt vor diesem Stoff, von dem er sich größte Wirkung und Nutzen verspricht[3]), die deutsche Geschichte wieder einmal zurücktreten. Sein altes Temperament bricht erneut durch bei der ungeduldigen Unzufriedenheit mit der großen Masse all derer, die den Schritt zur Selbstbesinnung nicht mitgemacht hatten. Sein Unmut richtet sich in erster Linie wieder gegen den Nationalverein, der am 29. Oktober 1865 in Frankfurt am Main seine Generalversammlung abgehalten hatte[4]). Obwohl deren Ergebnis eine Abwendung von den Beschlüssen von 1864[5]) und eine deutliche Annäherung an die preußische Zentralgewalt und die Sicherung der preußischen Interessen in Schleswig-Holstein aufwies, so zeigte doch die Eröffnungsrede Bennigsens selbst, mit wieviel Vorbehalten man der preußischen Politik gegenüberstand. Daß man die Annexion ablehnte[6]), um die höchsten idealen Güter der Nation nicht zu verletzen, das war ein Standpunkt, den Treitschke selbst zuerst eingenommen hatte. Möglich, daß er ihn

---

[1]) An Freytag, 13. Nov. 1865, Briefe II, S. 431.

[2]) Zuerst erschienen Hist.-pol. Aufs., Bd. 2, 1871.

[3]) An Hirzel, 28. Nov. 1865, Briefe II, S. 439.

[4]) Oncken, Bennigsen I, S. 681 ff.

[5]) S. o., S. 73.

[6]) Oncken, Bennigsen I, S. 683.

bei anderen auch nicht mehr begriff. Mehr als diese Worte und mehr als selbst die Verurteilung des Gasteiner Vertrages[1]) mußte ihn jener Teil von Bennigsens Rede reizen, da er von dem Widerstand der kleinen Staaten gegen die begehrlichen Großmächte sprach, der sich auf den festen Willen des deutschen Volkes stützen können müsse[2]). Das war allerdings mehr, als der Unitarier Treitschke ertragen konnte. »Hat es je in einer großen Nation eine solche Mißgeburt gegeben?«[3]) Die ganzen Bestrebungen des Vereins erschienen ihm jetzt hohl — ohne Realismus[4]), da sein Programm möglichst nichtssagend sein muß, um die widerstrebensten Elemente vereinigen zu können. Seine Kritik mißt an dem Grundsatz einer realistischen Einstellung auf praktische Möglichkeiten. Bismarck tut im Grunde dasselbe, wenn er die Beschlüsse des Nationalvereins vom Boden des preußischen Staates aus zurückweist[5]).

Noch in einem anderen Punkte erfuhr Treitschke bald von der Übereinstimmung ihrer Ansichten. Der preußische Gesandte in Baden teilte ihm mit, daß Bismarck sich über Treitschkes »schleswig-holsteinsche Ketzereien« gefreut habe[6]). Diese erste Periode des öffentlichen Eintretens für Bismarcks auswärtige Politik findet ihren Abschluß in dem höchst interessanten Briefwechsel zwischen Preußens erstem Staatsmann und dem liberalen Unitarier aus Anlaß von Treitschkes Bitte, die preußischen Archive für seine deutsche Geschichte benutzen zu dürfen. Die beiden Briefe sind für ihre Verfasser äußerst charakteristisch. Treitschke hatte, man möchte sagen, nicht ohne Herzklopfen an Bismarck

---

[1]) a. a. O.
[2]) a. a. O.
[3]) An Freytag, 13. Nov. 1865, Briefe II, S. 432.
[4]) a. a. O.
[5]) Oncken, Bennigsen I, S. 684.
[6]) An Pauli, 14. Nov. 1865, Briefe II, S. 434.

geschrieben, denn er war nicht sicher, ob man seinem Wunsch nachgeben könne[1]). Er begibt sich hier zum erstenmal selbst auf das Gebiet der Diplomatie, und man muß sagen, mit großem Geschick[2]). Er leitet seine Bitte mit dem Bedauern ein, daß die Karlsruher Akten ihm zumeist nur Vertreter des österreichischen Standpunktes vorgeführt hätten. Er rechnete, daß Bismarck es dann »für zweckmäßig halten würde, ihn auch preußische Quellen lesen zu lassen«[3]). Da seine Pflicht als Historiker es verlange, auch die andere Partei zu hören, bittet er unter genauer Angabe des Stoffes und der Zeiträume um den Zutritt zu den Archiven. Den für ihn, den Liberalen, wie für Bismarck, als den verantwortungsvollen Leiter des preußischen Staates gleich heiklen Punkt der inneren Politik schaltet er von vorneherein als außerhalb seines Gebietes liegend aus. Dann jedoch bricht der echte Treitschke durch: in voller Ehrlichkeit bekennt er sich ganz unvermittelt zum Liberalismus[4]). Prachtvoll folgt dann das Bekenntnis, daß er, bestrebt, sich von den Vorurteilen der Partei freizuhalten, den preußischen Staat und das Recht seiner Selbsterhaltung höher stelle als das Parteiinteresse. Das war geradezu Bismarck mit seinen eigenen Mitteln schlagen: den Gegner durch verblüffende Offenheit mattsetzen. Erst dann folgt die Versicherung einer objektiven und wahrheitsgetreuen Verwertung des Materials, bis er schließlich in den Ton diplomatischer Überredungskunst zurückfällt. Preußen hat doch am wenigsten Ursache, seine Bundespolitik zu verhüllen, und er fügt seinen Lieblingssatz hinzu, daß alle dauerhaften realen Ergebnisse unserer nationalen Politik in den jüngsten fünfzig Jahren Preußens Werk seien. Da nun Hirzels Staatengeschichte, in

[1]) An Nokk, 15. Dez. 1865, Briefe II, S. 448, Anm. 1.
[2]) Der Brief ist datiert vom 10. Dez. 1865, Briefe II, S. 445ff.
[3]) An den Vater, 6. Dez. 1865, Briefe II, S. 434, Anm. 1.
[4]) An Bismarck, 10. Dez. 1865, Briefe II, S. 447.

der das geplante Werk erscheinen sollte, sich großer Verbreitung erfreut, so scheint es »nicht ganz gleichgültig«, auf Grund authentischer Studien dazu beizutragen, eine Welt überlieferter Vorurteile zu bekämpfen.

Bismarck antwortet am 15. Dezember [1]), eigenhändig, in vollendet höflicher, durchaus nicht ministerieller Form, sondern zwanglos, weltmännisch, in jener etwas nachlässigen, an das Drastische streifenden Ausdrucksweise, die seinem Stil die erstaunliche Frische und Plastik verleiht. Die Benutzung der Akten wird restlos gewährt, bis auf die selbstverständliche Einsicht der Exzerpte, nicht ohne daß Bismarck sogleich sich bemüht, alle Befürchtungen Treitschkes über »Verkümmerung der Frucht seiner Arbeit« zu zerstreuen. Denn er teilt Treitschkes Ansicht, daß die preußische Politik jener Tage das Licht nicht zu scheuen braucht. Vor allem zeigt es die ganze Unbefangenheit und Eigenrichtigkeit Bismarcks von Natur und seiner Politik, daß er die Bedeutung von Depeschengeheimnissen, welche älter sind, »als die Beteiligung der gegenwärtig die Politik leitenden Personen an den Staatsgeschäften«, ganz in den Wind schlägt. Dann folgt ein Stück echten Bismarcks — wie oben echten Treitschkes: ein Wort voll kluger Berechnung — nicht vielleicht auch leiser Ironie? — scheinbar ganz unauffällig eingestreut: daß unter Treitschkes parteiloser Feder »die schwachen Seiten der preußischen Vergangenheit nicht schwächer erscheinen werden als der mittlere Durchschnitt deutscher und amtlicher Menschlichkeit«. Indem er gleich im Anschluß an diese Worte das Treitschkesche Bekenntnis von der konservativen Wirkung der Betrachtung von Regierungsgeschäften aufnimmt und als richtig bestätigt, so liegt darin in äußerst behutsam verhüllter Form doch etwas wie eine Mahnung zu vorsichtigem und gerech-

---

[1]) Faksimile bei Cornicelius, Briefe II, S. 448/49. und Abdruck bei Schiemann, S. 244.

tem Urteil. Die Frage der Parteistellung und damit der inneren Politik wird taktvoll und glatt übergangen. Im ganzen eine Kundgebung vollen Vertrauens und gerade in ihrer Zurückhaltung von beabsichtigt werbender Kraft. Denn daß dieser junge Historiker in dem Bereich seiner weitschauenden Pläne bereits seinen Platz hatte, beweist stärker als der am Schluß ausgesprochene Wunsch nach persönlicher Bekanntschaft schon vorher der Auftrag an den Grafen Flemming, den Verfasser der aufsehenerregenden Annexionsschriften aufzusuchen und ihm »Artigkeiten« zu sagen[1]).

Wie weit spiegeln sich nun diese neuen Errungenschaften politischer Einsicht in den literarischen Arbeiten Treitschkes? An den Schluß des Jahres 1865 fallen noch zwei Veröffentlichungen: zunächst die zweite Auflage seiner historisch-politischen Aufsätze, an der Treitschke seit Mitte Juni 1865 arbeitete[2]). Es handelt sich vor allem um die Abschnitte zur Tagesgeschichte in der zweiten Auflage von Bundesstaat und Einheitsstaat[3]). Sein Urteil über die schleswig-holsteinsche Frage und die Mainlinie ist einer gründlichen Durchsicht unterzogen und verrät in seiner Gradheit und Ehrlichkeit ebensosehr die prachtvolle Männlichkeit des Verfassers, als in seinem Inhalt den gewonnenen Grad von politischer Reife. Er bekennt sich unumwunden zu seiner geänderten Auffassung und tritt für die Annexion mit denselben Gründen ein, mit denen er sie in der »Lösung der schleswig-holsteinschen Frage«[4]) befürwortet hatte. Ein unter preußischer Kontrolle stehender neuer Mittelstaat ist eine Halbheit — deshalb allein schon für Treitschke verwerflich —, vor allem für die Bevölkerung ein Unglück. Er brauchte nur auf die

---

[1]) An Pauli, 14. Nov. 1865, Briefe II, S. 434.

[2]) Briefe II, S. 405, Anm. 1.

[3]) Vgl. auch Anhang.

[4]) S. o., S. 102ff.

Einleitung seines Aufsatzes zu verweisen, um vor den Gefahren zu warnen, die aus der Zurichtung eines neuen Betätigungsfeldes für den dynastischen Partikularismus entstehen müssen. Das Selbstbestimmungsrecht — das Lieblingsschlagwort der Liberalen — findet seine Grenzen an den Interessen der deutschen Nation. Da nun die Nation rechtlich noch nicht existiert, so hat Preußen als Sieger das Recht, seine Bedingungen zu diktieren. Diese wurden verworfen [1]. Es bleibt also kein anderes Mittel, dem »rohen Partikularismus« zu begegnen, als Eroberung. Es ist charakteristisch, daß Treitschke in dieser Werbeschrift die Annexion vornehmlich vom deutsch-nationalen Standpunkt aus verficht, während er selbst längst die reale Machterweiterung des preußischen Staates ins Auge gefaßt hatte [2]. Er kann diesen Einwurf natürlich nicht umgehen; er begegnet ihm mit der Erwiderung, daß ein Kleinstaat den Aufgaben der wichtigen Küstenstellung nicht gewachsen ist. Die Erhaltung und Mehrung der Macht Preußens muß um der monarchischen Einheit Deutschlands willen gefordert werden. Hier schließt er die eindringliche und beredte Mahnung zu realpolitischem Denken an: »Die Mittel, dies Ziel zu erreichen, wechseln je nach dem unberechenbaren Gang der Ereignisse« [3]. Die schrittweise Vergrößerung Preußens entspricht nicht seinem Ideal. »Aber wer mit der Wirklichkeit rechnet, hat zumeist nur die Wahl zwischen zwei Übeln« [4]. Ist die langsame Arrondierung nicht besser als das jetzige Chaos? Es gilt vor allem, die Gelegenheit zu nutzen — denn gibt es jemand, der voraussagen kann, wann eine »Generalmediatisierung« mit einem Zauberschlag das deutsche Elend beenden wird? Wie hatte er doch in der ersten Auflage gesagt? [5] »Preußen

---

[1]) Es handelt sich um die Februarbedingungen.
[2]) S. o., S. 100f.
[3]) Hist.-polit. Aufsätze, II. Aufl., 1865, S. 581.
[4]) a. a. O., S. 582. [5]) S. 571.

soll und darf den großen Ehrgeiz hegen, das ganze Deutschland unter seine Herrschaft zu vereinigen; das sicherste Mittel, solche Hoffnung zu verscherzen, ist der kleine Ehrgeiz, der heute ohne Aussicht auf Erfolg den Teil verlangt, derweil er morgen das Ganze erlangen kann.« Da hatte er noch mit seinen Wünschen den preußischen Staat meistern, um eines vielleicht unerfüllbaren Wunsches willen der preußischen Politik eine neue occasion manquée schaffen wollen. Sein Preußentum trat jetzt vor dem Deutschtum stärker hervor, in dem Sinne, daß er die Wirklichkeit des preußischen Staates, die zu berücksichtigen er immer gefordert hatte, nun auch tatsächlich als das Wesentliche in den Vordergrund schob.

Die staatsmännische und nüchterne Einstellung auf eine Politik tatsächlicher Erfolge unter Verzicht auf blendende Glanzeffekte, die wir schon in den Briefen beobachten konnten[1]), kommt hier nun auch den Erwägungen über die Mainlinie zugute[2]). Es ist klar, daß Treitschke bei dem Mißtrauen gegen die partikularistische Politik die Befürchtung nicht aufgeben konnte, daß eine Trennung Deutschlands in seine geographischen Hälften den Süden an Österreich oder Frankreich ausliefern würde. Deshalb sondert er das Problem in zwei Teilfragen; die Preisgabe des Südens ist unter keinen Umständen zu dulden[3]). Von dem Hintergrund dieser Feststellung heben sich die weiteren Erwägungen nun um so heller und bedeutsamer ab. Die Frage hat nämlich nicht nur eine negative, sondern auch eine positive Seite. Diese legt Norddeutschland als Objekt einer erobernden Arrondierungspolitik Preußen zu Füßen. Preußens Selbsterhaltung verlangt dies, und die Zustände der dortigen Kleinstaaten erleichtern ein solches Vorgehen.

---

[1]) S. o., S. 120ff.

[2]) Vgl. dazu an Busch, 5. Nov. 1865, Briefe II, S. 426.

[3]) Hist.-polit. Aufsätze, II. Aufl., S. 582f.

Das war eine prophetische Mahnung und ein kluger Hinweis auf mögliche Entwicklungen an der Schwelle von 1866. Wie sehr gerade dieser Gedanke sich im Sinne der Mäßigung und des Rechnens mit den tatsächlichen Verhältnissen umgebogen hatte, erhellt aus der weiteren Begründung, daß die »vergleichsweise wohlgeordneten Kleinstaaten Süddeutschlands für preußische Annexionsversuche noch auf lange Zeit hinaus gar keinen Boden bieten«[1]), während er es für möglich hält, daß Hessen einst selbst die Preußen gegen die eigene Dynastie ins Land rufen wird[2]). Aufgegeben hat er sein unitarisches Ideal also keineswegs, aber er verlegt es in weite Ferne — fast in die Ferne der unerreichbaren Idee. Und wie er die schleswig-holsteinsche Frage durch langsames Fortschreiten von einem Provisorium zum andern der endgültigen Lösung entgegenreifen sah, so schiebt er auch in der deutschen Frage Zwischenglieder ein. Ein verstärktes norddeutsches Preußen wird für den Süden die beste Rückendeckung sein, wenn »die föderative Verbindung mit den Bruderstämmen des Südens« unter keinen Umständen gelockert wird[3]), wozu der Zollverein als »sehr fester Kitt« für den Zusammenhalt der gesamten Nation hinzukommt. Also: Bismarcks Programm von 1866 — darin liegt zugleich das Urteil über den Wandel von Treitschkes Auffassung in den wenigen Monaten zwischen den beiden Auflagen. Er ist sich seiner Entwicklung voll bewußt und möchte sie keineswegs bemänteln oder die früheren Irrtümer beschönigen. »Wer in den letzten 12 Monaten in der Politik nichts gelernt hat, dem ist nicht zu helfen«[4]). Dieses sichere und völlig freie Vorwärtsschreiten bietet zugleich einen hohen Reiz

---

[1]) a. a. O., S. 583.

[2]) Vgl. an Mommsen, 16. Apr. 1865, Briefe II, S. 391f. und o., S. 107 Anm. 7.

[3]) Hist.-pol. Aufs. II. Aufl. S. 583.

[4]) An Freytag, 13. Nov. 1865, Briefe II, S. 431.

menschlich-persönlicher Charakterentwicklung. Es entspricht durchaus Treitschkes Anforderung an das sittliche Verantwortlichkeitsgefühl der freien Persönlichkeit.

Der Liberalismus bildete zu sehr den Grundzug von Treitschkes Wesen, um durch sein Bekenntnis zur Realpolitik erdrückt werden zu können. Der Verteidigung seines Liberalismus gilt die größere historische Schrift, die im Laufe des Jahres 1865 vollendet wurde [1]. Den Annexionisten, den Gegnern der Volksabstimmung in Schleswig-Holstein und des liberalen Partikularismus wurde der Vorwurf gemacht, sie liebäugelten mit dem Cäsarismus [2]. Es galt zu zeigen, daß die Unitarier trotzdem »Liberale sind und bleiben« [3]. Mommsen hatte die Arbeit veranlaßt, da er Treitschke zur Besprechung des Lebens Cäsars von Napoleon III. vorgeschlagen hatte [4]. So hält sich der Aufsatz, der erste einer längeren Reihe, die erst 1871 im zweiten Band der Historisch-politischen Aufsätze vereinigt wurden, »zwischen Rezension, politischer Streitschrift und historischer Darstellung« [5]. In dem Rahmen dieser Betrachtung interessiert sie vornehmlich, soweit sie den Bonapartismus als absolutistisch und antiliberal verurteilt. Zwar sucht Treitschke die Ursache nicht allein in einem schrankenlosen Despotismus Napoleons I., sondern er führt die Gründe des zentralisierten Systems auf den Charakter der Franzosen zurück. Sie streben ebensosehr nach straffer Einheit [6], wie ihnen die Neigung zu der »republikanischen Tugend der Selbstverwaltung« fehlt [7]. So war schon der französische Absolutismus eine notwendige, wenn auch

---

[1] An den Vater, 9. Sept. 1865, Briefe II, S. 415.
[2] Preuß. Jahrb. 1865, XVI, S. 200.
[3] An Mommsen, 16. April 1865, Briefe II, S. 392.
[4] a. a. O.
[5] Schiemann, S. 239.
[6] Der Bonapartismus, Preuß. Jahrb. 1865, XVI, S. 202f.
[7] a. a. O., S. 204.

darum nicht bewundernswerte Erscheinung[1]). An ihn knüpft Napoleon wieder an, und so kann Treitschke die eingangs gestellte Frage, ob der Bonapartismus in Charakter und Geschichte des französischen Volkes begründet sei[2]), für das Gebiet der inneren Politik wenigstens bejahend beantworten. Er wendet sich dann noch besonders gegen die berühmte und unbegreiflicherweise so viel beneidete Egalité der Franzosen[3]). Der Gleichheitsfanatismus in der Revolution, geboren als Reaktion gegen den früheren Klassenhaß[4]) und mit romanischem Radikalismus ausgestaltet[5]), wird in den Händen Napoleons, des Emporkömmlings, zum Hebel des Despotismus[6]). In Wahrheit liegt die Gesellschaft vor ihm im Staube[7]). Von Freiheit kann gar keine Rede sein, wo eine allmächtige Staatsgewalt bis in die feinsten Regungen des persönlichen und geistigen Lebens eingreift[8]). Diesem unsittlichen Zug stellt der ethische Liberalist mit besonderem Nachdruck die Freiheit in germanischem Sinn gegenüber. »Die Freiheit besteht fortan nicht in dem Rechte, sein eigenes Selbst ungehindert auszubilden, sondern in dem unbeschränkten Wettbewerb aller um die von der Staatsgewalt angewiesenen Plätze«[9]). Das bonapartistische System — so faßt er zusammen — hat sich auf alle schlechten Regungen des französischen Charakters gestützt[10]), auch im Heerwesen, das sich mit den wirklichen liberalen Vorzügen des Scharnhorstschen Sy-

---

[1]) a. a. O., S. 204.
[2]) a. a. O., S. 199.
[3]) a. a. O., S. 217.
[4]) a. a. O., S. 206.
[5]) a. a. O., S. 207.
[6]) a. a. O., S. 207.
[7]) a. a. O., S. 207.
[8]) a. a. O., S. 208 und 212f.
[9]) a. a. O., S. 207.
[10]) a. a. O., S. 211.

stems nicht messen kann [1]. So wird schließlich auch die Verfassung zum Spott, da fortwährende Ausnahmegesetze dafür sorgen, den tyrannischen Charakter der Regierung zu brandmarken [2]. Daß Napoleon überhaupt als Held der Freiheit gepriesen werden konnte, daran trägt allein die Schuld die Torheit der Bourbonen, nach der Wiederaufrichtung des legitimistischen Prinzips [3]. Denn in Wirklichkeit hat Napoleon von den Ideen von 1789 nur das verwirklicht, was dem Absolutismus diente, und alles erstickt, was der Freiheit frommte [4]. Durch die ganze ebenso glänzend schildernde, wie scharf wertende Darstellung geht ein starker Zug von moralischer Entrüstung. Der Deutsche wie der in der Epoche des Humanismus wurzelnde Idealist Treitschke mußte sich von einem solchen Staats- und Menschentypus abgestoßen fühlen. So bleibt sein Urteil bei aller richtigen Erfassung der wesentlichen Entwicklungszüge einseitig und sieht besonders in Napoleon selbst mehr die negativen als die positiven Seiten seines Charakters.

Treitschke hatte bei der Begründung seines günstigen Urteils über den Gasteiner Vertrag — daß Preußen nun freie Hand in Schleswig habe [5] — die Kehrseite übersehen. Ebensosehr — oder nach dem Vertragsrecht ebensowenig — hatte Österreich das Recht, seine Interessen in Holstein wahrzunehmen. Seit Preußen sich geneigt erklärt hatte, den Augustenburger unter gewissen, die preußischen Interessen berücksichtigenden Bedingungen anzuerkennen, sah Österreich im Hinblick auf seine traditionelle mittelstaatliche Politik sich gezwungen, gegen einen preußischen

[1] a. a. O., S. 211.
[2] a. a. O., S. 215.
[3] a. a. O., S. 218.
[4] a. a. O., S. 217.
[5] S. o., S. 112.

Vasallenstaat durch Befürwortung einer vollen Souveränität des Herzogs Front zu machen. General Gablenz[1]) setzte in Holstein diese Politik fort — der man in Hinsicht auf die preußischen Maßnahmen in Schleswig eigentlich keinen Vorwurf machen konnte, es sei denn den, daß Österreich einer unmöglichen Lage etwas abtrotzen wollte, was ihm auf die Dauer keinen wahren Vorteil einzubringen vermochte. So hatte der Gasteiner Vertrag schließlich die Wirkung, die Gegensätze der zwei Rivalen in voller Klarheit herauszustellen. Bismarck eröffnete das neue Jahr mit einer Fanfare, als er unter wohlerwogener Hervorkehrung konservativer Seiten Österreich der Unterstützung »revolutionärer« Umtriebe zugunsten Augustenburgs bezichtigte und für Preußen die Politik voller Freiheit in Anspruch nahm, falls Österreich keine befriedigende Antwort zu geben vermochte[2]). Damit war die Spannung zwischen den elektrischen Polen hergestellt — nur bedurfte es noch der Überwindung zahlreicher Hindernisse, um sie zur Entladung zu bringen.

Treitschke teilt die Auffassung der Berliner Regierung über das Vorgehen von Gablenz in Holstein: Österreich bereitet durch Bruch des Gasteiner Vertrages einen casus belli nach dem andern vor. Er hofft, daß man den »getreuen Alliierten« bald zur Rechenschaft ziehen werde[3]). Er erwartet jedoch keine rasche Entscheidung, sondern hält an der Möglichkeit weiterer »provisorischer« Abkommen mit Österreich fest[4]). Schließlich wird der Gedanke der Annexion doch siegen, denn die Dinge sind mächtiger als die Personen[5]). Kennt er

[1]) Der österreichische Gouverneur in Holstein.

[2]) Sybel IV, S. 269f.

[3]) An Freytag, 28. Jan. 1866, Briefe II, S. 460.

[4]) An Hirzel, 11. Febr. 1866, Briefe II, S. 462, und an denselben, 25. März 1866, Briefe II, S. 465.

[5]) An Droysen, 25. Jan. 1866, Briefe II, S. 456, und an Hirzel, 11. Febr. 1866, Briefe II, S. 462.

also die Widerstände am Berliner Hof?[1]) Oder war es das alte Mißtrauen, daß der Konfliktsminister keine große Politik wagen könne? Dieses Bedenken schwand ihm bald, als er bei seinem Aufenthalt in Berlin im März 1866 aus einer Audienz bei Bismarck[2]) die Gewißheit mitnehmen konnte, daß Bismarck die Annexion als eine Ehrensache für Preußen betrachtet[3]). Bismarck hat anscheinend und begreiflicherweise seine Karten nicht weiter aufgedeckt, denn im Anschluß an diese Unterredung wiederholt Treitschke, daß er verschiedene neue Gasteiner Verträge erwarte, und er ist mit dieser Politik der Verschleppung durchaus einverstanden: »Immerhin besser, als ein Zurückweichen Preußens und die Einsetzung des Prätendenten«[4]).

Die Unterredung mit Bismarck hatte auch die deutsche Frage gestreift. Hier hatte Bismarck seine Absichten allerdings völlig verschleiert. Die Unterredung muß in den Tagen der österreichischen Mobilisation stattgefunden haben[5]). Am 27. März wurde in Berlin die teilweise Mobilisierung beschlossen[6]), die den Abschluß des preußisch-italienischen Bündnisses zur Folge hatte. Es war wohl im Hinblick auf jene Offensivmaßnahmen, vornehmlich auf das noch nicht vollzogene Bündnis mit Italien, das Bismarck wünschen ließ, die Mine nicht vorzeitig springen zu sehen, wenn er Treitschke gegenüber erklärte, er wünsche den Krieg nicht, glaube ihn aber im Notfalle durchsetzen zu können[7]). Treitschke

---

[1]) Marcks, Wilh. I., 5. Aufl., 1905, S. 252ff.

[2]) Vgl. auch u., S. 134f.

[3]) An Hirzel, 25. März 1866, Briefe II, S. 465.

[4]) a. a. O., S. 465.

[5]) Das genaue Datum ist nicht festzustellen. Treitschke scheint am 18. März in Berlin angekommen zu sein; s. Briefe II, S. 464, Anm. 1; der Brief an Hirzel ist vom 25. März. Zu den Tatsachen vgl. Sybel IV, S. 300ff.

[6]) Sybel IV, S. 308f.

[7]) An Hirzel, 25. März 1866, S. 464.

findet Bismarcks Ansichten »sehr gemäßigt und vernünftig« — er erwartet also jetzt die so lang ersehnte Abrechnung mit Österreich[1]), aber er wünscht nicht, wie auch Bismarck glauben machen wollte, daß man sie provoziere, um den Anschein zu vermeiden, als wolle man der inneren Schwierigkeiten durch ein Kriegsabenteuer Herr werden. Offener scheint Bismarck über seine Bundesreformpläne gesprochen zu haben, die in denselben Tagen begannen ihren Weg in die Öffentlichkeit — das heißt zunächst die der Kabinette — zu nehmen[2]). Der Plan, ein deutsches Parlament aus allgemeinen gleichen Wahlen zur Beratung von nicht weiter genannten Reformvorschlägen nach Frankfurt zu berufen, hat Treitschke ebenso verblüfft, wie die ganze öffentliche Meinung, als sie vierzehn Tage später davon Kenntnis erhielt[3]). Treitschke »konnte sich vor Erstaunen über diese phantastischen Tollheiten kaum fassen«[4]). Und nach dem 9. April, an dem der preußische Bundesgesandte den Antrag beim Bundestag eingebracht hatte: »Von unserer neuesten Abenteurerpolitik bin ich . . . wenig erbaut«[5]). Treitschke vermochte also dem kühnen Schachzug des Konfliktsministers auch nicht zu folgen. Über die Gründe seiner Ablehnung spricht er sich erst später aus[5]). Es kommt aber wohl noch ein besonderes Bedenken hinzu, das sich aus Treitschkes Programm für die deutsche Einheit herleitet. Kampf und Eroberung war sein Ruf gewesen: »Ich habe nie gemeint, die Einheit werde uns durch das Parlament kommen; nein, gewiß nur durch das Schwert Preußens«[7]).

---

1) Vgl. an Freytag, 28. Jan. 1866, Briefe II, S. 460, und an den Vater, 28. April 1866, Briefe II, S. 469.

2) Sybel IV, S. 317.

3) Bandmann, S. 126.

4) An Hirzel, 25. März 1866, Briefe II, S. 464.

5) An Hirzel, 26. April 1866, Briefe II, S. 467.

6) S. u., S. 140.

7) An Bachmann, 25. März 1862, Briefe II, S. 209.

In der Ablehnung des Bismarckschen Vorschlages trifft er noch einmal mit der öffentlichen Meinung zusammen, von der er sich weit getrennt hatte, unter heftigen Klagen über die politische Unbildung der Deutschen [1]. Um so mehr muß man fragen, wie er in dieser Zeit zu Bismarck selbst steht. Man kann nicht sagen, daß er ihm wohl durch die allerdings auch nur kurze Audienz wesentlich näher gekommen sei; denn der persönlich angenehme Eindruck, den er empfangen hatte [2], und der ihm den aus dem Brief erhaltenen bestätigte [3], wurde doch durch den »politisch um so weniger angenehmen« überwogen [4]. Bis zum Ausbruch des Krieges treten noch einmal die innerpreußischen Fragen in den Vordergrund. Bismarck kehrte vornehmlich mit Rücksicht auf seinen König die alten reaktionären Tendenzen wieder hervor [5], so daß die Gegensätze im Abgeordnetenhaus wieder aufs schärfste aufeinanderprallten. Es ist nun sehr wichtig, daß Treitschke bei allen Klagen über die innere Politik Bismarcks [6] die Schuld an den Zuständen vorwiegend den Abgeordneten zuschiebt. Die Kammerverhandlungen, in denen man auf einen fortschrittlichen Antrag die Verwerfung des Budgets überhaupt beriet [7], machen auf Treitschke einen kläglichen Eindruck [8]. Das ist um so bemerkenswerter, als das parlamentarische System als Machtmittel gegen das Unrecht der Regierung in der

---

[1] An Overbeck, 1. Jan. 1866, Briefe II, S. 453; an Droysen, 25. Jan. 1866, Briefe II, S. 456, und an Hirzel, 11. Febr. 1866, Briefe II, S. 462.

[2] Vgl. Bernhardi, Tagebücher VI, S. 297.

[3] An Hirzel, 22. Dez. 1865, Briefe II, S. 450.

[4] An Hirzel, 25. März 1866, Briefe II, S. 464.

[5] Lenz, Geschichte Bismarcks, S. 282f.

[6] An Haselberg, 26. Jan. 1866, Briefe II, S. 457, und an Hirzel, 11. Febr. 1866, Briefe II, S. 462.

[7] Löwenthal, S. 260.

[8] An Hirzel, 11. Febr. 1866, Briefe II, S. 462.

Kammer verfochten wurde [1]), wie Treitschke es nicht nur früher gefordert hatte, sondern auch noch forderte [2]). Er erwartet zwar eine Gelegenheit, um die Kluft aufzudecken, die ihn von der inneren Politik Bismarcks trennt [3]), und möchte aus diesem Grunde seine Berliner Archivstudien gern beschleunigen [4]). Das Wesentliche ist doch, daß er in diesen Monaten die wirklich brennenden Fragen in den Vordergrund stellt. Er fürchtet in erster Linie, daß die innere Schwächung Preußens in dieser kritischen Lage den Feinden leichtes Spiel machen wird, und auch in diesem Sinne sind ihm die »Dinge mächtiger als die Personen« [5]). »Es handelt sich . . . nicht mehr um den Triumph Bismarcks, sondern es droht für Preußen eine Niederlage . . ., die den Staat für Jahrzehnte lähmen müßte« [6]). Aber der Gegensatz in der inneren Politik wog doch so schwer, daß Treitschke einer Versuchung widerstand, von der er schon im Dezember des Vorjahres gefürchtet hatte, daß sie an ihn herantreten würde [7]). In den Tagen, da Bismarck nach der Beantragung des deutschen Parlamentes Anknüpfung mit den nicht-preußischen Liberalen suchte [8]), erhielt Treitschke eine Einladung zu Roon durch Vermittlung Bernhardis [9]). Über den Verlauf der Einladung wissen wir leider nichts, jedenfalls verhielt sich Treitschke, wie die meisten anderen Liberalen, die Bismarck zu gewinnen suchte [10]), ablehnend [11]). Diese Monate, in denen Bismarck das Ab-

---

[1]) Löwenthal, S. 261.
[2]) Der Krieg und die Bundesreform, Deutsche Kämpfe, S. 79.
[3]) An Hirzel, 11. Febr. 1866, Briefe II, S. 462.
[4]) An Hirzel, a. a. O., S. 461.
[5]) S. o., S. 133.
[6]) An Haselberg, 26. Jan. 1866, Briefe II, S. 457.
[7]) An den Vater, 31. Dez. 1865, Briefe II, S. 451.
[8]) Lenz, Bismarck, S. 304 f.
[9]) Bernhardi, Tagebücher VI, S. 293.
[10]) Lenz, a. a. O.
[11]) An Hirzel, 26. April 1866, Briefe II, S. 467.

geordnetenhaus noch einmal die ganze Wucht seiner Macht fühlen ließ [1]), waren eine schwere Belastungsprobe für Treitschkes preußische Realpolitik. Er hat sie bestanden, und zwar nicht nur für sich persönlich — er hat seine Stellung bekennend und mahnend zusammengefaßt in einem Aufsatz in den Preußischen Jahrbüchern.

Der »Krieg und die Bundesreform« ist datiert vom 25. Mai 1866 [2]). Treitschkes Absicht war, sich mit den Liberalen über die Pflichten des Augenblicks zu verständigen [3]). Er versucht deshalb, einen diplomatischen »sanften« Ton anzuschlagen [4]). Um die widerstrebenden Geister zunächst auf einem gemeinsamen Boden zu sammeln, stellt er ihnen den Ernst des bevorstehenden Kampfes eindringlich vor Augen. Treitschke hebt hervor, wie unvermeidlich es war, daß der Streit um die Herzogtümer sich in einen Kampf um Deutschlands Selbständigkeit verwandelte [5]). Das preußisch-österreichische Bündnis war unnatürlich [6]) und drängte den Kaiserstaat in ein unwürdiges Doppelspiel hinein [7]). So ist Österreich de facto der Angreifer geworden [8]), da es sich um einen Besitz müht, an dem in keiner Weise seine wahren Interessen hängen [9]). Auch Preußens Schild ist in dieser Frage nicht rein — durch die Arbeit für die Einverleibung hat es die Verträge gebrochen [10]), so daß de jure

---

[1]) Löwenthal, S. 262 ff.

[2]) Preuß. Jahrb. 1866, XVII, S. 677 ff.; jetzt: Deutsche Kämpfe, S. 67 ff.

[3]) Deutsche Kämpfe, S. 68.

[4]) An Baumgarten, 29. Mai 1866, S. 471, und an Hirzel, 30. Mai 1866, Briefe II, S. 471.

[5]) Deutsche Kämpfe, S. 77.

[6]) a. a. O., S. 68.

[7]) a. a. O., S. 69.

[8]) a. a. O., S. 68, 72, 73.

[9]) a. a. O., S. 68.

[10]) a. a. O., S. 70.

Preußen der Angreifer ist [1]) — ein bemerkenswertes Zugeständnis für den eingefleischten Gegner Österreichs! Und eine erstaunliche Einräumung gegenüber seiner Beurteilung des Gasteiner Vertrages [2]).

Die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, erscheint ihm gering [3]), denn die Rüstungen werden Österreich fortreißen [4]). Merkwürdigerweise spricht aus Treitschkes Briefen der nächsten Tage die Angst vor einem »faulen Frieden« [5]). Die beiden Äußerungen datieren aus den Tagen, da der Gablenzsche Vermittlungsvorschlag noch einmal eine Entspannung herbeizuführen schien [6]). Möglich, daß Treitschke durch den Kanal Busch-Keudell-Bismarck [7]) davon Kenntnis erlangt hatte. Wahrscheinlicher, daß nur die Verschleppung des Waffenganges ihn beunruhigte.

Es gilt also, dem Notwendigen ins Auge blicken und nicht durch falsche Sentimentalität den Feinden in die Hände zu arbeiten [8]). Denn das Wort »Bruderkrieg« hat für einen Kampf Preußens mit dem slawisch-deutschen Österreich gar keine Geltung [9]). Die nationale Partei soll lieber sich auf ihre Pflichten besinnen und zu verhindern suchen, daß durch Anschluß der Kleinstaaten an Österreich der Krieg nicht wirklich zu einem Bruderkrieg werde [10]). Treitschkes alter Optimismus lebt also wieder auf: er hofft auf die Neutralität Süddeutschlands und erwartet viel von dem Band des Zollvereins [11]), obwohl

---

[1]) a. a. O., S. 68.

[2]) S. o., S. 112.

[3]) Deutsche Kämpfe, S. 88.

[4]) a. a. O., S. 73; vgl. Sybel IV, S. 344 ff.

[5]) An Baumgarten, 29. Mai 1866, Briefe II, S. 471, und an Mendelssohn, 30. Mai 1866, Briefe II, S. 475.

[6]) Sybel IV, S. 378 ff.

[7]) An Busch, 13. Juni 1865, Briefe II, S. 402.

[8]) Deutsche Kämpfe, S. 76.

[9]) a. a. O., S. 76.

[10]) a. a. O., S. 80.

[11]) a. a. O., S. 81.

er mit der Möglichkeit eines Anschlusses an Österreich nach einer preußischen Niederlage rechnet[1]. Jedenfalls verbindet er mit diesem Kampf nicht die endgültige Lösung auch der deutschen Frage. Er wird nur die Vorfrage lösen: Preußen oder Österreich?[2] Ob Preußen sich noch ein weiteres Ziel gesteckt hat, darüber muß man noch Erklärungen abwarten, in denen die Regierung ihre Schritte vor dem Volke rechtfertigt[3]. Denn der Antrag auf Berufung eines Parlaments ist kein klares Programm, er zeigt nur den Willen, Österreich beiseite zu schieben[4], aber es fehlen die positiven Seiten.

Treitschke gibt zu, daß auch er sich die Wendung zur Einheit anders gedacht hatte: »wie betäubt schaut die Nation der plötzlichen Wendung der preußischen Staatskunst zu«[5]. Ein verfassungstreues Preußen hatte unter der jubelnden Zustimmung des deutschen Volkes die Einheit bringen sollen. Nun nahte sie heran, getragen von dem Preußen des Konflikts, gegen den Willen eines Volkes, das grollend beiseite stand[6]. Argwöhnisch mißtraut man, daß die schenkende Hand nur »einen Fechterstreich in einem diplomatischen Turnier« ausführen wird[7]. Treitschke selbst glaubt doch an den Ernst des preußischen Willens. Wie sollte er sonst hoffen können, daß bei Ausbruch des Krieges auch der Graben noch überschritten wird, der den preußischen Vorschlag noch vom Programm des Nationalvereins trennt?[8] Zugleich lockt er mit dieser Aussicht die grollenden Parteifreunde heran; denn sie zur gemeinsamen Arbeit zusammenzuführen, ist sein Bemühen.

---

1) a. a. O., S. 81.
2) a. a. O., S. 77.
3) a. a. O., S. 82.
4) a. a. O., S. 79.
5) a. a. O., S. 79.
6) Deutsche Kämpfe, S. 78.
7) a. a. O., S. 78.
8) a. a. O., S. 78.

An den Liberalismus von ganz Deutschland richtet er die Worte, die den Kern seiner Ausführungen bilden. Sie sind getragen von dem tiefen Ernst einer erkämpften Überzeugung und vorgebracht mit einer Wucht und einer Eindringlichkeit, hinter der eine ganze Persönlichkeit steht. Worte von uralter Geltung, aber neu in den geistigen Besitz aufgenommen und daher über die Bedeutung für Treitschkes Entwicklung hinaus von historischer Wichtigkeit: der Liberalismus ist im Begriff, seine Kräfte zu vergeuden im Kampf gegen die preußische Reaktion. Für diese Aufgabe fehlen ihm Macht und Beruf[1]. Indessen reift die deutsche Frage heran. Soll man sie ungelöst lassen, bis der Liberalismus stark genug geworden ist zum Kampf für seine Ideale?[2] Es wäre der Gipfel der Torheit, das deutsche Parlament zurückzuweisen, weil das Preußen des Konflikts es bietet. Treitschke selbst hat also das ungläubige und abwehrende Staunen des ersten Augenblicks[3] in sich überwunden. Preußen allein hat die Macht, das Parlament zu verwirklichen und mehr: man muß auch an die Ehrlichkeit seiner Absichten glauben — die Haltung der Mittelstaaten ist dafür Beweis genug[4]. Man fühlt hindurch, wie Treitschke sich zu diesem Bekenntnis hat emporarbeiten müssen. »Heute macht die Geschichte dem doktrinären Streit über Macht und Freiheit ein Ende . . . sie zermalmt den Toren, der das Schicksal mit seinen Wünschen zu meistern wähnt. Der Kampf um die Macht bricht an«[5]. Also soll jetzt Macht vor Freiheit gehen? Treitschke nimmt dem Wortgefecht auch von der theoretischen Seite her die Berechtigung: zwei inkommensurable Größen lassen sich überhaupt nicht vergleichen[6].

---

[1]) a. a. O., S. 80.
[2]) a. a. O., S. 79.
[3]) S. o., S. 135.
[4]) Deutsche Kämpfe, S. 79.
[5]) und [6]) a. a. O., S. 79.

Wie wenig er gewillt war, die Freiheit der Macht zu opfern, das sollten die Forderungen zeigen, die er an die preußische Regierung richtet. Sie sind ebenso ernst und eindringlich gemeint, wie die Mahnungen an den Liberalismus. Er verlangt Anerkennung und Sicherung des Budgetsrechts für das Abgeordnetenhaus [1], Nachsuchung von Indemnität nach dem Kriege [2], Entlassung der Minister der Innern, der Justiz, der Finanzen [3] und Bildung eines Koalitionsministeriums [4]. Die Militärfrage, den ursprünglichen Anstoß zum Konflikt, will er erst auf Grund der Erfahrungen des Krieges geordnet wissen [5]. Sein Ton der Regierung gegenüber ist im allgemeinen gemäßigt; er versucht, sie durch den Glauben an ihre guten Absichten zu gewinnen: die Krone möge die Wünsche gewähren, ehe der neue Landtag sie fordert [6]. Erst zum Schluß klingt die alte Kampfesstimmung an: der Krieg hat auch zwischen Krone und Parlament die Machtfrage vor die Entscheidung gestellt [7]. Die Regierung ist gezwungen, auf die Volksvertretung Rücksicht zu nehmen, um die Mittel für den Kampf zu erhalten. Sollte sie eine Anleihe verlangen, ohne das Budgetrecht herzustellen, so würde sie es sein, die die Partei höher stellt als das Vaterland. Dann dürfte das Abgeordnetenhaus die Kredite verweigern und sicher sein, das Volk auf seiner Seite zu haben [8]. Das sind Worte, die in ihrer Schärfe überraschen. Allerdings hatte die Auflösung des Abgeordnetenhauses [9] und die Verordnungen über

---

[1]) a. a. O., S. 83 u. 84.

[2]) a. a. O., S. 84.

[3]) a. a. O., S. 85.

[4]) a. a. O., S. 87.

[5]) a. a. O., S. 84.

[6]) a. a. O., S. 83.

[7]) Deutsche Kämpfe, S. 83.

[8]) a. a. O., S. 87; vgl. an Reimer, 7. Juni 1866, Briefe II, S. 471, Anm. 1.

[9]) Am 9. Mai 1866; Löwenthal, S. 274.

die Darlehenskassenscheine[1]) Treitschke gereizt. Der ganze Ernst der Lage drängte ihn, die Möglichkeiten drohend und düster auszumalen. Vor allem darf man nicht vergessen, zu wem er spricht. Wollte er die Liberalen gewinnen, durfte er die Regierung nicht zu gelinde anfassen.

So kommen diese selbst ziemlich glimpflich davon. Der einzige Vorwurf, den Treitschke der Opposition in jenem Augenblick macht, ist der, daß auch sie »einige Schuld an der Verschärfung des Streites« trifft[2]). Die Liberalen sollen den günstigen Augenblick, den das Schicksal ihnen bietet, klug ausnutzen. Jetzt gilt es nur die Herstellung der verbrieften Rechte[3]). Es ist nicht der Zeitpunkt für die Eroberung neuer Freiheiten[4]). Unversöhnlichkeit aus Prinzip wäre jetzt der größte politische Fehler. Jetzt die Partei über das Vaterland stellen, hieße den Liberalismus für lange Zeit hinaus richten[5]). — Die Mahnung kam zu spät und traf auf zu wenig willige Ohren. Die neue Zeit brach herein, ohne daß diejenigen, die ihr den Weg bereitet hatten, mit im Siegeszuge schritten. Sie waren im Begriff, ihr eigenes Werk in Frage zu stellen, als sie an der Schwelle des Krieges Roons und Bismarcks Entlassung verlangten. Dem setzt Treitschke ein energisches Veto entgegen: er versteht, daß man in Bismarck die Verkörperung des reaktionären Systems erblickt. Für die Durchführung der Verfassung ist er allerdings nicht geeignet und hätte nach dem Kriege einer liberalen Kraft zu weichen, denn die inneren Zustände sind ihm nur das Mittel für seine auswärtigen Kombinationen[6]). Mag er wenig Verständnis für die sittlichen Kräfte des Völkerlebens haben[7]), so ist in der preu-

---

[1]) Löwenthal, S. 284.
[2]) Deutsche Kämpfe, S. 85.
[3]) a. a. O., S. 84.
[4]) a. a. O., S. 84.
[5]) a. a. O., S. 87.
[6]) Deutsche Kämpfe, S. 86; vgl. Lenz, Bismarck, S. 282f.
[7]) Deutsche Kämpfe, S. 78.

ßischen Politik seine Kraft nicht zu entbehren. Er ist der einzige Staatslenker außer Napoleon III., der große Ziele verfolgt[1]). Er ist ein kühner und vorsichtiger Spieler zugleich[2]). Die Feinde hassen ihn — gibt es für ihn ein größeres Lob?[3]) Seine Entlassung wäre für Österreich die Rettung. Vor allem: seine auswärtige Politik hat nichts zu tun mit einem reaktionären Parteiprogramm. An die Spitze dieses großen Bekenntnisses stellt Treitschke den Hinweis auf die Notwendigkeit: die Bedürfnisse des Staates erheischen sein Bleiben[4]). Damit hob er die Frage aus dem Parteistreit hinaus in das Gebiet einer für ihn sittlichen und damit zweifellosen Entscheidung. Das gab ihm den Mut und machte es ihm zur Pflicht, in diesen Tagen der Spannung für den preußischen Minister des Auswärtigen einzutreten, dem zu demselben Zeitpunkt die nicht preußischen Liberalen, bei denen er anklopfte, die Gefolgschaft versagten[5]). Der Ton seiner Zustimmung ist kühl und von rein sachlichen Motiven beherrscht, weit entfernt von der Wärme einer persönlichen Anhängerschaft. Ganz gewiß hat die Rücksicht auf seinen Leserkreis diese Schattierung verdunkelt, aber der Gegensatz in der inneren Politik blieb einstweilen noch unüberbrückt — und auf diesem Boden wich auch Treitschke keinen Schritt zurück. Treitschke erkannte, daß die Stunde der Entscheidung für den Liberalismus gekommen war. Das ist die große Bedeutung seiner Entwicklung — er hatte die Parteiverbissenheit in sich überwunden und den allein politisch klugen Schritt von der ablehnenden und verneinden Kritik zu bejahender Zustimmung und Mitarbeit gefunden. Er gewann damit einen großen Vorsprung gegen seine Freunde.

---

1) a. a. O., S. 86.
2) a. a. O., S. 70.
3) a. a. O., S. 86.
4) a. a. O., S. 86.
5) Lenz, Bismarck, S. 304f.

Freytag gab nur langsam und zögernd seine ablehnende Haltung auf, wie es scheint, nicht unbeeinflußt durch die Treitschkesche Schrift[1]).

Es war allerdings der letzte Augenblick zum Einlenken. Am 1. Juni legte Österreich — indem es den von Napoleon vorgeschlagenen Kongreß ablehnte — die Entscheidung über die schleswig-holsteinsche Frage dem deutschen Bunde vor. Das war der Bruch der Verträge von 1864 und 1865, die Frontstellung gegen den Bundesgenossen, das Abstreifen der Fessel. Bei der starken Gefolgschaft, die Österreich in Frankfurt hatte, war der Ausgang nicht zweifelhaft. Die leidenschaftliche Erregung dieser letzten Tage riß Treitschke in einen Wirbel der verschiedensten Empfindungen hinein. Sein Schicksal spiegelt die Tragik dieses Kampfes, der die Einheit Deutschlands einleitete. Das Verhältnis zu seinem Vater — in dem er stets mit großer Vorsicht und wundervollem Takt die menschlich-persönliche Zuneigung gegenüber der politischen Meinungsverschiedenheit betont hatte — spitzte sich gefahrdrohend zu[2]). Während er fühlte, daß seine Stellung in Freiburg erschüttert war, band er eben dort Herz und Hand fürs Leben. Der »Deutsche schlechtweg«[3]) stand in den Tagen, die von dem Ruf: hie Preußen — hie Österreich! widerhallten, ohne Vaterland. Es gab für ihn nur einen Weg, zu einem Ziel: Preußen. In dieser äußerst schwierigen Lage traf ihn eine Anfrage, die sein Preußentum, seinen Liberalismus, seine Charakterfestigkeit vor die härteste Probe stellte.

Bismarck erneuerte seinen Versuch vom April, jetzt in sehr viel konkreterer Form. Durch den preußischen Gesandten in Karlsruhe wünschte er Treitschke für sein

---

[1]) Vgl. Grenzboten 1866, II, S. 316ff. u. 321ff., und Treitschke an Hirzel, 30. Mai 1866, Briefe II, S. 472.

[2]) Schiemann, S. 249f.

[3]) S. o., S. 3.

Hauptquartier zu gewinnen, um mit der Feder die Politik der Regierung zu unterstützen[1]). Zugleich wurde ihm eine Professur in Preußen angeboten — welche Lockung für Treitschke, der sich schon lange eine Tätigkeit auf der großen Bühne eines wirklichen Staates gewünscht hatte![2]) Treitschke blieb sich selbst treu und widerstand. In seiner Antwort an den Gesandten Flemming[3]) führt er kurz seine Gründe an: seinen Liberalismus, der das gegenwärtige System in Preußen nicht unterstützen kann, und seine Unabhängigkeit, die allein seinen Schriften Erfolg sichert. Bismarck gegenüber führt er diese Gedanken weiter aus[4]), mit größter Offenheit und Gradheit. Er betont zwar, daß er die preußische Fortschrittspartei wegen ihres Parteifanatismus verachte[5]), um dann aber seine liberalen Forderungen in voller Schärfe zu betonen. Die Anerkennung des Budgetsrechts droht für Preußen eine Machtfrage zu werden, so wiederholt er seine Worte aus dem letzten Aufsatz, den er Bismarck gleichzeitig zugehen ließ. Die Rückwirkung des Konflikts auf die deutsche Frage ist offenbar: nie hätte sonst der Bundesreformvorschlag auf solch schmachvolle Kälte der Aufnahme stoßen können[6]). Denn er ist an sich der tüchtigste, den Preußen je vorgelegt hat[7]). Die Anerkennung dieses Appells an das deutsche Volk wird also immer positiver, trotz der vorsichtig abwägenden und klug berechneten Form. Treitschke schiebt auch den möglichen Übergang der Kleinstaaten zu Österreich auf das Schuldkonto des Konflikts[8]). »Die große

---

[1]) Schiemann, S. 251.
[2]) Briefe II, S. 454, Anm. 2; u. 482.
[3]) Am 4. Juni 1866, Briefe II, S. 475, Anm. 2.
[4]) Am 7. Juni 1866, Briefe II, S. 475ff.
[5]) a. a. O., S. 476.
[6]) a. a. O., S. 477.
[7]) a. a. O., S. 477.
[8]) a. a. O., S. 476.

Mehrzahl der Deutschen ist in erster Linie liberal und nur nebenbei national gesinnt«, hatte er an Flemming geschrieben. Preußen darf diesen Faktor nicht gering anschlagen: ein Systemwechsel ist auch nach einem siegreichen Kriege unerläßlich. Aber — sehr bedeutsam — daneben werden die siegreichen Waffen eine Umstimmung der Gemüter bewirken [1]). Er vertraut also, daß die Lehren der Wirklichkeit, wie sie ihn selbst 1864 bekehrt hatten, auch die breiteren Schichten überzeugen werden. Sein eigenes Verhältnis zu Bismarck faßt er unzweideutig zusammen: »Ich finde es entsetzlich, daß der bedeutendste Minister des Auswärtigen, den Preußen seit Jahrzehnten besaß, zugleich der bestgehaßte Mann in Deutschland ist.« Daneben klingt zum erstenmal ein wärmerer Ton an. Anspielend auf das Attentat auf Bismarck [2]), fügt Treitschke ein: »Ew. Exzellenz sind unserem Lande durch die Gnade des Himmels fast wunderbar erhalten worden.«

Das war der Konflikt: Preußentum und Liberalismus, Partei und Vaterland, Macht und Freiheit, in den ihn jede Stunde aufs neue hineinstellte. Er hatte sich entschieden: Für Deutschland. Und doch zog er jetzt seine Hand zurück, da Preußen ihn zur Tat rief. Er könne für den gegenwärtigen Kurs in Preußen keine Mitverantwortung tragen, während er als unabhängiger Publizist eine leichte Aufgabe habe. Wie groß Bismarcks Versuchung für Treitschke gewesen war, beleuchtet seine Rechtfertigung der Ablehnung gegenüber Freytag wenige Tage später [3]). Wir ersehen daraus, daß er die Frage nicht nur als eine persönliche angefaßt hat, sondern vom Gesichtspunkt der vaterländischen Pflicht an sie herangetreten ist. Er hätte seinen ehrlichen Namen geopfert, wäre er gefolgt — aber selbst dieser Einsatz

---

[1]) a. a. O., S. 477.

[2]) Lenz, Bismarck, S. 312.

[3]) Am 12. Juni 1866, Briefe II, S. 478.

hätte gewagt werden müssen, wenn er dem Vaterlande als Führender und nicht als Geführter hätte dienen sollen [1]).

Bismarck jedoch ließ ihn nicht los. Als Gegenmaßregel gegen den österreichischen Antrag in Frankfurt [2]) ließ er durch den Einmarsch Manteuffels in Holstein das alte Kondominium in den Herzogtümern wieder herstellen [3]). Die Folge war, daß Gablenz sich völlig zurückzog. Treitschke atmete erlöst auf: der Stein kam ins Rollen [4]). Er sah jetzt mit neuem Mut in die deutsche Zukunft [5]). Wenige Tage darauf nahm Bismarck die deutsche Frage offensiv gegen Österreich auf [6]). Sein Entwurf für eine neue Bundesverfassung sah als ersten Punkt den Ausschluß Österreichs vor; die Seestreitkräfte sollen dem Bund unterstellt, der militärische Oberbefehl im Norden und Süden unter Preußen und Bayern geteilt, ein Volkshaus aus allgemeinen Wahlen der Zentralgewalt zur Seite gestellt und Deutsch-Österreich durch einen besonderen Vertrag dem neuen Bunde wieder lose angegliedert werden. Nachdem Bismarck diesen Plan am 10. Juni den deutschen Regierungen hatte übermitteln lassen, sandte er ihn am 11. Juni an Treitschke [7]), mit der Bitte, ihn durch ein Manifest und in der Folge durch Flugblätter vor der deutschen Öffentlichkeit zu unterstützen. Bismarck überging dabei nicht die prinzipiellen Bedenken, die Treitschkes erste Ablehnung bedingt hatten. Er hofft, und deutet damit doch wohl Zugeständnisse in der inneren Politik an, daß es seinen »ehrlichen Bemühungen gelingen wird, eine Versöhnung herbeizu-

---

[1]) Dagegen Hepner, S. 50.

[2]) S. o., S. 145.

[3]) Am 7. Juni 1866, Sybel IV, S. 431 ff.

[4]) »Ich habe aufgejubelt bei den Nachrichten aus Holstein.« An Frau Duncker, 10. Juni 1866, Briefe II, S. 479, Anm. 4.

[5]) An Freytag, 12. Juni 1866, Briefe II, S. 479.

[6]) Sybel IV, S. 425 f.

[7]) Schiemann, S. 253 ff.

führen«[1]). Bis dahin glaubt er, auf dem Gebiet der deutschen Politik Preußens auf Treitschkes Mitwirkung rechnen zu können. Bismarck bringt seine Bitte mit großer Wärme und Dringlichkeit vor, der ganze Brief ist auf einen Ton ehrenvollen Zutrauens gestimmt, der für Treitschke lockend genug sein mußte.

Jedoch er lehnte wiederum ab[2]): aus denselben Gründen, wie wenige Tage vorher. Nicht Wärme und Schwung des Tones würden dem Manifest Wirksamkeit verleihen, sondern allein sein materieller Inhalt: nämlich die Herstellung der verfassungsmäßigen Rechte in Preußen. Er kommt dem preußischen Ministerpräsidenten überraschend weit entgegen, wenn er zugibt, daß die Haltung der Fortschrittspartei eine Aussöhnung mit dem Landtag sehr erschwere[3]), während er noch zwei Tage zuvor[4]) an Freytag geschrieben hatte, daß die Verblendung der Regierung nicht geringer sei als die der Fortschrittspartei. Ist die Hoffnung auf inneren Frieden noch unerfüllbar, so werden Worte überhaupt machtlos sein: »Nur von siegreichen Schlachten können wir dann noch eine Umstimmung der Nation erwarten«[5]). Trotz seiner Ablehnung klingt auch durch Treitschkes Worte ein wärmerer Ton: »Es schmerzt mich tief, daß ich augenblicklich so blutwenig für die gute Sache tun kann«[6]). Er schließt mit dem hoffnungsvollen Ausblick, daß er einmal in voller Unabhängigkeit die deutsche Politik Preußens wird wirksamer unterstützen können, als es ihm jetzt möglich ist[7]). Er denkt dabei an die Übernahme der Redaktion der Preußischen Jahrbücher, die er für

---

[1]) a. a. O., S. 254.

[2]) Am 14. Juni 1866, Briefe II, S. 480f.

[3]) a. a. O., S. 481.

[4]) Am 12. Juni 1866, Briefe II, S. 478.

[5]) An Bismarck, a. a. O., S. 481; vgl. an Freytag, 12. Juni 1866, Briefe II, S. 478.

[6]) An Bismarck, a. a. O., S. 481.

[7]) a. a. O., S. 481.

den Kriegsfall ins Auge gefaßt hatte[1]). Für den Augenblick kann er nur versprechen, Bismarcks Reformpläne in der Presse zu unterstützen und unterstützen zu lassen. Denn der Bundesreformvorschlag selbst findet seine volle Billigung: er nennt ihn ein Meisterwerk, das tief in die schlimmsten deutschen Schäden einschneide — weil es Österreich aus Deutschland hinausdrängt — und doch gemäßigt genug ist, um die Zustimmung der deutschen Höfe gewinnen zu können. Man fragt sich, ob hier noch derselbe Mann spricht, der als radikaler Unitarier jeden Versuch einer Versöhnung mit den Mittelstaaten abgelehnt hatte[2]). Er hatte, wir sahen es[3]), den radikalsten Unitarismus in sich bereits überwunden, als er die Möglichkeiten einer schrittweisen Entwicklung auch für Deutschland ins Auge gefaßt hatte. Das, was er stets als erste Bedingung für die Gesundung der deutschen Zustände verlangt hatte, die Ausstoßung Österreichs[4]), das sollte nun verwirklicht werden. Das war der Punkt, von dem seine Zustimmung ausging. Die Entwicklung ist die gleiche wie in der schleswig-holsteinschen Frage: erst ein idealistisch-radikales Programm mit Leidenschaft vertreten — ein Einlenken, als im Gegensatz zu diesem Programm greifbare Erfolge winken — schließlich ein überzeugtes Eintreten für die Ausnutzung dieser Erfolge. Nur bedeutet das Einlenken in der deutschen Frage noch mehr als das von 1864, denn die Zukunft Deutschlands war für Treitschke ungleich wichtiger als die der Herzogtümer. Das unitarische Programm gab er darum noch keineswegs auf. Noch in der Verfassung von 1867 sah er nur ein Zwischenglied vor der letzten Lösung[5]). Und noch 1874 nennt er das neue Reich »die werdende

---

[1]) An J. Schmidt, 17. Juni 1866, Briefe II, S. 485.

[2]) S. o., S. 48.

[3]) S. o., S. 127 f.

[4]) S. o., S. 48 u. S. 92 f.

[5]) Deutsche Kämpfe, S. 188.

deutsche Monarchie«[1]). Erst 1886 bekennt er sich nicht ohne Resignation zu dem etwas gewaltsamen Kompromiß, daß er seine Wünsche vom Einheitsstaat mit der Wirklichkeit schließen läßt: das Deutsche Reich ist der preußisch-deutsche Einheitsstaat[2]).

Zwei Tage nach seinem Briefe an Bismarck wurde der Krieg zur Gewißheit: am 14. Juni stimmte der Bundestag dem österreichischen Antrag auf Mobilmachung gegen Preußen zu[3]). Treitschke zweifelte zunächst noch, ob die Schwerter nicht doch wieder in die Scheide zurückgestoßen werden[4]). Wenige Tage später scheint ihm der Ausgang des Kampfes noch ungewiß, angesichts der drohenden Übermacht der österreichischen Koalition gegen Preußen. Sein eigener Entschluß stand fest: er suchte um Entlassung aus den badischen Diensten nach[5]). Es war für ihn keine Frage, wohin er sich wenden sollte. »Mit meinem preußischen Patriotismus ist mir's . . . grausamer Ernst«, hatte er an Baumgarten geschrieben[6]). Am 29. Juni reiste er nach Berlin ab[7]). Die Entwicklung der verflossenen sechs Jahre fand damit ihren symbolischen Abschluß. Der liberal gesinnte Deutsche trug seine nationalen Hoffnungen hinüber auf den Boden des preußischen Staates. Auf preußischem Boden erreichten ihn die ersten Siegesnachrichten[8]). Voll zuversichtlicher und versöhnlicher Hoffnung begann er einen neuen Lebensabschnitt. Der Ausgang des Kampfes hatte schon vorher aufgehört, ihm zweifelhaft zu sein[9]). Die Waffen werden nicht nur die Machtfrage: Preußen

---

1) Bund und Reich, Deutsche Kämpfe, S. 592.
2) Unser Reich, Histor.-polit. Aufsätze II, 7. Aufl., 1913, S. 552.
3) Sybel IV, S. 433 ff.
4) An Baumgarten, 14. Juni 1866, Briefe II, S. 482.
5) An Mathy, 21. Juni 1866, Briefe II, S. 487.
6) 14. Juni 1866, Briefe II, S. 482.
7) Schiemann, S. 270.
8) An die Braut, 1. Juli 1866, Briefe II, S. 494.
9) An die Braut, 24. Juni 1866, Briefe II, S. 490.

oder Österreich entscheiden, sie werden auch einen Ausgleich der Parteien in Preußen bewirken[1]) und den Liberalismus mit der Politik der preußischen Regierung aussöhnen[2]). Dann — und damit schließt sich auch das letzte Glied der Kette — wird er sich einem neuen Angebot Bismarcks nicht entziehen können[3]). Der Krieg ließ auch die Früchte seiner Arbeit reifen: »Wir treiben keine theoretische Klügelei, die wir Deutschlands Einheit wollen.« Sondern weil er das deutsche Volk grenzenlos liebte, deshalb wollte er »die Seele des deutschen Volkes reifer und menschlicher bilden, sie erretten aus der Zuchtlosigkeit und Selbstzucht des kleinstaatlichen Lebens«[4]).

Die idealistisch-ethische Wertung hatte er sich also gewahrt — trotz des errungenen realpolitischen Standpunktes. Den Weg, den er zurückgelegt hat, erkennt er jetzt klarer als zuvor. Die Freude über den Gewinn an der Arbeit über Cavour kommt erneut zum Ausdruck: sie erschließt ihm eine Welt neuer Ideen[5]). Am meisten betont er jedoch die Erfahrung, die ihm aus der unmittelbaren Teilnahme an der politischen Debatte erwachsen ist[6]). Er hatte da manche optimistische Hoffnungen beschneiden müssen. »Alle Fehler, die ich je in der Politik begangen, stammen daher, daß ich gar nicht ahnte, wie arm an Geist, Mut und Fleiß die große Masse unserer Liberalen ist«, äußert er nicht ohne Übertreibung und Verallgemeinerung[7]). Wie die Haltung des Liberalismus ihn enttäuscht hatte[8]), ist im einzelnen nachgewiesen

[1]) An Mathy, 17. Juni 1866, Briefe II, S. 484.
[2]) An die Braut, 24. Juni 1866, Briefe II, S. 490.
[3]) An Mathy, 17. Juni 1866, Briefe II, S. 484.
[4]) An die Braut, 1. Juli 1866, Briefe II, S. 494.
[5]) An Freytag, 28. Jan. 1866, Briefe II, S. 459.
[6]) An Overbeck, 1. Jan. 1866, Briefe II, S. 452f.
[7]) An Droysen,. 25. Jan. 1866, Briefe II, S. 456.
[8]) An Droysen, a. a. O. und an Haselberg, 26. Jan. 1866, Briefe II, S. 457.

worden. Die Wirklichkeit war ihren Weg gegangen, unbekümmert um liberale Lehrmeinungen und Wünsche. Das war die große Lehre dieser Jahre. Die Erkenntnis von der unumstößlichen Bedeutung der Tatsachen im politischen Leben beherrscht die letzten Briefe der Reihe bis 1866[1]). Wie einen Schlußstrich unter seine eigne Entwicklung in diesen stürmischen Jahren setzt er das prachtvolle Selbstbekenntnis: »Daß ich bescheiden zu lernen vermag von den Ereignissen, und daß ich in der Leidenschaft nicht den Verstand, in der Berechnung nicht das warme Gefühl verliere — das ist im Grunde die bescheidene Summe meiner politischen Talente«[2]).

---

[1]) An Mendelssohn-Bartholdy, 30. Mai 1866, Briefe II, S. 474, und an die Braut, 24. Juni 1866, Briefe II, S. 490.

[2]) An die Braut, a. a. O., S. 490f.

Anhang.

Die erste und zweite Auflage von Treitschkes Bundesstaat und Einheitsstaat.

Wenn man sich einem Werk wie Bundesstaat und Einheitsstaat mit der Kleinarbeit einer mehr philologischen Untersuchung naht, wie es der Vergleich zweier Auflagen sein muß, so könnte es den Anschein erwecken, als wollte man die Schrift, die einer politischen Tat gleichkam, mit einem Maßstab messen, der ihrem Wert nicht entspräche. Die zahlreichen Hinweise Treitschkes[1]) auf die Änderungen in der neuen Auflage ließen es jedoch von Interesse erscheinen, den Spuren seiner revidierenden Tätigkeit einmal genauer nachzugehen.

Die erste Auflage von Bundesstaat und Einheitsstaat erschien in den historisch-politischen Aufsätzen im Herbst 1864[2]), vordadiert auf das Jahr 1865, so daß die zweite Auflage, die im Herbst des folgenden Jahres erschien[3]), ebenfalls mit dem Jahre 1865 gezeichnet ist. Rein äußerlich läßt sich zunächst feststellen, daß die zweite Auflage zwölf Seiten mehr umfaßt als die erste. Dieser größere Umfang ist bedingt durch einhundertunddrei

---

[1]) Vorwort zur 2. Aufl., S. VI; vgl. Briefe II, S. 405, 412 Anm. 1, 426, 431.

[2]) Vgl. oben, S 37 Anm. 1.

[3]) An Haym, 1. Okt. 1865, Briefe II, S. 419.

von der ersten Auflage abweichende Stellen, die sich von kleinen stilistischen Änderungen bis zur Einfügung ganzer Abschnitte erstrecken. Es ist interessant, zu beobachten, wie sich diese Varianten auf die einzelnen Kapitel verteilen. Das erste Kapitel enthält 12, das zweite 13, das dritte 29, das vierte 18, das fünfte 31 Abweichungen. Der Form nach betrachtet haben die Neueinschiebungen an ihnen den größten Anteil; Streichungen finden sich nur in geringer Anzahl, während Änderungen im eigentlichen Sinn wieder häufiger begegnen.

Die einzelnen Kapitel sind in der zweiten Auflage durch Überschriften schärfer gegeneinander abgegrenzt. Ein Hinweis auf ihre Entstehung findet sich schon in einem der Begleitschreiben zur ersten Auflage[1]). Treitschke prägt dort die Schlagworte, die später die einzelnen Überschriften ergeben. Es erscheint einleuchtend, daß von der Losung: Preußen — unsere Zukunft![2]) die Neuerung ihren Ausgang genommen hat, um dann entsprechend auf die übrigen Kapitel übertragen zu werden.

Die stilistischen Feilungen stehen zum großen Teil unter dem Einfluß einer bestimmten Tendenz. Hayms Kritik[3]) über die Historisch-politischen Aufsätze hatte getadelt, daß ihr Verfasser »zu viel und zu gleichmäßig« Redner sei[4]). Eine durchgreifende Umarbeitung der Schreibweise konnte natürlich nicht daraus folgen: »Ich müßte denn meine ganze Weise zu sein und zu denken über Bord werfen«[5]). So läßt Treitschke nur eine Anzahl rhetorischer Flickwörter fallen[6]); die Satzanfänge

[1]) An Haym, 13. Nov. 1864, Briefe II, S. 347f.

[2]) a. a. O., S. 348. In der 2. Aufl. Preußen und unsere Zukunft.

[3]) Notizen. Preuß. Jahrb. 1865, XV, S. 102ff.

[4]) a. a. O., S. 103.

[5]) An Haym, 1. Okt. 1865, Briefe II, S. 419.

[6]) »Auch« statt »doch auch« I. A., S. 454, Zeile 4; II. A., S. 456, Z. 7. »Offenbar« fällt fort I, S. 473, Z. 36; II, S. 477, Z. 32. »Patriotische Staatsmänner« statt »echt patriotische St.«, I, S. 515, Z. 11; II, S. 521, Z. 2.

werden ruhiger gehalten[1]). Zweimal wird ein bekräftigendes »in der Tat«[2]), ein anderes Mal ein einleitendes »noch mehr«[3]) gestrichen. Ein rein rhetorisch hingeworfenes »wollten die Götter« muß dem ernsthafteren und ausdrucksvolleren »wollte Gott« weichen[4]). Die stilistischen Änderungen, die sich durch Neueinschiebungen ergeben müssen, und Tempuswechsel, der aus den neuen Zeitverhältnissen resultiert, können hier mit einem Wort übergangen werden. Treitschkes feines Stilgefühl blickt durch, wenn er ein gleiches, in kurzem Abstand wiederkehrendes Wort ausmerzt[5]) oder durch einen zugleich wertenden Ausdruck ersetzt[6]).

Hatte Haym die ganze Anlage des Aufsatzes, insbesondere der zwei einleitenden Kapitel, zu breit gefunden[7]), so beharrt Treitschke nachdrücklich auf seinem ursprünglichen Plan: »Es ist unerläßlich, zunächst das Gestrüpp hinwegzureuten, wenn wir freien Boden zur Verständigung gewinnen wollen«[8]). Fast mit denselben Worten rechtfertigt er sich vor Haym[9]). Er rede nicht für Männer von Hayms Bildung, sondern »für die Tausende, die in der Traumwelt des Partikularismus leben und weben«[10]). Diese Einstellung auf den Leser fühlt

---

[1]) Z. B. »in solcher Zeit« statt »und in solcher Zeit« I, S. 463, Z. 11; II, S. 466, Z. 9.

[2]) I, S. 462, Z. 21; II, S. 465, Z. 11; I, S. 467, Z. 11; II, S. 471, Z. 16.

[3]) I, S. 473, Z. 34; II, S. 477, Z. 30.

[4]) I, S. 488, Z. 2; II, S. 492, Z. 24.

[5]) I, S. 447, Z. 13; II, S. 449, Z. 9.
I, S. 491, Z. 22; II, S. 496, Z. 6.
I, S. 472, Z. 30; II, S. 476, Z. 20.

[6]) »Schlagwort« durch »Silbenstecherei«. I, S. 591, Z. 4; II, S. 604, Z. 15.

[7]) Preuß. Jahrb. 1865, XV, S. 105.

[8]) Eingeschoben II, S. 449, Z. 12f.

[9]) 1. Okt. 1865, Briefe II, S. 419; vgl. Vorwort zur II. Aufl., S. VI.

[10]) An Haym, a. a. O.

man hindurch, wenn er durch eine Reihe neuer Beispiele die Darstellung weiter belebt und veranschaulicht. Er weiß sehr bezeichnende Anekdoten für die Nichtigkeit des deutschen Bundes vorzubringen[1]), von denen die beste das unvergeßliche Wort Kaiser Franz Josephs wiederholt, daß »die deutschen Fürsten nur noch bis auf weiteres im Vorgefühle naher Katastrophen nebeneinander fortleben«[2]). Das rasche Aufblühen Berlins wird als Symptom für den Aufschwung Preußens im 19. Jahrhundert hingestellt[3]), während die Entwicklung Washingtons die Unfähigkeit des Staates zu produktiver Leistung gegenüber dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte beleuchten soll[4]).

Das führt zu den Änderungen sachlichen Inhalts hinüber. Zur Berichtigung tatsächlicher Irrtümer bot ihm seine Arbeit kaum Veranlassung. Die Behauptung über die Einheitlichkeit des deutschen Volkscharakters[5]) wird etwas eingeschränkt[6]), die Auslassungen über den dynastischen Charakter des Bundes gegen den Einwurf verteidigt, daß einige Bestimmungen der Bundesakte dazu im Widerspruch stehen[7]). Die Verhandlungen zwischen Napoleon und Sachsen 1806, in der ersten Auflage nur angedeutet[8]), werden jetzt ausführlicher dargestellt[9]). Unter den Mitteln für eine moralische Eroberung Deutschlands durch Preußen zählt er neu auf die Verleihung des preußischen Staatsbürgerrechtes an Nichtpreußen[10]). Die Anregung zu diesem Gedanken

---

[1]) I, S. 462, Z. 21; II, S. 465, Z. 3—11.
I, S. 478, Z. 9; II, S. 482, Z. 18—26.

[2]) I, S. 462, Z. 32; II, S. 465, Z. 22—27.

[3]) I, S. 558, Z. 30; II, S. 566, Z. 21 bis S. 567, Z. 20.

[4]) I, S. 509, Z. 24; II, S. 514, Z. 16—25.

[5]) I, S. 459, Z. 11.

[6]) II, S. 461, Z. 24—32.

[7]) I, S. 472, Z. 31; II, S. 476, Z. 21—27.

[8]) S. 499, Z. 16.

[9]) II, S. 503, Z. 38 bis S. 504, Z. 9.

[10]) II, S. 584, Z. 22—32.

kam ihm wohl von Freytag, der in seinem Dankschreiben für die Widmung der Aufsätze auf diesen Weg als den sichersten zur Einigung Deutschlands hingewiesen hatte[1]).

Treitschkes Theorien über Bundesstaat und Einheitsstaat erfahren nirgends eine Korrektur. Die Möglichkeit einer friedlichen Reform nach dem Vorbild des Zollvereins wird mit erhöhtem Nachdruck zurückgewiesen[2]) und die Theorie eines Bundesstaates aus Monarchien dadurch diskreditiert, daß die »unklarsten Köpfe der demokratischen Partei« daran festhielten[3]). Die Autorität Freemanns[4]) wird zur Bekräftigung des Urteils über die Dauer eines monarchischen Bundesstaates herangezogen, Cobden als vorurteilsfreier Bekenner der preußischen Spitze angeführt[5]).

Neu ist die Einbeziehung der Föderationen des Altertums. In einem Brief an Mommsen[6]) gibt Treitschke den Grund dafür an: »Was Hegemonie ist, und was die Abtretung der Militärgewalt bedeutet, läßt sich an diesen Beispielen erläutern.« Diese Frage allein wird denn auch mit einiger Ausführlichkeit behandelt[7]) und dient allerdings dazu, den Abschnitt über die Möglichkeit einer preußischen Hegemonie in Deutschland klarer und eindrucksvoller zu machen. Der Dualismus Spartas und Athens wird warnend dem preußisch-österreichischen gegenübergestellt[8]) und die Schwierigkeit selbst eines Staatenbundes unter Staaten von ungleicher Macht

---

1) 12. Dez. 1864, Dove, S. 30f.

2) I, S. 477, Z. 16; II, S. 478, Z. 12—29.

3) I, S. 511, Z. 22; II, S. 516, Z. 22—27.

4) E. A. Freemann, History of the federal Goverment 1863. Vgl. II, S. 501, Z. 15—19.

5) II, S. 567, Z. 33—38.

6) 16. April 1865, Briefe II, S. 392.

7) I, S. 516, Z. 23; II, S. 522, Z. 13 bis S. 523, Z. 9.

8) I, S. 480, Z. 5; II, S. 484, Z. 21—32.

näher beleuchtet[1]. Im übrigen beschränkt Treitschke sich auf kurze Parenthesen[2], denn im allgemeinen ist der Vergleich zwischen antiken und modernen Föderationen deshalb unfruchtbar, weil das Altertum weder den modernen Repräsentativstaat, noch eine gleich berechtigte Völkergesellschaft kannte[3].

Von den Abschnitten über die modernen Förderationen hat der über die Niederlande überhaupt keine Besserungen erfahren. Treitschke hatte diese Teilarbeit als Antrittsvorlesung in Freiburg verwertet[4] und so bei der ersten Auflage schon einer Durchsicht unterziehen können. Durch einen wesentlich neuen Gesichtspunkt bereichert ist allein der Abschnitt über die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Treitschke berührt dort die wirtschaftlichen Gründe der politischen Entwicklung Nordamerikas, angeregt durch ein Buch von Kiesselbach über den amerikanischen Federalist, auf das in einer Fußnote hingewiesen wird[5]. Er streift die Bedeutung der englischen Navigationsakte für die Unabhängigkeitserklärung[6], und weist auf die Notwendigkeit eines starken Schutzes für den nordamerikanischen Handel gegenüber England bei Errichtung des Bundesstaates hin[7].

Von den politischen Ereignissen der Gegenwart findet der Frankfurter Fürstentag eine eingehende Berücksichtigung auf Grund der inzwischen erschienenen Protokolle[8],

---

[1] I, S. 518, Z. 36; II, S. 525, Z. 25—31.

[2] Z. B. I, S. 530, Z. 29; II, S. 538, Z. 38.

[3] I, S. 512, Z. 17; II, S. 517, Z. 22—28.

[4] Schiemann, S. 214ff.; vgl. an den Vater 20. Jan. 1864, Briefe II, S. 315.

[5] II, S. 534.

[6] I, S. 527, Z. 3; II, S. 534, Z. 12f.

[7] I, S. 527, Z. 14; II, S. 534, Z. 25 bis S. 535, Z. 3.

[8] Vgl. das Staatsarchiv 1865; VIII, S. 63—225.

zumeist allerdings nur in der Form von Beispielen[1]). Bemerkenswert ist es, daß er jetzt Preußens Haltung gegenüber Österreich lobt[2]). Er bereichert die preußisch-piemontesischen Parallelen um den Zug, daß unter den italienischen Fürsten, die 1825 in Mailand dem Kaiser von Österreich huldigten, Sardinien fehlte, wie Preußen in Frankfurt[3]). Die Erfahrungen des Fürstentages werden benutzt, um die Gefahren des mittelstaatlichen Partikularismus zu beleuchten[4]). — Die Ereignisse der Zwischenzeit werden sehr geschickt einbezogen, so der Zollvertrag vom 9. Mai 1865[5]) und die Aufhebung der österreichischen Verfassung am 20. Sept. 1865[6]). Die Wendung gegen die öffentliche Meinung wird, wenn möglich, noch verschärft. Die Stimmung der letzten Monate klingt nach in der Beurteilung der Volksfeste[7]); die Zugeständnisse des Nationalvereins an die süddeutschen Demokraten werden verurteilt[8]), ebenso wie die radikale Richtung, die erst auf der Zerstörung der vorhandenen Einheit die zukünftige Einigung Deutschlands aufbauen will[9]). Die Verurteilung des preußischen Abgeordnetenhauses ist ganz im Sinne seines Aufsatzes

---

[1]) I, S. 462, Z. 21; II, S. 465, Z. 3—11.
I, S. 470, Z. 30; II, S. 474, Z. 20f.
I, S. 503, Z. 20; II, S. 508, Z. 9—16.

[2]) I, S. 566, Z. 10; II, S. 575, Z. 10—12.

[3]) I, S. 577, Z. 8; II, S. 590, Z. 2—7.

[4]) I, S. 474, Z. 16; II, S. 478, Z. 12—29.
I, S. 478, Z. 9; II, S. 482, Z. 18—26.

[5]) I, S. 450, Z. 31; II, S. 452, Z. 28; vgl. Delbrück, Bd. II, S. 331.

[6]) I, S. 485, Z. 2—5; II, S. 489, Z. 25—30; vgl. Friedjung, Kampf um die Vorherrschaft, I. Bd., S. 137.

[7]) I, S. 465, Z. 21; II, S. 468, Z. 37 bis S. 469, Z. 4.

[8]) I, S. 589, Z. 3; II, S. 602, Z. 10—13; vgl. Oncken, Bennigsen, I, S. 651f.

[9]) I, S. 513, Z. 17; II, S. 518, Z. 27—35. Gemeint ist die Württemberg. Volkspartei; vgl. Sybel IV, S. 194.

über die Parteien und die Herzogtümer[1]) schroffer gefaßt[2]). Sein Urteil über die Dynastien wird leicht modifiziert: nicht mehr ihnen allein wird die Schuld an dem Elend der deutschen Zustände vorgeworfen, Treitschke hat eingesehen, daß auch dem Volke sein Anteil daran zufällt[3]).

Auf die wichtigste Änderung ist schon oben Bezug genommen worden[4]). Sie betrifft seine Stellungnahme zur schleswig-holsteinschen Frage und zu dem Problem der Mainlinie. In diesem einen Punkt bedeutet die zweite Auflage einen vollständigen Frontwechsel gegenüber der ersten; in allen übrigen zeigt sie die Spuren einer gründlichen und lebendigen Neubearbeitung, die den Grundcharakter des Aufsatzes jedoch unverändert ließ.

---

[1]) S. o., S. 115f.

[2]) I, S. 558, Z. 2; II, S. 565, Z. 29f.

[3]) I, S. 459, Z. 28; II, S. 462, Z. 11.

[4]) S. o., S. 128ff.



